

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wortzahl 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
eine oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerbliche Verträge
und Veranlassungen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 18. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Rechtspoffen.

Der Rotau mit Rechtsverwahrung ist die zwar nicht
neue aber niemals zuvor so brünstig zur Schau getragene Specialität des
Berliner Gemeindefreimiums. Man reicht zwar auch, mit einer
ethnographisch nicht recht begründeten Abwendung vom alten
Testament, die linke Wange zum allergnädigsten Streich hin, nachdem
der rechten Genüge getan, aber man thut dies doch nur unter einer
ebenso energiegelichen wie mannhaften Rechtsverwahrung: das ist die
Christendämmt bedingungsloser Unterwürfigkeit — unter Aufrecht-
erhaltung der Rechtslage, daß man eigentlich befugt sei, sich jeden
Wadenstreich zu verbitten.

Das ist das ebenso sinnreiche wie einfache Mittel, rechtswidrige
Prägel in rechtlich verbundene zu verwandeln, das formelle Unrecht ins
moralische Recht zu verwandeln. „Wenn du dich selber machst zum
Knecht, bedauert dich niemand, geht's dir schlecht.“ Dieses Recht-
sprüchlein Goethes könnte getrost als Inschrift über dem Portal des
roten Stadthauses von Berlin prangen. Die freisinnigen Väter
unserer größten Stadt meinen eben mit Bismarck, daß die Freiheit
ein Luxus sei, den sich nicht jedermann gestatten könne, insonderheit
nicht, wenn er die Ehre und das Vergnügen hat, der freigesinnte
Einwohner einer kaiserlich-königlichen Residenz zu sein.

Die Verhandlungen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung
über die Märchenbrunnen, die am Donnerstag wieder einen starken
Judrang zu der Tribüne veranlaßt hatten, übertrafen bei weitem die
schlimmsten Befürchtungen, die die Kenner unsres Kommunal-
freimiums seit der Audienz von Hubertusstock gehegt hatten. Diese
Komodie würdeloser Heuchelei und bornierter Feigheit erregte Ver-
schämung und Ekel. Man sollte wirklich daran denken, irgend einen
konservativen Junker zum zweiten Bürgermeister zu wählen, damit
die Stadt Berlin endlich einmal des Genusses teilhaftig würde, wie
München sich in der Opposition benehmen. Denn es giebt keine
naglichere Menschenorte, als diese liberale Bourgeoisie, die des
Abends in der Schenke gern ein Freiheitslied singt, die weil sie doch
elende Knechte sind.

Mit einem scharf geprägten Worte erschöpfte Genosse Singer
den Grundgehalt der jämmerlichen Debatten, als er der im Kampf
um Recht gnadenlosenden Mehrheit zurief: Bringen Sie doch lieber
statt Dornröschen und Schneewittchen das „Märchen von der
Selbstverwaltung“ in den Friedrichshain! Vielleicht folgt
man dieser Anregung und stellt in gemütvoller Darstellung in auf-
gelösten Gruppen die einzelnen Kapitel dieses Märchens dar — kein
Zweifel, daß solche Gruppen oben auf keinen Widerspruch stoßen
werden.

Die freisinnigen Parteien hatten zwei Resolutionen eingebracht,
die dem Harmlosen ziemlich gleich scheinen konnten, die aber dem
Sachverständigen freisinnigen Naturanlagen sofort die wirklichen Ab-
sichten der Mehrheit verrieten. Die Neue Linke erklärte in ihrer
Resolution, daß es zur Errichtung der Brunnen keiner königlichen
Genehmigung bedürfe, daß man den Polizeipräsidenten um Er-
teilung des Baubausens angehen und im Falle der Verweigerung
das Verwaltungs-Streitverfahren einleiten sollte. Dagegen begnügte
sich der Antrag der freisinnigen Mehrheit mit der Feststellung der
Rechtslage und der Forderung der Genehmigung; die Drohung mit
dem Prozeß wurde hier unterlassen.

In diesem scheinbar belanglosen Unterschied beider Resolutionen
offenbar sich dem Eingeweihten — und nach dem erläuterten
Reden — auch dem Raivsten die Absicht der Mehrheit. Unter dem
Vorwand, daß man auf seinem guten Recht beharre, will man unter
der Firma „schuldige Rücksicht auf die Krone“ den kaiserlichen
Wünschen sich so weit wie irgend möglich fügen. Selten ist der
heilige Name des Rechts zu einer so elenden Pöste mißbraucht
worden.

Alle waren sie einig in der Rechtsauffassung. Von Singer bis
Kirchner sprachen alle ihre Ueberzeugung aus, daß der rechtliche
Anspruch des Kaisers, die Brunnenanlage nach dem städtischen Plan
zu verweigern, nicht zu Recht bestünde. Aber der Magistrat und die
freisinnige Mehrheit will es dem Monarchen nicht entgelten lassen, daß
er zufällig kein Recht hat, seine Kunstanschauung zu befehlen. Was
kann der Kaiser dafür, so fühlen diese Edel-Freisinnigen, daß
ihm das Recht versagt, was die Einsicht des Untertans ihm freudig
zugeliebt! Wo der Kaiser sein Recht verloren hat, muß die
schuldige Ehrenrettung und die fastvolle Korrektheit der Bürger hilf-
reich einspringen. Der König hat das Recht, Bürgermeistern wählen
nicht zu bestätigen; er hat das Recht, die Linden von Strohen-
bahnen frei zu halten — gut, sagt der freisinnige Magistrat und
die liberale Bürgerschaft — gegen das Recht kann man nichts
machen, also bleibt uns nichts andres übrig, als zu parieren. Freilich dazu hat der Monarch kein Recht, die
Anlage eines Brunnens zu verbieten, folglich — so gebietet es
die freisinnige Logik — müssen wir diesen bedauerlichen Mangel
ergänzen, indem wir „aus schuldiger Rücksicht“ uns fügen, un-
beschadet der Wahrung unsres Rechts. So trägt der Freisinn auf
dem Wege der Rechtsverwahrung und der freiwilligen Rücksicht-
nahme der Krone noch die paar Rechte entgegen, die sie bisher
nicht ausüben vermochte. Wenn das Recht gegen uns
ist, müssen wir uns unterwerfen. Ist aber das Recht
gar für uns, so haben wir um so mehr Anlaß, uns
zu fügen.

Das ist keine hochst übertriebene Karikatur freisinnigen Ver-
haltens — nein, das ist bitterster, wahrer Ernst. So hat der
Oberbürgermeister Kirchner am Donnerstag die Anschauung des
Magistrats gezeichnet, so auch der Wortführer der liberalen Mehr-
heit, der ehemalige Stadtrat Kämpf.

Indem die Freisinnigen die Finte benutzten, die Rechtsfrage von
der Frage der Aenderung der Märchenbrunnen völlig zu trennen,

belamen sie es fertig, unter pompfaster Verteidigung des Rechts
alles Recht zu verraten. . . .

Die Sitzung begann mit einer kernigen, pointierten Rede
Singers. Er wünscht Mitteilungen über den Verlauf der
Audienz von Hubertusstock. Hat Herr Kirchner die Gelegenheit
wahrgenommen, den Kaiser über die Rechtslage aufzuklären, ihm
verständlich zu machen, daß die Stadt einer Genehmigung nicht be-
darf? Dann richtet Singer scharfe Angriffe gegen den unverständ-
lichen Beschluß des Magistrats, noch einmal die Kunstdeputation zu
befragen, ob sich Aenderungen in der Richtung der kaiserlichen An-
regungen ermöglichen ließen; der kaiserliche Plan sei völlig unver-
einbar mit dem städtischen Projekt. Kostet daß sich der Magistrat
auf den unerschütterlichen Rechtsboden stelle, habe er die klare Lage
bewirkt. Der Frieden, den der Oberbürgermeister wünsche, werde
nicht durch Nachgiebigkeit, sondern durch die Durchkämpfung des
Rechts erzielt. Es handle sich hier nicht nur um ein
paar Märchenbrunnen. Es gelte jenes System, das auf
die Vernichtung der Berliner Selbstverwaltung abzielt. Unter-
liegt die Stadt in der Märchenbrunnen-Frage, so ist das ein
weiterer Schritt zur Kabinettsjustiz und zum Absolutismus. Eine
intelligente Bürgerschaft läßt sich vielleicht knirschend den Absolutis-
mus gefallen, wenn sie sich nicht wehren kann, aber es kann nicht
gedacht werden, daß sie sich freiwillig unterwirft.

Nach Singer diskutierte Herr Preuß von der Neuen Linken
mit ziemlicher Schärfe die Rechtsfrage, die zunächst unter allen
Umständen zur Entscheidung gebracht werden müsse. Erst dann
ließe sich darüber reden, ob Aenderungen an dem Entwurf ausgeführt
werden könnten. Auch dieser Wortführer des radikalen Stadi-
freimiums hütete sich, auch nur mit einer Silbe anzudeuten, ob man
den kaiserlichen Anregungen folgen solle oder nicht.

Danach begann die eigentliche Pöste der Rechtsverwahrung.
Mit der ganzen Würde des ehemaligen Direktors der Darm-
städter Bank sprach Herr Kämpf für die halbe Resolution der großen
Linken. Gewiß, die Stadt müsse ihr Recht wahren. Vor allem aber
gelte es, auch den Pflichten gegen den König zu genügen. Wie,
dem König solle versagt sein, wozu jeder Bürger berechtigt sei?
Kämpf nicht der Magistrat alle Anregungen der Bevölkerung, und solle
allein die Krone nicht ihre Wünsche ausdrücken dürfen?

Es giebt in ganz Deutschland sicherlich keinen Reaktionär, der
der Meinung ist, daß der deutsche Kaiser nicht genug Macht und
Einfluß habe. Die Freisinnigen Berlins haben es fertig gebracht,
für eine Mehrung der nach ihrer Meinung allzu kümmerlichen
Kronmacht einzutreten. Ein Schuß, der nun noch zweifelt, daß nicht
die Agrarier und Junker die besten Stützen des Thrones sind, sondern
vielmehr die freigesinnten Bankdirektoren, Hausbesitzer und Advokaten
Berlins!

Bei Herrn Kämpfs Kronschutrede wagte sich der Beifall noch
nicht recht heraus und wurde von dem Gelächter der Socialdemo-
kraten überdönt.

Erst des Oberbürgermeisters Kirchnerer Arbeitervereins-Festrede
machte der Mehrheit Mut, sich zu ihrem Platan offen zu belennen.
Herr Kirchner hat sicherlich Gefühl für den Jammer der Situation,
in die er sich selbst hineingetrieben. Je schlimmer es aber innerlich
in ihm nagt, um so trostiger tritt er gegen die lästigen Wähler auf.
Nur nichts merken lassen — ist seine Lösung. Und so, über sich
selbst hinausgetrieben, tritt er fast wie ein kleiner Stadt-Tuttkamer
auf, der sich dem Absolutismus leugnet, um desto schroffer und auf-
geregter gegen die Opposition loszugehen. Herr Kirchner hat keine
festen Nerven, und in dem Bewußtsein seiner beschämenden Lage
wird er über die Wägen ungeschickt. Wir empfehlen ihm, einmal in
den Landtag zu gehen, wenn Graf Limburg-Sturum Oppositions-
reden gegen die Regierung hält!

Daß die Krone keinen rechtlichen Anspruch hat, den Bau der
Brunnen zu verbieten oder eine Aenderung zu befehlen, das ist auch
für Herrn Kirchner nicht zweifelhaft. Kathetisch enthält er, daß
wir in einem Rechtsstaat lebten, für dessen Hauptaufgabe er dann
aber erklärte — die Pflichten der Rücksichtnahme gegen den Kaiser.

Von den Geheimnissen der Audienz in Hubertusstock lästete
der Oberbürgermeister einen kleinen Zipfel. Er hat in der That
dem Kaiser Vortrag auch über die Rechtslage gehalten. Der Kaiser
hat zwar sich nicht geäußert, ob er die Rechtsbelehrung für richtig
halte, aber Herr Kirchner hat doch den „Eindruck“ ge-
habt, daß der Kaiser die Rechtsfrage nicht in den Vorder-
grund schiede — sondern vielmehr die schuldige Rücksicht auf
ihn. Ob es wohl außer Herrn Kirchner einen Menschen giebt, der
das für einen Erfolg des oberbürgermeisterlichen Vortrags hält?

Auch Herr Kirchner verteidigte lebhaft das Recht der Kritik städtischer
Entwürfe seitens des Königs! Habe nicht auch die Stadtverordneten-
Versammlung Kritik an der Ausholzung des Tiergartens geübt?
Herr Kirchner scheint den kleinen Unterschied nicht zu begreifen, daß
in diesem Falle die Ausholzung leinewege aus schuldiger
Rücksicht gegen die Bürgerschaft unterblieben ist. Aber der
Oberbürgermeister hat das Glück, über eine „kompetente Stelle“
zu verfügen, die alle Widersprüche zu lösen und das Unverständbare
auszugleichen vermag. Diese kompetente Stelle habe es auch für mög-
lich erklärt, den kaiserlichen und den städtischen Entwurf zu vereinen,
das heißt: die Märchengruppen zugleich in architektonischer Einheit
zu gestalten und sie in Gruppen aufzulösen.

Kirchners Rede wurde mit dem aufgeregten Beifall der Mehrheit
ausgezeichnet, die stillliche und intellektuelle Auflehnung der wahr-
haftigen und geraden Mitglieder äußerte sich in heftigen Fischen.

Mit wichtigen Worten und Wendungen, die wie Pfeile
schwirrten, geißelte dann nochmals Singer die Rechtspöste, die
von der Mehrheit aufgeführt wurde. Wenn man alle Rechte
preisgibt, weil Berlin die Pflichten einer Residenz habe, dann sei
es wahrhaftig besser, wenn die Residenz verlegt würde. Die
Grundsätze Kirchners führten zur Ueberlässigkeit der Stadtverord-

neten und des Magistrats; die Verwaltung Berlins würde zu einer
Abteilung des Hausministeriums. Warum stelle man nicht lieber
gleich dem Kaiser 100 000 M. jährlich für Kunstzwecke zur freien
Verfügung?

Singers Protest fand die jubelnde Zustimmung unsrer Genossen,
an der sich auch stellenweise das Tribünenpublikum beteiligte. Das
böse Gewissen der Mehrheit rumorte in lärmenden Unterbrechungen.

Zum Schluß mußten wir dann noch das besonders trübselige
Schauspiel erleben, daß sich der talentvolle Stadtbaumeister
Hoffmann dazu hergab, für die Aenderung der Entwürfe ein-
zutreten. Jahrelang hat man an den Märchenbrunnen gearbeitet;
der Polizei wurden bereits die fertigen Entwürfe — vorbehaltlich
einiger Vereinfachungen an dem einen Brunnen — zur Ge-
nehmigung unterbreitet; noch vor wenigen Wochen hat Herr Hoff-
mann in der Kunstdeputation die Ausführung der Entwürfe
verteidigt. Dann kam in Hubertusstock plötzlich die Erleuchtung
über ihn. Jetzt erklumert er sich an abfällige Kritiken der Presse,
jetzt sind die Aenderungen unabweisbar. Welchen Kredit darf ein
Künstler noch überhin beanspruchen, der sich durch eine Persön-
lichkeit jäh umstimmen läßt, deren eigene künstlerische Veranlassungen
doch vielfach bei ernsten Sachverständigen schwere Bedenken hervor-
gerufen haben? . . .

Die freisinnige Rechtspöste fand in einer namentlichen Ab-
stimmung ihren würdigen Schluß. Wegen die 40 Stimmen der
Socialdemokraten und der Neuen Linken wurde mit 67 Stimmen die
leere Resolution der Magistratsliberalen zum Beschluß erhoben.

Damit ist die Luft frei für eine neue — Ohreife mit Rechts-
verwahrung.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. Oktober.

Zollkampf.

Die Konservativen bedrängen die Regierung, daß sie
alsbald und vor Beginn der Verhandlungen über den Zolltarif im
Reichstag die bestehenden Handelsverträge kündige.
Sie wollen auf diese Art erzwingen, daß, für den Fall des Nicht-
zustandekommens des neuen Tarifs, mit dem 1. Januar 1904 an
Stelle der Handelsverträge der alte genügend agrarische General-
tarif in Kraft tritt. Es verlautet, die konservative Partei werde
sogleich nach Zusammentritt des Reichstags diese Forderung als
Antrag einbringen.

Die Regierung mag jedem agrarischen Wunsche geneigt sein, aber
die Kündigung der Verträge vor Fertigstellung eines neuen Tarifs
und vor jedem Versuch der Verständigung mit den wesentlichen in
Frage kommenden Auslandsstaaten über das, was an die Stelle der
jetzigen Verträge treten soll, die Begehung eines solchen gefährlichen
Anstosses ist der Regierung denn doch vorläufig nicht zugunsten. Die
Erfüllung dieser agrarischen Forderung würde die bewachte Herbei-
führung des Zollkrieges mit aller Welt bedeuten.

Ultramontane Brotwucherer auf dem
Arbeiterfang.

Eine Verlegenheitsrede zur Verteidigung des Brotwuchers hieß
dieser Tage in Köln, wie uns von dort geschrieben wird, in einer
Versammlung des katholischen Volksvereins der Kaplan Dr. Sohn
aus M. Gladbach. Wie es heißt, gehört der Herr zum Generallande-
des Volksvereins für das katholische Deutschland. Er gab in seinen Aus-
sicherungen ausschließlich zu: die Bauern würden sehr wenig von
der Erhöhung der Schutzzölle haben; aber der Zollschutz sei ein
Organisationsmittel, ein Erziehungs- und ein erdöbster Getreide-
zoll würde die Bauern dazu bringen, sich genossenschaftlich zu
organisieren und dadurch ihre Lage zu verbessern. Der erhöhte Zoll
werde die Bauern erziehen zur Organisation. Nach Herrn Dr. Sohn
müßte also die große Masse des Volkes, einschließlich der Kernisten
der Armen, in dem durch den Zoll erhöhten Brotpreis die Er-
ziehungskosten für die organisationsunlustigen Bauern tragen. Hat man diesen überwältigenden neuen
Gedanken in dem M. Gladbacher Generalland ausgehört, oder ist Herr
Dr. Sohn allein der Vater? Wie die Leser des „Vorwärts“ wissen,
hat einer der Hauptwortführer der rheinischen Agrarier, Herr Meyer,
in Bonn in einer Versammlung zugegeben, daß auch nach der Zoll-
erhöhung die Bauern die Löhne nicht aus freien Stücken erhöhen
würden. Herr Sohn aber verbieth dem landwirtschaftlichen Arbeiter
eine Steigerung des Lohnes, ja noch mehr: er verbieth die Ge-
seinskung der Gesinde-Ordnung und die Ge-
weilung der Koalitionsrechts an die Landarbeiter. Er
meinte: Die Organe der landwirtschaftlichen Interessen müßten auf-
hören, von einer Arbeiterverhältnispolitik des Centrums und
der Regierung zu reden; denn das mache es den Arbeitern
schwer, der Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle zuzustimmen. Die rechtliche Lage der Landarbeiter sei unwürdig, da die
veraltete Gesinde-Ordnung ihnen, abgesehen von allem andern,
nicht das geringste Koalitionsrecht gewähre. Von den länd-
lichen Interessensvertretungen seien deutliche
Erklärungen dahin zu verlangen, daß sie einer Fort-
führung der Socialreform zum mindesten in keiner Weise hindern
sollten. Für das andre werden wir dann schon
sorgen, so tief der Redner. Es ist nicht klar, wen er mit dem
„wir“ meint; vielleicht hat er sich absichtlich undeutlich aus-
gedrückt. Das Centrum ist nach seiner ganzen Vergangenheit und
insolge seiner Abhängigkeit von den Agrariern nicht für die Be-
seitigung der Gesinde-Ordnung zu haben. Wenn der geistliche
Redner das Gegenteil vorjapeln will, so thut er das nämlich, was
das Centrum mit dem Besprechen der Witwen- und Waisenerziehung
beabsichtigt: er will die Arbeiter tödnen.

Aus dem Reiben der Kölner christlichen Gewerkschaften war das
Verlangen zum Ausdruck gebracht worden, eine große öffentliche
Versammlung der christlichen Arbeiter zur Stellungnahme zum Zoll-
tarif zu veranstalten. Von Centrumsseite aber hat man sich mit
Armen und Weinen dagegen gewehrt. Auch von seiten der Windhorst-
bündler hat man eine Versammlung gewünscht. Aber das Centrum

fürchtet sich vor einer öffentlichen Aussprache. Man ließ es bei der oben geschilderten Vereinsversammlung bewenden und gestattete keine freie Diskussion. Die Versammlung wird einen schwachen Besuch auf. Die in den christlichen Gewerkschaften weit überwiegenden Zollgegner hatten die Versammlung gemieden.

#### Ein wortbrüchiger Volksvertreter.

Aus Straßburg, 1. E. schreibt man uns: Der eifrigste Vertreter des r. reichstagsländlichen Reichstags-Wahlkreises, Straßburg-Land, Herr Charles Haub, verantwortlicher Redacteur des hier erscheinenden „Eifrigsten Volksboten“ und Hauptagitator des katholischen Volksvereins im Reichslande befindet sich in der unangenehmen Lage, sich von seinem hiesigen Partei-Organ bei jeder Gelegenheit den schweren Vorwurf des schändlichsten Wortbruchs machen lassen zu müssen, ohne auch nur im geringsten sich dagegen zu wehren zu können. Bei der Reichstags-Wahl am 15. Juni 1898 war Haub im Kreis Straßburg-Land mit dem früheren national-liberalen Bürgermeistern Postler in Stichwahl gekommen, bei der die 2500 socialistischen Stimmen den Ausschlag gaben. Der von der Parteileitung ausgegebenen Wahlparole folgend, erklärte sich das socialistische Wahlcomité des Kreises in dem Haub mit ihm angeknüpften Verhandlungen bereit, in der Stichwahl für ihn einzutreten, falls er sich schriftlich zur Vertretung des bekannten, von der socialistischen Parteileitung aufgestellten Minimalprogramms verpflichten sollte. Herr Haub ging bereitwillig auf diese Bedingung ein und legte seine Unterzeichnung unter die Abmachung, deren hauptsächlichster Punkt die Abschaffung jeder Zollerhöhung auf Getreide und andre notwendige Nahrungsmittel war. Daraufhin siegte er mit der socialistischen Wahlhilfe mit 7987 gegen 7908 Stimmen über seinen national-liberalen Gegner. Der aber seit Beginn der Getreidezoll-Campagne in seinem „Volksboten“ Tag für Tag für den Protowucherzoll in seiner häßlichsten Gestalt eintritt und zu Gunsten desselben von Versammlung zu Versammlung reißt, das ist Herr Charles Haub, der Herrliche „Volks-“ und „Ehrenmann“.

Im wiedereröffneten österreichischen Abgeordnetenhaus ist ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, der die Regierung auffordert, unverzüglich dem Hause mitzuteilen, welche Stellung sie gegenüber dem autonomen Zolltarif-Entwurf des Deutschen Reiches einnimmt, ob sie ihrerseits den Entwurf eines neuen autonomen Zolltarifs bereits ausgearbeitet und auf Grund dieses Entwurfes mit der ungarischen Regierung Verhandlungen eingeleitet habe bezw. wie weit dieselben gediehen sind, und endlich ob die Regierung befragt sei, den von ihr ausgearbeiteten Zolltarif-Entwurf zu veröffentlichen.

Mit der Koniker Mordangelegenheit wird sich demnächst auch die wissenschaftliche Deputation für das Medizinallwesen in Berlin zu beschäftigen haben, da von ihr das mitgeteilte Gutachten des westpreussischen Provinzial-Medizinallkollegiums noch einer Nachprüfung unterzogen werden soll.

**Stilles Sonnenium in Deutsch-China.** Nach einer Nachricht der „Ndn. Volkszeitg.“ aus Tientsin wurde dort nachts in der Nähe der Angusta-Victoria-Bucht von zwei Europäern ein Mordbestrafungsurteil an einem Chinesen verurteilt. Dort waren in jener Nacht bei Gullfain vier Schloffer und acht Kuli an der Wasserleitung beschäftigt. Gegen 1 1/2 Uhr kam ein betrunkenes Civilist des Weges und verjagte die Arbeiter, stieß die Laternen und einen Karren mit Werkzeug um, raste dann hinter den Chinesen her und mißhandelte mehrere von ihnen. Hierauf griff er einen der Schloffer beim Kopf und zertrümmerte ihn in seine Wohnung bei dem in der Nähe befindlichen Steinbruch. In der Wohnung jenseits der Chinesen mit nassen Striden. Es war noch ein zweiter Europäer anwesend; beide mißhandelten den Chinesen so lange, bis er besinnungslos liegen blieb. Gegen 4 Uhr wurde der Chineser freigelassen, der dann bemerkte, daß ihm sein Wohn für zwei Wochen geraubt war.

Hoffentlich ist die „Kölnische Volkszeitung“ demnächst auch in der Lage, näheres über die exemplarische Strafe berichten zu können, die die beiden Bestien in Menschengestalt erhalten haben.

Die ganze Schilderung läßt beinahe den Verdacht ankommen, als seien derartige Mißhandlungen von Chinesen nichts Ungeheuerliches und der Schutz der einheimischen Bevölkerung ein recht unzulänglicher, da die zwölf Chinesen nicht nur vor dem betrunkenen Angreifer ohne jeden Versuch der Gegenwehr die Flucht ergriffen, sondern anscheinend auch später nicht einmal den Versuch machten, das Opfer dem Wüterich zu entreißen. Jedenfalls beweist der Vorfall, von welcher Sorte ein Teil der europäischen Kulturträger ist und wie Bogeraufstände vorbereitet werden.

#### Nachmals Professor Spahn.

Wie groß der Ruhm ist, der im Centrum dem Freudenrausch über die Schöpfung der katholischen Geschichtsprofessur für den jungen Spahn auf dem Höhe gefolgt ist, das verrät deutscherseits noch als die gedämpften Schreie der Enttäuschung und Enttäuschung, die sich den großen leitenden Centrumblättern entzogen, die Journale der großen leitenden Centrumorgane. Einige der charakteristischsten dieser Aeußerungen haben wir unlängst bereits citiert. Heute nun giebt die „Frankf. Ztg.“ eine Zuschrift wieder, die dem Herrlichen „Eifrigsten“ aus Berlin zugegangen ist und die dem Fall Spahn ebenfalls eine ungünstigere Beurteilung zu teil werden läßt, als sie ihm in der „Germania“ widerfahren ist. Freilich stützt sich diese Beurteilung auch auf eine Reihe bisher unbekannter weiterer Thatsachen, die den jungen Geschichtsprofessor als alles eher als den unsrigen Centrumshistoriker erscheinen lassen.

Die Zuschrift giebt in der Behauptung, daß der aus einer echten katholischen Familie hervorgegangene Dr. Spahn ein Opfer seines Berliner Milieus geworden sei. In sehr jungem Alter habe Spahn die Redaction der wissenschaftlichen Zeitschrift der Berliner „Germania“ erhalten, sei jedoch wegen mancher seiner Aeußerungen mit vielen katholischen Lesern in Konflikt gekommen und habe nach kurzer Zeit die Leitung der Zeitschrift der „Germania“ niederlegen müssen, weil er darin die Ausführungen des Würzburger Professors Schell, der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts veröffentlichte, wollte und daraus eine Kabinettsfrage gemacht habe. Auch die im Jahre 1890 erschienene Doktor-dissertation Spahns, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte Rommens von 1478 bis 1625, zeichne sich durch Konzeptionen an die protestantische Auffassung aus. In dem 1898 erschienenen Hauptwerke Spahns, dem Lebensbilde des Johannes Cochläus, werde dieser Hauptvorläufer der katholischen Kirche im 16. Jahrhundert als Landsknecht der Theologie, als niedriger Geist, dessen meiste Schriften völlig wertlos seien, beurteilt, während Luther als der größte Deutsche seiner Zeit gepriesen werde. Bald nach der Herausgabe des Cochläus habe sich Dr. Spahn dem Erzherzogen Grafen Hohenlohe genähert. Am 6. und 7. September 1899 habe er ein „schmachvolles“ Hemletton in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht, in welchem eine lange Liste der katholischen liberalen Geschichtsprofessoren gebrochen wurde. Auch mit dem Blatte des evangelischen Bundes habe Spahn in Verbindung gestanden. Im Anfang des Jahres 1899 sei er zu Rom in enger Verbindung mit dem Erzbischof Alphonse Valler erschienen. Am Schluß des Artikels wird bemerkt, wenn die „Germania“ fest überzeugt sei, daß Herr Spahn über die Methode „Mangelhaftes in der Kirche zu bessern, jetzt ganz anders denke als vor 3 Jahren,

so müsse darauf erwidert werden, man wisse das nicht, sondern wolle es hoffen.

Das Wunderbarste an der ganzen Sache ist, daß man danach in den Centrumkreisen, die über die Verurteilung des fünfundsiebenzigjährigen zum Professor in so großen Jubel ausgebrochen waren, die Arbeiten des Herrn Spahn gar nicht gelobt haben muß! Hebrigens giebt auch der „Eifrigste“ noch nicht alle Hoffnung auf die Ein- und Umkehr des „Opfers des Berliner Milieus“ auf. Vielleicht bewirkt dessen Milieu das Wunder der Belehrung und dann würde die Freude über den bekehrten Sünder größer sein, denn über zehn Gerechte, die niemals im Jugenddrange vom Pfad ultramontaner Tugend abgewichen.

**Auch eine Chinatrophäe!** Wie den „Berliner Neuesten Nachrichten“ aus Wilhelmshaven berichtet wird, hat das vor einigen Tagen mit dem Dampfer „Lucumau“ zurückgekehrte Marine-Lazarett noch eine höchst eigenartige Chinatrophäe mitgebracht: den Kopf des hingerichteten Unteroffiziers En Sai, der seinerzeit in Ausübung eines ihm von seinen Vorgesetzten erteilten Befehls den deutschen Gefangenen v. Ketteler erschossen hatte. Der Kopf sei nach Berlin geschickt worden.

Erinnert schon die Unsitte des Köpfe-Mitbringens bedenklich an die indische Sitte des Stalpierens, so entspricht das Mitbringen eines Feindeskopfes vollends dem barbarischen Brauch tiefschender Naturvölker, den präparierten Feindeskopf als Siegetrophäe auszubewahren. Will man den Schädel etwa der Witwe Kettelers zum tröstenden Andenken stiften? Oder will man ihn Sieghow als posthume Ehrung überreichen? Oder soll er den Aufbau der Pelinger Instrumente als Schlüsseltück effektiv abschließen?

**Heinrich XXII.** Aus Greiz wird gemeldet: Der regierende Fürst hat gestern sein altes Testament, das dem Erbprinzen von Neuh. J. die Regenschaft in Neuh. J. an Stelle des geisteskranken Thronfolgers übertrug, zurückgenommen und dafür ein neues hinterlegt, das, wie verlautet, eine anderweitige Regelung der Erbfolgefrage vorsieht. Der Fürst sei nicht unbedenklich erkrankt.

Die kürzlich bekanntgegebene Thatsache, daß Heinrich XXII. als besonderes Atonrecht für sich in Anspruch nimmt, nachdenkliche Kinder zu prägel, ist bisher nicht deniert worden, was im Falle ihrer Unrichtigkeit sicherlich sofort geschehen wäre. Es ist anzunehmen, daß die Umföhung des Testaments nicht außer Zusammenhang mit jenen Entschlüssen steht.

**Konervative Obstruktionsneigungen.** Nicht nur das agrarische Ländblatt, die „Deutsche Tageszeitung“, schwärmt für Obstruktion im Reichstag, wenn sie dem Atonwunder möglich sein kann, sondern auch das politisch führende Hauptblatt der konservativen Partei, die „Kreuz-Zeitung“. Im Anschluß an den auch von uns citierten Satz des „Hamb. Korresp.“, daß Obstruktion unter Umständen „patriotische Pflicht“ sei, sagt die „Kreuz-Zeitung“:

„Diesen letzten Satz wollen wir uns merken für den allerdings nicht gerade wahrscheinlichen Fall, daß einmal die konservative Partei sich veranlaßt sehen sollte, gegen Gesetzentwürfe, die sie für „verderblich“ hält, Obstruktion zu machen.“

Keine Partei hat so oft und so hartnäckig Obstruktion, nicht nur gegen Regierungsvorlagen, sondern gegen Lieblingswünsche ihres Kaiserlichen und Königlich Herrin, betrieben als die Konservativen. Es bedarf nur der Erinnerung an ihre zähe und erfolgreiche Kanalverschleppung. Aber bisher haben die Herren Konservativen den wirklichen Charakter ihrer Obstruktion stets zu verbergen versucht. Jetzt gesteht die „Kreuz-Zeitung“ ihre Reue für die Obstruktion offen zu und sie wird sich daher fortan der Beschimpfungen enthalten müssen, die ihr geläufig waren, wenn andere sich dieses politischen Mittels bedienen.

**Antliche Erhebungen über Arbeitslosigkeit.** Die badische Regierung hat, der „Südd. Reichs-Zeitung“ zufolge, mit Rücksicht auf die stattgehenden Betriebsauswicklungen Erhebungen über die industrielle Lage Baden und eine etwa zu befürchtende Arbeitslosigkeit angeordnet.

#### Sächsisch-nationalliberaler Aagenjammer.

Leipzig, 16. Oktober. (Eig. Ber.) Die bürgerlichen Parteien in Leipzig weisen alle Merkmale des Zerfalls auf. Der national-liberalen Bourgeoisie ist der Bankrott, die industrielle Krise und das Fiado der Weltpolitik in die Glieder gefahren; die altdeutschen Aameriken sind außer Kurs und gegen Herrn Hoffe besteht eine starke Mißbilligung. Der Ausfall der Landtagswahlen ist auch nicht eben geeignet, die verdrießliche Stimmung der Nationalliberalen zu heben; sie wissen es wohl, daß ihre Partei in dem Landtag mit der konservativen Zweidrittel-Majorität genau so viel zu sagen hat, wie die jetzt glänzend herantretende Socialdemokratie, nämlich nichts, und daß die konservativen ihre Stellung in der Kammer beugen werden, um die unvermeidlich gewordene Mehrbelastung einzig und allein dem mobilen Kapital aufzubauen. Die Vertilgung der Nationalliberalen hat bereits dieser Tage einen öffentlichen Ausdruck gefunden; eine vom jugendnationalliberalen Verein einberufene Versammlung nahm ein temperamentvolles Referat des Reichstags-Martin über die Reform des Landtags-Wahlrechts entgegen. Der Referent eignete sich im Verlauf seines Vortrags alle diejenigen Ausstellungen an, welche von der Socialdemokratie vor 6 Jahren gegen das Klaffenwahlrecht geltend gemacht worden waren und die heute durch die Erfahrung bestätigt sind, und plädierte für die Wiedereinführung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts und die Einführung einer Vertretung der öffentlich rechtlichen Korporationen der Erwerbsthätigen zu 1/3 der Kammer. Dieser Gedanke fand in der Diskussion vielfache Zustimmung aus den Kreisen der Nationalliberalen, während andere Redner sich bemühten, den Wahlrechtsbrand als einen Akt der Notwehr zu rechtfertigen. Doch wurde die Reformbedürftigkeit des bestehenden Klaffenwahlrechts allgemein anerkannt. Die Vertilgung ist nicht nur ein Symptom für die herrschende Aagenjammerstimmung im national-liberalen Lager, sondern, wie schon die Bezeichnung „jugendnational-liberaler Verein“ andeutet, ein Anzeichen der Verjüngung. Bis jetzt fehlten der neuen Bewegung nur die führenden oder als Führer allgemein anerkannten Elemente; ist die Bewegung gut geführt, so kann sie dem herrschenden national-liberalen Progenium vielleicht unangenehm werden.

**Majestätsbeleidigungs-Prozess.** Ein Arbeiter Hommer hatte sich vor der zweiten Strafkammer des Hamburg-Landgerichts zu verantworten. Gelegentlich eines Wirtshausgesprächs über die China-Expedition sollte er eine den Kaiser beleidigende Äußerung gemacht haben. Er bestritt das und behauptete, er habe eine ganz andre Äußerung gemacht. Im übrigen sei er stark betrunken gewesen. Die Denunzianten, Arbeiter Ziehe und Lange, die an dem Abend von dem Wirt auf die Straße gesetzt sind, bestätigten unter Eid ihre früheren belästigenden Angaben. Der Saalmann, dem die Anzeige zuerst erstattet ist, bekrönte, Lange und Ziehe seien an dem Abend so betrunken gewesen, daß er zu ihnen gesagt habe: wenn sie einen Menschen so schwer beleidigen wollten, sollten sie erst einmal nüchtern werden, sie könnten ja nicht auf den Beinen stehen. Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Angaben der beiden Zeugen für völlig einwandfrei und beantragte fünf Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gemäß dem Antrage der Verteidigung jedoch auf Freisprechung.

#### Ausland.

##### Österreich-Ungarn.

Wien, 17. Oktober. Das Abgeordnetenhaus ist heute wieder zusammengetreten. Unter den Einläufen befindet sich u. a. ein Dringlichkeitsantrag Rastan betreffend Milderung der Postlage der Eisen- und Maschinenindustrie Österreichs, ferner ein Dringlichkeitsantrag des Abg. Forstj. und Genossen betreffend die Revision

des Zolltarifs und eventuell den Abschluß eines Zoll- und Handelsabkommens mit Ungarn, sowie neuer Handelsverträge mit den auswärtigen Staaten. Finanzminister Böhm von Bawert unterbreitete hierauf mit eingehendem Finanzexpé den Staatsvoranschlag für 1902. Das Expé des Finanzministers legt dar, daß der diesjährige Staatsvoranschlag noch mit einem allerdings nur geringen Ueberschuß abschließt, obwohl die widrigen wirtschaftlichen Verhältnisse naturgemäß auch die Staatsfinanzen ungünstig beeinflussen mußten. Der Ueberschuß vom Jahre 1900, welcher 49 Millionen Kronen beträgt, könne nur mit einem Betrage von etwas unter dreißig Millionen als wirklicher Gebahrungsbüchse in Betracht kommen. Trotz des ungenügend vorhandenen wirtschaftlichen Niederganges zeige das Wirtschaftsleben Österreichs, daß sich in bestehenden Grenzen hält, auf solider Grundlage ein vollkommen erfreuliches Bild. Den wichtigsten Gesichtspunkt bilde die durch das Zusammenwirken der Regierung und des Parlaments eingeleitete Investitionspolitik, die in der namhaften Steigerung des Erfordernisses für die Verzinsung der Staatsschuld (um ca. 8 Millionen Kronen) und in dem Erfordernis für die Vorbereitung der Wasserstraßen Ausdruck finde.

##### Schweden.

**Der Staatsminister und das Wahlrecht.** Ein Journalist befragte den Staatsminister von Otter darüber, was der Reichstag in der Wahlrechtsfrage von der Regierung zu erwarten habe, darauf hat dieser erwidert: „Die Regierung wird natürlicherweise einen Entwurf zur Erweiterung des Wahlrechts vorlegen; sie hat ihre Versprechen gegeben und wird es auch einlösen. — Die umfassenden Erhebungen, die jetzt mit Hilfe einer ganzen Legion Mitarbeiter von statistischen Bureau angestellt werden, sollen bis zum 1. Februar abgeschlossen sein und im Laufe des März kann die Regierungsvorlage erwartet werden.“ Auf die weitere Frage, wie weit die Regierung in ihrem Entwurf gehen werde in Bezug auf die Ausdehnung des Wahlrechts, erklärte der Staatsminister: „Diese Frage ist entschieden. Die Regierung hat ihren Standpunkt schon eingenommen, aber welchen Standpunkt, darüber kann ich keinen Bescheid geben. Sicherlich wird aber die Regierung nicht den alten Entwurf wieder vorlegen.“

Dieser sonderbare Umstand, daß die Regierung bereits ihren Entschluß gefaßt hat, bevor die mit einem ungeheuren Aufwand von Arbeitskraft gepflogenen Erhebungen zum Abschluß gelangt sind, läßt selbst einem hochkonservativen Organ so ungläublich, daß es den Staatsminister um Auskunft darüber ersuchte. Dieser bestätigte im wesentlichen die Richtigkeit der Wiedergabe seiner Äußerungen. Es ist also anzunehmen, daß die Ergebnisse der Erhebungen, die selbstverständlich für eine durchgreifende Reform des Wahlrechts vollkommen entbehrlich wären, dem Reichstag gleichsam nur als Ausschauungsmaterial dienen sollen, um zu zeigen, wie die neue Wahlrechtsgrenze sich in der Praxis „bewähren“ wird.

##### Belgien.

**Interpellation über Krisis und Arbeitslosigkeit.** Die in der Kammer von den Genossen Troet und Ansele eingebrachte Interpellation wurde von ministerieller Seite mit einigen kindlichen Nebensarten beantwortet. Die liberale Regierung gestand ihre Ohnmacht und erklärte, daß... die Gegenwart eines socialdemokratischen Ministers in Frankreich beweise, daß der Kollektivismus nichts Besseres als der Kapitalismus leisten werde!

Mit dieser Antwort hatten die Socialdemokraten leichtes Spiel. Sie wiesen nach, daß die Arbeitslosigkeit eine Folge der anarcho-kapitalistischen Produktion ist, und daß der Staat, der unrentablen Eisenbahn-Gesellschaften ein genügendes Einkommen garantiert, der für die belästigten Unternehmer die Lieferung des vom Staate gebrauchten Materials monopolisiert, der große Banken rettet, daß dieser Staat auch gegen die Arbeitslosigkeit des Proletariats etwas thun müsse. Die Herren Minister versprachen dann auch, die Gemeinden anzuspornen, Arbeitslosigkeits-Versicherungen zu gründen und die nötigen Staatsarbeiten so schnell als möglich ausführen zu lassen.

**Wahlrechtsbewegung.** In Charleroi fand am Sonntag eine große Demonstration zu Gunsten des allgemeinen gleichen Wahlrechts statt, an der gegen 50 000 Personen teilnahmen. Zugleich wurde in dem Vorort Madsime ein Maison du Peuple, ein Genossenschafts-Magazin und eine socialistische Apotheke eingeweiht.

##### Italien.

**Ein Kongreß der Bauernvereine des Gebietes von Pavia** ist am letzten Sonntag in der Stadt Pavia abgehalten worden. Vertreten waren 30 Sektionen, und es nahmen ca. 1000 Bauern und Landarbeiter daran teil. Es wurde beschlossen, die lokalen Vereinigungen in einem Bund zu vereinigen; ferner wurde beschlossen, den Nationalkongreß der italienischen Bauernvereine, der am 24. November in Bologna zusammentritt, zu besuchen.

##### Spanien.

**Die Unruhen in Sevilla sind beendet.** Ein Telegramm meldet: Die Lokale der Arbeitervereine sind geschlossen worden. Die Anarchisten werden energisch verfolgt. Die Hauptführer der letzten Unruhen wurden verhaftet. Die Mehrzahl der Arbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen.

**In der Deputiertenkammer teilte Kriegsminister Wehler mit,** in Sevilla sei die Ruhe wieder hergestellt; dann verlas der Kriegsminister eine Gesetzesvorlage, nach welcher der Heeresetat für 1902 auf 40 000 Mann herabgesetzt wird.

##### England.

London, 14. Oktober. Cecil Rhodes, die Liberalen und die Kammung Kegyptens. Die im „Vorwärts“ vom 20. August verhandelt wurde, beschuldigte die Wochenchrift „Spectator“ die liberale Partei, von Rhodes 5000 Pfund Sterling (über 100 000 M.) unter der Bedingung angenommen zu haben, daß sie auf ihre Forderung, Kegypten zu räumen, Verzicht leiste. Da der Führer der liberalen Partei, Sir Henry Campbell-Bannerman, diese Nachricht als eine Lüge bezeichnete, erbot sich Rhodes, die betreffende Korrespondenz mit Mr. Schnadhorst, dem verstorbenen Vertrauensmann der Liberalen, zu veröffentlichen. Der „Spectator“ vom 12. d. R. bringt die ihm zur Verfügung gestellte Korrespondenz zwischen Rhodes und Schnadhorst. Sie besteht aus drei Briefen, aus denen hervorgeht: 1., daß der Vertrauensmann einer großen Partei um finanzielle Hilfe bei einem Milionär gebeten hat, der dadurch auf die Lakt und Ziele der Partei einen Einfluss gewinnen wollte; 2., daß der Vertrauensmann von diesen Absichten keine Kenntnis hatte; 3., daß die Politik der Liberalen nicht von den schünen, schwungvollen Reden eines Gladstone und Morley, sondern von den stillen, ruhigen Kalkulationen der Interessenten geleitet wird. In seinen Briefen vom 23. Februar 1891 und 25. April 1892 befragt sich Rhodes über die Reden von Gladstone und Morley, die sich im Hinblick auf die damals bevorstehenden Parlamentswahlen für die Kammung Kegyptens ausgesprochen. Woran Schnadhorst antwortet: „John Morleys Rede war nur der Ausdruck seiner persönlichen Ansicht... In bin geneigt zu sagen, daß seine (Gladstones) Anstiftung (in Newcastle) bezüglich Kegyptens nur der Ausdruck eines frommen Wunsches war... Sir William Harcourt war durch jene Anstiftung unangenehm verstimmt... und ich sah auch Lord Rosebery, der Minister des Auswärtigen wird, von dem ich sicher bin, daß er für die Kammungspolitik nicht zu haben ist. Ich glaube Mr. Gladstone wurde von einigen Individuen bearbeitet, möglicherweise nur von Morley allein.“

Owohl die Abmachung zwischen Rhodes und Schnadhorst in Bezug auf Kegypten nur eine mündliche war, so geht doch aus dem oben angeführten Schreiben klar hervor, daß Schnadhorst wohl wußte, um was es sich handelte. In Rhodes Brief vom 23. Februar 1891 kommt auch eine Stelle vor, die für uns von besonderem Interesse ist. Der leitende angelsächsische Imperialist schreibt: „Die Zukunft Englands muß vielleicht liberal sein, um den Socialismus zu bekämpfen zu können.“

Rhodes war in diesem Punkte seinem preussischen Gefinnungsgegnen Bismarck weit überlegen. Nicht mit Druck, sondern mit einer fortschrittlichen Politik glaubt er dem Socialismus beikommen zu können. Das war bekanntlich auch die Politik des „großen, alten Mannes“ Gladstone. —

### Rußland.

**Hungerrevolten** sind nach einer Meldung der „Orel. Zig.“ aus Petersburg an verschiedenen Stellen im Innern Rußlands vorgekommen. Es sollen blutige Zusammenstöße zwischen hungernden Volksmassen und Militär stattgefunden haben. Besonders ernst sollen die Zusammenstöße im Gouvernement Saratow gewesen sein. Der Minister des Inneren habe sich nach Spala begeben, um dem Jaren persönlich Bericht zu erstatten. Daß die Hungerrevolten in Rußland nicht schon längst zu gewaltigen Ausbrüchen der Verzweiflung geführt hat, liegt daran, daß die Bevölkerung der Hungerdistrikte nicht plötzlich gleich der ärgsten Not preisgegeben wurde, sondern allmählich dem Elend verfiel und allmählich derart entnervt wurde, daß sie stoisch alles über sich ergehen läßt. —

**Wie der Jar abrückt.** Man schreibt uns: Obwohl die Reise des Kriegsministers Kuropatkin nach den centralasiatischen russischen Grenzgebieten nicht als unmittelbare Konsequenz des Todes Abdur Rahmans zu betrachten ist, so beweist sie doch wieder, wie die Regierung Wäterschens trotz der nachgerade bereits langweilig wirkenden Berenenerungen, den Frieden um jeden Preis und unter allen Umständen aufrecht erhalten zu wollen, bestrebt ist, ihre Truppen nicht nur in defensiver, sondern auch in aggressiver Richtung mobil zu halten. Weit aus der Hälfte aller russischen Truppen garnisoniert hart an den Grenzen des Reiches. In Rußisch-Polen allein stehen über 100 000 und sowohl an den asiatischen Grenzen als im Süden an der Balkanpeninsule finden fortlaufend Truppenzusammenziehungen und ernste Uebungen statt. Vor allem aber geht man in letzter Zeit wieder stark an den Bau von Eisenbahnen, die nur rein strategische, ja nur aggressive Bedeutung haben können. Während im Süden und Innern der Mangel an Eisenbahnverbindungen, wie dies täglich von angesehenen russischen Tagesblättern dargelegt wird, eine der Hauptursachen des unsäglichen Elends der von Jahr zu Jahr wiederkehrenden Hungerplagen bildet, indem zwischen den Gegenden mit günstigem Ernteergebnis und von Weizen betroffenen Gouvernements kein entsprechender Ausgleich in der Getreideverteilung stattfinden kann, hat die Regierung zu strategischen Eisenbahnbauten anscheinend Geld in Fülle übrig. Bis jetzt bestehen zwei große strategische Linien: die Bahnen Petersburg-Warschau und Moskau-Brest; man soll noch eine ihnen ziemlich parallel laufende Route: Bialogoj-Siedlce gebaut werden, um die großen Zwischenräume, welche die erstgenannten Strecken von einander trennen, strategisch zu überbrücken. Während diese Bahn strategische aggressive Zwecke für den Fall eines Krieges mit Deutschland verfolgt, richtet sich der Bau einer andern, der Linie: Baltawa-Stowel gegen Oestreich. In Petersburg Militärkreisen wird zur Zeit die Frage der Mobilmachung viel besprochen und es herrscht die Ansicht, daß man einschließlich der neuen Bahn in kürzester Frist acht Armee-corps an die preussische Grenze werfen könnten. Die neue Bahn soll hierbei den Transport von zwei Corps bewältigen. — Jedenfalls können die Russen — und es giebt deren immer noch welche — aus vorstehendem ersehen, daß man sich im Lande des Friedens-Jaren gerade nicht mit Abrüstungsprojekten beschäftigt. —

### Afien.

**Ein neuer Mandchurienvertrag?** Den „Times“ wird aus Peking vom 16. Oktober gemeldet: Ueber einen neuen Vertrag bezüglich der Mandchurien, der in seinen Grundlinien dem von Rußland am 5. April zurückgezogenen gleich, aber in einer die Chinesen mehr schonenden Weise abgefaßt ist, wurde schon vor einiger Zeit und wird auch jetzt wieder zwischen dem russischen Gesandten Leszar und Li-Hung-Tschang verhandelt. Infolge der früheren Enthaltungen wird jetzt die strengste Diskretion gewahrt, doch ist bekannt, daß die Verhandlungen Li-Hung-Tschang übertragen worden sind. Es wird ferner gemeldet, daß der Vertrag bis jetzt nur skizziert, aber noch nicht endgültig festgelegt worden ist. Prinz Tsching erklärt, er sei nicht darüber unterrichtet worden und giebt deshalb seiner Enthaltung Ausdruck. —

Welcher Art auch der Vertrag sein möchte, das darf als sicher angesehen werden, daß Rußland die Mandchurien nicht wieder herausgeben wird. Sollte Rußland es nach vollzogener Annexion der Mandchurien noch für nötig halten, durch Abschluß eines Vertrages diese für China so bittere Thatsache ein wenig zu verjähern, so sicher nur, um seinen Einfluß auf die chinesische Regierung zu erhöhen und möglicherweise noch weitere Vorteile für sich herauszuschlagen. —

### Amerika.

**Vom südamerikanischen Kriegeschauplatz.** Ein Telegramm aus Colon besagt: Hier eingegangene Nachrichten zufolge haben die Regierungstruppen vor kurzem die Aufständischen bei Panoneme in der Provinz Coele (?) geschlagen und viele getödtet. Die Regierungstruppen hatten 40 Tote und Verwundete, sie hatten Panoneme besetzt. —

## Der Boeren-Krieg.

### Zum Tode durch den Strang

verurteilt wurde nach einer Meldung aus Cradod Lieutenant Bida aus Bethulle wegen Zerstörung eines Eisenbahnzuges und Ermordung eines Eingeborenen. Das Urteil wurde bestätigt. Daß die Boeren Eingeborene, die ihnen als englische Hilfssoldaten in die Hände fielen, erschießen ließen, war ein zwar trauriger aber notwendiger Akt der Nothwehr. Die Erschießung Boerer, die sie angeworben, wäre freilich besser gewesen. Wenn Lieutenant Bida wegen eines solchen Standrechtsfaltes gehängt wird, so hat Lord Kitchener selbst den Strang zu heftig verdient. —

Das Schändliche dieser neuen Thatthat wird auch in diesem Falle dadurch potenziert, daß Lieutenant Bida aus Bethulle, also aus dem Drauje-Freistaat, stammt, mithin kein „Rebell“ ist!

### Ein neuer Boerenvorstoß.

Aus Kapstadt wird vom 16. Oktober gemeldet: Mehrere Boerenkommandanten mit im ganzen etwa 500 Mann rüden plündernd und rekrutierend durch das Thal des Großen Bergflusses nach Süden vor; einige Abteilungen sind bereits bis Dopefeld und der Saldanha Bai vorgedrungen. —

Die Boeren sind also, zum erstenmal, bis zum Atlantischen Ocean vorgedrungen. Die Saldanha Bai liegt nördlich von Kapstadt, und nicht weiter als 100 Kilometer entfernt!

### Vesorgnisse im englischen Kriegsdamt.

Ein Londoner Telegramm besagt: Im Kriegsdamt herrscht große Unruhe, verursacht durch angeblich nicht befriedigende Nachrichten über die Lage in der Kapkolonie. Angesichts der Thatsache, daß das Kriegsdamt jede Auskunft verweigert, wird vermutet, daß die Lage sehr ernst ist und daß der Aufstand der Afrikaner nun endlich doch ausgebrochen ist. —

Es soll wohl heißen, der allgemeine Wunsch, denn daß bereits viele Tausende von Kapkolonisten gegen England in Felde stehen, ist eine längst zugestandene Thatsache. —

## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

31. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Die Zahlvertheilung ist wiederum überfällig.

Zu den Ausschuss für die Erörterung der neuesten Phase der Bürgermeister-Vestigungsfrage sind u. a. die

Stadtvv. Singer und Stadthagen deputiert; Vorsitzender ist Stadtv. Langerhans.

Für den ausgedehnten Stadtv. Nilsberger (R. L.) wählt die Versammlung in das Kuratorium der Kaiser Wilhelm- und Augustastiftung den Stadtv. Strade.

Zur Debatte steht der vor 14 Tagen bereits vom Antragsteller ausführlich begründete Antrag Singer:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob es wahr ist, daß — wie Zeitungsberichten melden — der Kaiser gegen die Vollendung und Aufstellung der von der städtischen Kunstdeputation zur Ausschmückung des Friedrichshagens bestimmten und in der Aufstellung begriffenen

### Märchenbrunnen

Einspruch erhoben hat.

Der Magistrat hat inzwischen der Versammlung das bezügliche Aktenmaterial zugänglich gemacht; in unserer Dienstanzeige ist dasselbe ausführlich wiedergegeben und kritisch beleuchtet worden. — Nach der Audienz des Oberbürgermeisters und des Stadtbaurats Hoffmann in Hubertusfod hat der Magistrat bekanntlich entgegen dem Antrage der Kunstdeputation beschlossen, diese vor der Beschlußfassung darüber (nämlich den Polizeipräsidenten um eine Erklärung zu eruchen, ob er seinerseits die Ausführung des Märchenbrunnens genehmigt oder verjagt) um eine Äußerung zu eruchen, ob und in welcher Weise bei der Ausführung der Märchenbrunnens unter Festhaltung der Grundidee des ausgearbeiteten Projekts den Anregungen Sr. Majestät des Kaisers entsprochen werden können.

Von der Neuen Fraktion der Linken ist zur heutigen Verhandlung folgender Antrag gestellt:

1. In Anbetracht, daß für die Errichtung der Brunnen eine königliche Genehmigung rechtlich nicht erforderlich ist, da die bezügliche Bestimmung des Ministerialerlasses von 1897 in § 10 des Bauaufsichtlinien-Gesetzes von 1875 keine Stütze findet, also nicht rechtsverbindlich ist; daß vielmehr lediglich ein ortspolizeilicher Bauvorsatz gemäß § 27 der Berliner Baupolizei-Ordnung in Frage kommt; so gleich bei dem Herrn Polizeipräsidenten die Erteilung dieser Genehmigung zu beantragen.

2. Im Falle der Verjagung des Verwaltungsstreitverfahrens zu betreiben.

Stadtv. Singer: Die Verlegung der Beratung vor 14 Tagen erfolgte mit Rücksicht auf eine Erklärung des Oberbürgermeisters, der zufolge wir denn auch das Aktenmaterial erhalten haben. Zwischen dem ist aber doch noch etwas anderes erfolgt, nämlich die unangekündigte Audienz des Oberbürgermeisters. Es wäre vielleicht angezeigt gewesen, die heutige Erörterung mit einer Mitteilung über diese Audienz, wenn eine solche Mitteilung für angemessen erachtet worden wäre, zu eröffnen. Einweilen müssen wir uns damit bescheiden, daß die Angelegenheit durch die Akten doch etwas geklärt ist. Danach hat die Stellungnahme des Königs sich nicht auf Anregungen und Wünsche beschränkt, sondern es geht daraus hervor, daß der König glaubt, ein Genehmigungsrecht auch für die Anlagen im Friedrichshagen in Anspruch nehmen zu können. Es würde mich sehr freuen, wenn der Oberbürgermeister auch über die Rechtslage in der Audienz Mitteilung gemacht hätte; es würde das ganz gewiß zur Klärung der betreffenden Sache beitragen. Der Meinung des Königs gegenüber müssen wir mit aller Schärfe und Deutlichkeit feststellen, daß der König sich im Irrtum befindet und daß wir uns nicht beeinflussen lassen, sondern das Recht, welches wir auf diesem Gebiete haben, für uns auch geltend machen wollen. Unter den Konfliktfällen, die jetzt zwischen Stadt und König vorliegen, ist in diesem Fall, wo die Rechtslage ganz unbedingt klar liegt, absolut keine Angstlichkeit am Platze. Es kann sich höchstens um die Sicherheit- und verkehrspolizeiliche Genehmigung handeln, die bei allen Bauanlagen erforderlich ist. Ich verstehe nicht recht, wie der Magistrat gegenüber der neuen Situation zu seinem Beschlusse gekommen ist, nochmals die Kunstdeputation zu befragen. Man braucht ja nur einen Blick auf unser Projekt zu werfen, um sofort zu wissen, daß eine Vereinbarung der beiden Standpunkte einfach unmöglich ist. Unsere Bauverhältnisse sind als architektonischer Schmuck des Parks gedacht, wo die Märchengestalten mehr oder weniger dekoratives Beiwerk sind. Der König hält eine architektonische Anlage nicht für richtig, sondern will „gemüthvolle Darstellungen“, welche leichter für die Kinder verständlich sind, in einzelnen Gruppen aufgestellt, vorkommen, wie die Wärmepumpe in der Siegesallee (Heiterkeit!) auch in einzelnen Gruppen aufgestellt ist. Ein Ausgange ist hier unmöglich, es sei denn, daß Magistrat, Versammlung und Kunstdeputation gewillt sind, einfach zu thun, was vom König verlangt wird. Aber auch aus einem andern Grunde erscheint es, nachdem wir einmal mit der Frage wieder befaßt sind, mir ein unglücklicher Gedanke, die Versammlung anzuschulden und die Sache in die Kunstdeputation oder den Magistrat zurückzuverweisen. Allerdings ist die Kunstdeputation selbständig im Rahmen der etatsmäßig für sie bewilligten Summen, und die Versammlung hat nur in der Frage mitzureden. Dennoch ist diese Art der Behandlung nicht förderlich für die Sache selbst, sondern geeignet, auch in unsere freie Verwirrung hineinzutragen in einer Sache, deren Lage nicht klar sein könnte. Statt sich mit uns gemeinsam auf den unerschütterlichen Rechtsboden zu stellen, kommt der Magistrat mit einem solchen Ansuchen an die Kunstdeputation! Man könnte einen Preis anschieben für die Verwirrung einer klaren Situation; der Magistrat würde in diesem Falle das beste Anrecht auf die goldene Medaille haben. (Große Heiterkeit.) Dieses Zwischenpiel beinträchtigt die Situation außerordentlich. Der Magistrat konnte mir dadurch zu seinem neuen Entschlusse kommen, daß er um jeden Preis in Frieden leben will, um jeden Preis einen Konflikt vermeiden will. Durch den Verzicht auf ein absolut lares Recht wird aber das berechtigte Interesse der Stadt Berlin nicht gefördert; wir wollen zwar auch keinen Streit, aber auch keinen Frieden, der eine verweirte Rechtslage mit Unterwerfung hat. (Zustimmung.) Die Mehrheit der Versammlung, glaube ich, wird bei der Meinung beharren, daß das ursprüngliche Projekt und die wohlwogenden Beschlüsse der städtischen Behörden nicht durch das Urteil eines wenn auch noch so künstlerisch veranlagten Laien ausgegeben werden können. Geht der Magistrat von seiner Auffassung ab und würde die Kunstdeputation sich auf eine Änderung einlassen, so müßten wir uns vom Magistrat trennen. Ich schreide nicht davor zurück, auszusprechen, daß sich dann neben dem Konflikt zwischen Stadt und Krone ein Konflikt zwischen Versammlung und Magistrat entwickeln kann, der dann nach der Städteordnung zu schlichten wäre. Es wäre aber angefangen dieser Möglichkeit angebracht gewesen, daß der Magistrat beantragt hätte, mit der Versammlung in gemischter Deputation die Frage weiter zu ventilieren. Was die Sache in der Deputation soll, weiß ich nicht. Beharrt dieselbe auf ihrem Beschlusse, so wird es vielleicht zum Verwaltungsstreitverfahren kommen; fällt sie um, dann ist der Magistrat vielleicht froh, wenn etwas herauskommt, was nicht warm und nicht kalt ist, sich teilweise den oben geäußerten Wünschen nähert; es wird vielleicht die Genehmigung dann erteilt, aber die Versammlung wäre ausgeschaltet und das Verhältnis zum Magistrat müßte sich durchaus unerquicklich gestalten. Die Frage darf nicht aus dem Gesichtspunkte der Märchenbrunnens allein betrachtet werden; es ist ein Teil des Systems, welches darauf ausgeht, die städtische Verwaltung von Berlin einflußlos zu machen und alles, was hier geschieht, in die letzte Entscheidung des Königs zu legen. Der hier verjagte Schritt ist, wenn erfolgreich, ein Schritt zur Kabinettsjustiz, die Begränzung eines Steines, der auf dem Wege zum Absolutismus liegt. Eine intelligente Bürgerschaft wird sich nicht freiwillig unter den Absolutismus beugen! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Küher dem eben mitgetheilten Antrag ist noch ein Antrag Kämpf eingegangen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Vorlage und ersucht den Magistrat, an dem in dem Schriftwechsel mit dem königlichen Polizeipräsidenten entwickelten Rechtsstandpunkte festzuhalten, nach welchem nur eine baupolizeiliche Genehmigung zur Errichtung des Märchenbrunnens erforderlich ist.

Stadtv. Dr. Preuß (R. L.): Die durchaus dringend wünschenswerte Einmütigkeit zwischen Versammlung und Magistrat wird nur

gefördert, wenn man die beiden hier in Betracht kommenden Fragen scharf auseinanderhält, ob es sich empfiehlt, auf die von hoher Stelle gegebenen Anregungen einzugehen, und ob eine königliche Genehmigung für den Bau erforderlich ist. Die letztere Frage, die Rechtsfrage, ist für die ganze Angelegenheit entscheidend. Der Ministerialerlass von 1897 kann auf diese Märchenbrunnens keine Anwendung finden. Dieses merkwürdige Reskript ist rechtsunverbindlich und trägt diesen Charakter deutlich aufgedrückt. Der § 10 des Bauaufsichtlinien-Gesetzes hat mit denkmälerisch absolut nichts zu thun, denn diese Säncenwittchen- und Dornröschen-Brunnen sind keine Denkmäler, und es handelt sich in dem bezogenen § 10 nur um Bauaufsichtlinien. Allerdings hat die Erwidern des Magistrats an den Polizeipräsidenten von 1900 insofern einen kleinen Fehler begangen, als sie die Rechtslage nicht ganz mit der früheren Schärfe betont hat. Für alle diesen Gründen empfehlen wir untern Antrag. Es braucht ja durchaus nicht bis zum Oberverwaltungsgericht zu kommen.

Stadtv. Kämpf (R. L.): Neben dem Rechtsstandpunkte muß doch auch der andre Gesichtspunkt betont werden, der des Verhältnisses der städtischen Behörden zu dem Träger der Krone. Berlin ist nun einmal die Residenzstadt des Königs. In Berlin wird von jedem einzelnen Bürger häufig sogar eine sehr herbe Kritik angelegt an das Thun der städtischen Behörden, und man weiß, daß die städtischen Behörden durchaus geneigt sind, auf alle diese Stimmen sorgsam zu hören. Im Magistrat besteht die Einrichtung, daß alle Petitionen über das Verhalten der städtischen Behörden ausgesprochen und den einzelnen Verwaltungen zugestellt werden zur Prüfung und Abhilfe der Beschwerden, wenn sie berechtigt sind. Petitionen und Anträge von Einzelnen oder Vereinen werden sorgfältig in Rücksicht gezogen. Was Sie jedem Bürger gestatten, das Recht, seine Ansichten geäußert zu sehen, soll ganz allein dem Könige verweigert werden? (Zuruf: Was er petitionieren!) (Heiterkeit.) Wenn der Kaiser Äußerungen wie die in Rede stehenden thut, so vergißt sich die Gemeinde nichts, wenn sie diese einer sorgsam Prüfung unterzieht, und findet sich hierbei, daß die Äußerungen den Interessen der Verwaltung nicht zuwider sind, so vergißt sich die Stadt durch das Eingehen darauf nichts. Es liegt darin keine Verhöhnung der Stadt Berlin, ebenso wenig wie eine Verhöhnung durch die Presse vorliegt, wenn ihren Anregungen Gehör geschenkt wird. Die Rechtslage liegt vollkommen klar. Die allerhöchste Genehmigung kann nur begründet werden auf das Bauaufsichtlinien-Gesetz und der angezogene § 10 kommt hier nicht in Frage, ebensowenig der Vertrag wegen der Uebernahme der fiskalischen Strafen und Pläge, weil er sich auf den Friedrichshagen überhaupt nicht bezieht. Betreffs der baupolizeilichen Genehmigung ist auch durch das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts in der Märtsfriedhofs-Portalfrage nichts geändert; es können nur verkehr- und sicherheitspolizeiliche Gründe mißsprechen. Danach ist es in der That zu bedauern, daß der Magistrat in dem Augenblicke, wo er der Kunstdeputation die erwähnte Frage vorlegte, nicht gleichzeitig zum Ausdruck gebracht hat, daß er unbedingt an dem Rechtsstandpunkte von 1897 festhält; und wir sollten dies nachholen, indem wir unterseits öffentlich zum Ausdruck bringen, daß keine Gründe vorhanden sein können, die königliche oder eine andere als die baupolizeiliche Genehmigung einzuziehen. Diese Gründe habe ich in meiner Resolution ausgesprochen, die in der Sache übereinstimmt mit der Resolution Preuß, aber in der Form milder ist. Dem Kaiser, was des Kaisers, der Stadtgemeinde, was der Stadtgemeinde ist! (Beifall.)

Oberbürgermeister Kirschner: Bereits 1897 hat der Magistrat gegen das Ministerialreskript bestimmte Stellung genommen; die Frage, ob zu jedem Denkmale in Berlin die königliche Genehmigung erforderlich ist, haben wir damals verneint, und nichts hat sich seitdem in unserer Auffassung geändert. Gegen das Reskript spricht vor allem die Erwägung, daß wir in einem Rechtsstaate leben und daß die Polizeibehörde bei ihren Entscheidungen an sachliche Erwägungen gebunden, welche der Nachprüfung unterliegen. Hätte das Reskript recht, so wäre die Entscheidung der Polizei ausgeschlossen und an ihre Stelle die des Königs getreten, die seiner Nachprüfung unterliegt. Eine solche Verdrängung wäre um so bedauerlicher, als es sich um ein großes Gebiet der städtischen Verwaltung handelt. Der Magistrat ist ebenso wie die Versammlung verpflichtet, an diesem Rechtsstandpunkte unter allen Umständen festzuhalten; in diesem Punkte besteht eine Differenz nicht. (Beifall.) Wie die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts ausfallen mag, wir sind verpflichtet, Rechte, welche wir besitzen, ohne solche Entscheidung nicht aufzugeben. Diese Auffassung hat den Magistrat auch bei seinem letzten Beschlusse geleitet, ein ausdrücklicher Beschlusse über die Rechtsfrage wurde für überflüssig erachtet. Bezüglich des zweiten Punktes glaube ich, sind wir verpflichtet, uns immer dessen bewußt zu sein, daß wir als Hauptstadt des Deutschen Reiches und als Residenzstadt des deutschen Kaisers Pflichten auf Rücksichtnahme gegen Seine Majestät haben, und wir handelten, glaube ich, vollständig korrekt, wenn wir bei dem großen künstlerischen Interesse, welches Sr. Majestät an der Entwicklung der Stadt, Opfer bringend, nimmt, diese Rücksichtnahme eintreten lassen. Es drängt sich aber die Erwägung hinein: kann man diese Rücksichtnahme gewahren in dem Augenblicke, wo es den Anschein hat, als wolle man, was wir gewahren wollen, als Recht beanspruchen? (Sehr richtig!) Es ist nicht leicht, aber die Audienz in der Defensivität Auskunft zu geben, weil die Möglichkeit von Irrthümern und Mißverständnissen nicht ausgeschlossen ist. Ich erkläre aber, daß mir Seine Majestät gestattet hat, auch alle rechtlichen Bedenken, welche innerhalb der Verwaltung über den Erlaß bestehen, vorzutragen, und ich füge hinzu, daß ich den Eindruck gewonnen habe und der Baurat Hoffmann auch, daß Sr. Majestät die Rechtsfrage nicht in den Vordergrund stellte. Eine Erklärung im positiven Sinne habe ich natürlich nicht erhalten, aber Sr. Majestät hat hervorgehoben, daß die Rücksichtnahme auf ihn als Regenten, als König in seiner Residenz, die Rücksichtnahme auf seine Leistungen auf dem Gebiete der Kunst und sein Interesse dafür ihm den Anspruch gewährt, daß man Anregungen von seiner Seite berücksichtigt und in Erwägung zieht. Wenn dem so ist, sollten Sie sich nicht abhalten lassen, durch eine prozessuale Situation dasjenige zu thun, was hier empfohlen wird. Welche Kritik ist nicht geübt worden, auch in dieser Versammlung, zum Beispiel an den Ausholungen im Tiergarten. (Sehr richtig!) Daß eine Vereinigung der Auffassungen ganz unmöglich sei, dafür kann ich mich nicht auf die Autorität des Herrn Singer stützen, sondern diese Frage muß ich an kompetenter Stelle aufwerfen, und ich kann hinzufügen, daß die Ansichten auch der allerhöchsten Stelle vielleicht andre sein werden, wenn dort erwogen wird, was vorher dort nicht bekannt war; daß es nämlich der Stadt auch auf einer architektonischen Ansicht ankommt. Nehmen Sie die Resolution. Preuß an, so schließen Sie die Thür einfach zu. Sie können nicht erklären: „Ja, will zunächst mein volles Recht haben, nachher werde ich mit mir reden lassen.“ Diese Auffassung kann kein monarchisch empfindendes Herz teilen. Der Antrag Kämpf dagegen wahrt die Möglichkeit, durch Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen. Ich bitte Sie, an Ihren Rechten festzuhalten, aber in einer Weise (Zwischenruf: Mutig zurückweichen!) — auf mich machen Sie mit solchen Zwischenrufen keinen Eindruck; vorhin hörte ich einen, der nicht hätte fallen sollen —, daß die schuldige Ehrfurcht vor der Krone auch gewahrt wird (Beifall); nur dann kann schließlich unsere Auffassung zum Siege führen.

Stadtv. Singer: Ein etwas merkwürdiger Sieg, der dadurch erreicht werden soll, daß man nachgibt und dann von dem andern hört: so ist es recht, nun können wir uns vertheidigen! Es wäre wirklich eigentlich am besten, statt Dornröschen und Säncenwittchen im Friedrichshagen das Märchen von der Selbstverwaltung darzustellen. (Beifall.) Die Rechtsfrage wird von allen Seiten für klar gehalten, aber Magistrat und Mehrheit scheinen den Berg zwar waschen, aber nicht ihn nach machen zu wollen. Was nützt es mir, immer von meinem Recht zu reden, wenn ich nie davon Gebrauch mache! Herr Kirschner und Herr Kämpf führen aus, der Kaiser habe in seinem

Interesse für die Residenz bei den Opfern, die er für ihre Aufschwümmung gebracht, ein Recht auf Berücksichtigung seiner Anregungen. Das kann ich nicht gelten lassen. Wenn solches Recht in Anspruch genommen wird, dann wäre es besser, wenn die Residenz verlegt wird. (Große Bewegung und Lärm.) Die Grundfrage, die der Oberbürgermeister und Herr Kämpf verhandelt haben, machen in naher Zeit auch Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung überflüssig; dann geben wir doch die Verwaltung Berlins einfach an eine Abteilung des kgl. Hausministeriums ab! Diese Ausführungen gehen doch notwendigerweise hinaus auf einen Verzicht der Selbstverwaltung, zu deren Vertretung wir gewählt sind. Kann man sich etwas Komischeres denken, als die Parallele, welche Herr Kämpf zwischen dem König und dem einzelnen Bürger gezogen hat? (Zwischenruf: Die war sehr richtig!) Ja, dann soll man dem Kaiser doch anheimstellen, sich an die Kunstdeputation zu wenden. Wie, wenn eine Petition aus der Bürgerchaft gekommen wäre, welche nach sechs-jähriger Arbeit aller städtischen Stellen den städtischen Behörden erklärte: dem betreffenden einzelnen Bürger gefällig die Arbeit nicht und er erteilt seine Genehmigung zu der Arbeit nicht! Nein, hier handelt es sich um das personifizierte *sio volo*, *sio jubeo*! Das laudabile Joch, unter welches Berlins Verwaltung gezwungen werden soll! (Andauernde Unruhe und Erregung.) Es ist ganz gut, daß jetzt endlich einmal der Käse die Schelle umgehängt wird, was man endlich weiß, was mit diesen Rechtsverwahrungen beabsichtigt wird. Die Herren wollen nur sagen können: Wir haben doch recht! Das kommt mir vor, wie wenn jemand, der hinausgeworfen wird, sich in der Thür noch einmal umdreht und zurückruft: Aber recht habe ich doch! (Weiterkeit und abermalige große Unruhe.) Die einzig richtige Rechtsverwahrung wäre die: einem nicht berechtigten Einpruch haben wir und nicht zu sagen, wir thun, was wir nach reiflicher Erwägung für richtig befunden haben. Der Antrag Kämpf vor seiner Begründung viel besser als nachher. (Sehr gut! Weiterkeit), jetzt ist er nur dahin zu verstehen, daß man sich in der Praxis ein Vergnügen macht, sein theoretisch als unerschütterlich erklärmtes Recht preiszugeben. Voraus schöpft der Oberbürgermeister seine Hoffnung auf einen Ausgang zu Gunsten der Stadt? Ist der Audiensbericht in der Presse aus dem Zivilkabinett oder aus dem Magistrats-bureau ergangen? Jedenfalls hat in dem Bericht nichts von der Erörterung der Rechtslage gestanden. Nach diesem Bericht, der auch das geflügelte Wort: „Ich kann warten!“ enthielt, ergab sich nicht, daß der Kaiser von seiner Auffassung in den schwebenden drei Fragen irgendwie abgegangen ist; ich finde das an sich auch ganz in der Ordnung, wenn man durch eine Unterredung nicht gleich zu einer entgegengesetzten Meinung kommt — aber daraus folgt nicht, daß wir nun unsere Auffassung ändern müssen. Geht der Antrag Kämpf durch, dann sind wir in der allerhöchsten Weise dabei, das zu thun, worüber zuerst so großes Aufhebens vom verletzten Rechtsstandpunkt gemacht worden ist. Glaubt der Oberbürgermeister, schwächliche Rechtsverwahrungen machen oben Eindruck? Die Rechtslage ist zweifellos und deshalb sollen die städtischen Behörden ihre Entscheidung nicht nach dem Willen des Königs ummodellieren lassen. Was die künstlerische Seite der Frage anbelangt, so habe ich noch nie beantragt, für den Oberbürgermeister kompetent zu sein; es beruht das auf der erfreulichsten Gegenseitigkeit. (Weiterkeit, Weifall und große Unruhe.) Die kompetente Stelle, die Kunstdeputation, hat sich ja bereits dahin ausgesprochen, daß der Oberbürgermeister gefragt werden soll, ob er die baupolizeiliche Genehmigung geben will oder nicht; das war freilich vor der Audienz. (Hört, hört! und Weiterkeit.) Vielleicht meint der Oberbürgermeister eine noch kompetentere Stelle. Dann machen Sie es sich doch leichter, stellen Sie dem Kaiser jährlich die 100 000 M. zur Verfügung mit der ergebenen Bitte, dafür die Straßen und Plätze Berlins zu schmücken. Das ist ungefähr derselbe Weg, den der Reichstag bei der Bewilligung des Kaiser Wilhelm-Denkmal eingeschlagen hat, wie es ganz ähnlich auch in Preußen bei dem Dombau geschehen ist. Wir werden gegen die Resolution Kämpf, aber für den Antrag Preuß stimmen, der der Lage einen deutlichen Ausdruck giebt. Ich könnte mir ja denken, daß das Oberverwaltungsgericht sich in eine unbehagliche Lage versetzt hätte, daß der Magistrat seinerseits nicht wünscht, den Kaiser in die Lage zu bringen, einen seiner Wünsche durch einen Gerichtspruch abgelehnt zu sehen; aber Recht muß Recht bleiben, und nicht bloß auf dem Papiere! Geht das nicht anders, als auf dem Prozesse, so muß dieser Weg beschritten werden. Mit dem „Forsworseln“ des Magistrats können wir nie und nimmer patzieren.

**Stadtbaurat Hoffmann:** Die Arbeiten sind noch nicht in der Ausführung begriffen; das vorliegende kleine Modell habe ich sofort, als ich es zum erstenmale sah, für zu pompös, zu festlich erklärt, das ist einfacher gestaltet wissen wollte. Auch ein Teil der Kritiken unserer Ausstellung und zwar sehr beachtenswerte Stimmen, äußerten sich in ähnlichem Sinne. Danach kam die Aussprache, welche Anregungen in derselben Richtung gab. Ich als Künstler kann nur wünschen, daß die Frage in der Deputation nochmals erwogen wird. Ein Künstler ohne Selbstkritik ist kein Künstler; er grobhartiger das Wesen solcher Herren, um so kleintätiger die Leistungen. Ich sehe in einem Doppelförpser städtischer Verwaltung von 178 Köpfen, 144 Stadtverordneten und 34 Stadträten; die 177 Köpfe außer mir sind sich sehr ungleich in ihren künstlerischen Anschauungen. Gerade eine so vielföpfige Verwaltung kann einen eigenförmigen Stadtbaurat am allerwenigsten brauchen.

**Stadt. Kämpf:** Durch die Angriffe und persönlichen Epochen gegen meine Ausführungen werde ich mich nicht aus meiner Ruhe bringen lassen. Wir leben nicht auf einer Insel, sondern haben zu rechnen mit rechts und mit links.

Damit schließt die Beratung. Persönlich protestiert Stadtb. Dr. Preuß gegen die Zustimmung, daß sein Antrag und seine Begründung irgend etwas der strengsten monarchischen Oberbanz Widersprechendes enthalten habe.

Der Oberbürgermeister erklärt, nur die Wirkung des Antrags gemeint zu haben, daß damit die Thür zur Verständigung verschlossen würde.

Der Antrag Singer wird zurückgezogen, der Antrag Preuß in nomenclischer Abstimmung mit 67 gegen 40 Stimmen abgelehnt. (Dr. Langerhans enthält sich der Abstimmung), der Antrag Kämpf angenommen. Wegen den Antrag Preuß stimmt auch der Stadtb. Nathan (R. L.). Bei der Verlängerung des Abstimmungsergebnisses über den Antrag Preuß ruft Stadtb. Hoffmann (Soc.): Am 8. November kommt die Dittung! welchen Ruf die Mehrheit mit Gelächter aufnimmt.

Unter Uebersendung der Nachweisung der am 8. November bei den

**Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung** zur Wahl kommenden Bezirke und der gebildeten Abstimmungsbezirke ersucht der Magistrat um Ernennung von je zwei Beisitzern und zwei Stellvertretern für jeden Wahlbezirk. Das Wesentliche aus dem Tableau haben wir bereits mitgeteilt.

Die Vorlage wird ohne Debatte dem Ausschusse für Unbesoldete überwiesen. Hierauf geht die Versammlung über zur Vornahme der auf 6 Uhr angesetzt gewesenen, aber mit Rücksicht auf die Fortsetzung der Verhandlung des Antrags Singer verschobenen

**Wahl von 7 unbesoldeten Stadträten** an Stelle der Herren Fischel, Heller, Silberner, Marggraf, Müstlerberg, Strahmann und Struwe, deren Wahlzeit Ende 1901 abläuft.

Es werden wiedergewählt: Stadtrat Fischel, Stadtrat Heller und Stadtrat Silberner. Die übrigen Wahlen und Beratungsgegenstände werden vertagt und die öffentliche Sitzung um 7/8 Uhr geschlossen.

## Versammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am 10. Oktober ihre ordentliche Generalversammlung für das laufende Geschäftsjahr im Gewerkschaftshaus ab. Den Vorstandsbericht gab H. Lamme. Redner bemerkte, daß über das verfloffene Quartal wenig zu berichten sei, da auch in diesem Jahre in den Monaten Juli-September der Unterricht ausgefallen sei und so die Thätigkeit der Schule geruht habe. Im Zusammenhange damit sei wie alljährlich auch diesmal eine Verringerung der Mitgliederzahl eingetreten, immerhin zählte Ende September die Schule 203 Mitglieder, 41 Damen und 222 Herren, bedeutend mehr als sonst am Schlusse der Ferienzeit. Soweit Angaben gemacht wurden, waren davon organisiert nur politisch 18, nur gewerkschaftlich 91, politisch und gewerkschaftlich 90. Es wurden während der Ferien zwei Ausflüge veranstaltet; die erste der üblichen Sonntagsoberversammlungen fand am 22. September im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Herr Dr. Steiner sprach in derselben über das Thema: „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“ Die Versammlung war recht gut besucht. Dem Kasberichter zufolge betrug die Einnahme pro Juli-September 290 M., die Ausgabe 475,75, von denen 204 M. auf Bücherankäufe für die Bibliothek entfallen, so daß von dem Bestande vom 1. Juli in Höhe von 2851,10 M. für den 1. Oktober ein Restbestand von 2855,95 M. verbleibt. Dem Bibliothekbericht gab Genosse Engel. Die Bibliothek umfaßt gegenwärtig 1141 Bände, von denen im letzten Vierteljahr 250 ausgeleihen wurden. Bei der Neuwahl der Revisoren werden die Genossen Woldenhaner und Weithner, zu Ordnern die Genossen Haumerien, Hemming und Kräusen Wunsch gewählt. Nachdem noch verschiedene Wünsche betreffs der Bibliothek geäußert, wurde beschlossen, im nächsten Quartal trotz erfolgter Abgabe des Herrn B. Bölsche den Unterricht in Naturerkenntnis beizubehalten. Ferner wurde bestimmt, auch weiterhin dem Verein der Freunde der Treptower Sternwarte mit einem Jahresbeitrage von 50 M. anzugehören. Mit der Bitte des Vorsitzenden, für guten Besuch des neubeginnenden Unterrichts zu wirken, wird die Versammlung geschlossen.

Der Central-Verband der Töpfer hielt am 14. Oktober eine stark besuchte Versammlung ab, um den Bericht des Gesellen-Ausschusses entgegen zu nehmen. Wie mitgeteilt wurde, haben die Arbeitgeber, trotzdem einige mit aller Macht gegen die Annahme des zwischen Vorstand und Ausschuss ausgehandelten Tarifs auftraten, es doch vorgezogen, dem Entwurf mit allen gegen 5 Stimmen zuzustimmen. Hierdurch ist den Töpfern vom 1. Januar 1902 ab eine 13prozentige Erhöhung ihres Tarifs gesichert. Einige Diskussionstreiber waren der Ansicht, daß der Tarif wie bisher vor dem Gewerbegericht festgelegt werden müßte, dem haben sich die Arbeitgeber widersetzt. Die Mitglieder des Gesellen-Ausschusses teilten sodann mit, daß der Jahungsvorstand die Sachbefugnisse von den Mitgliedern erhalten habe, bei etwaigen Streitfällen einzugreifen und die Rechte der Gesellen zu wahren. Hierauf erklärte die Versammlung sich gegen wenige Stimmen bereit, den Tarif anzunehmen. Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf die Fensierfrage. Hierzu wurde eine Resolution angenommen, die wie in den Vorjahren bestimmt, daß Arbeiten nur auf solchen Bauteilen ausgeführt werden dürfen, wo die Fragen, in denen Töpfer arbeiten, verlagert sind. Die deshalb gemahregelten Mitglieder haben sich zu melden und werden unterstützt.

Die Album-Arbeiter und Arbeiterinnen hatten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus. Zunächst hielt Reichstags-Abgeordneter Zubeil einen Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Stellen und ihre Bedeutung für die Arbeiter“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Dann sprach Shtomski, der Vertrauensmann, über die Mißstände in den Albumfabriken und getheilt besonders das in vielen Werkstätten herrschende Kolonnenhystem, durch das den einzelnen Zwischenmeistern innerhalb der Fabriken ein verhältnismäßig gutes Einkommen verschafft wird, die Arbeiter und Arbeiterinnen aber noch mehr ausgebeutet werden, als wenn sie direkt vom Unternehmer entlohnt würden. Diese Verhältnisse müßten durch den moralischen Druck der Organisation im Interesse der Gesamtheit geregelt werden. Der Vertrauensmann hat wiederum eine Anzahl Werkstübenführungen abgehalten, die teils gut, teils aber auch weniger gut besucht waren. Eine bessere Unternehmung seiner Thätigkeit ist sehr zu wünschen, zumal da die Verhältnisse in der Albumbranche sehr schlechte sind und diese zum Teil auch die einzige Branche innerhalb des Buchbindergewerbes ist, wo noch die zehnjährige Arbeitszeit üblich ist. Die sanitären Verhältnisse in den Werkstätten sind in letzter Zeit häufig durch das Einschreiten der Polizei und der Gewerbe-Inspektion gebessert worden.

In der Diskussion wurden besonders die Zustände bei der Firma Walter, Prinzessinnenstraße, kritisiert, wo auch das Kolonnenhystem herrscht und außerdem die Klosett- und Garderoben-Einrichtungen sehr mangelhaft sein sollen. Genosse Zubeil weist darauf hin, daß in allen Stadtteilen die weiblichen Vertrauenspersonen, deren Adressen der „Vorwärts“ veröffentlicht hat, bereit sind, derartige Beschwerden entgegenzunehmen. Demgegenüber bemerkt Shtomski, daß auch er als Vertrauensmann jederzeit hierzu bereit sei und dann für Abhilfe sorgen werde.

Zum Schluß wird noch auf die am 23. Oktober stattfindende große Versammlung bei Keller aufmerksam gemacht.

Ueber die Preiserhöhung in Barbiergeschäften verhandelten im Bezirk Südost die Jahader von Badiergeschäften. Die Anregung zu der Versammlung gab die vielfach ausgesprochene Behauptung in einigen Lokalblättern, daß die Preiserhöhung erfolglos verlaufen wäre. Dem gegenüber wurde in der Versammlung von Referenten, Herrn Parisch, konstatiert, daß die Preise feststehen und in einer Resolution wurden diejenigen, die bisher die Preiserhöhung nicht eintreten ließen, verpflichtet, sich der Preisbewegung anzuschließen.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter nahmen in einer gut besuchten Versammlung, die am 15. d. M. im Gewerkschaftshaus tagte, Stellung zu dem Votum. Der Referent Robert Schmidt erläuterte, wie gerade die Musikinstrumenten-Industrie ein großes Interesse an der Befestigung des Zolltarifs habe, da diese Fabrikation über die Hälfte ihrer Erzeugnisse dem Auslandsmarkt zuführe. Jede Störung des Handels bedeute für diese Industrie schwere Verluste, von denen auch die Arbeiter betroffen würden. Die hohen Zölle für Landwirtschaftsprodukte treiben die Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse in die Höhe und bedrücken die Lebenshaltung der Arbeiter. Um so unverständlicher sei es, daß der Vorsitzende des Fabrikantenvereins, Herr Kommerzienrat Schiedmeyer, der als Sachverständiger im Reichstag des Innern gehört wurde, nichts gegen die höheren Zölle auf Lebensmittel einzumenden habe, sondern sie als ein Kompromiß mit den Industrieforderungen bezeichne. Diese Stellung ist um so unverständlicher, als der Lohn der Arbeiter in der Musikinstrumenten-Industrie nach den Ausweisen der Berufsgenossenschaften vom Jahre 1893 bis 1899 zurückgegangen ist, für die Arbeiter mithin die ganze Hochkonjunktur ohne jeden Nutzen gewesen ist. Die Politik des Fabrikantenvereins führe somit zu einer Verschärfung der Handelsbeziehungen und Schädigung der Arbeiterinteressen. Redner besprach dann eingehend den Außenhandel der Musikinstrumenten-Industrie, die nach seiner Meinung ohne Schutzzölle auskommen könne. Die Diskussion, die dem Vortrag folgte, bewegte sich im zustimmenden Sinne und gelangte sodann folgende Resolution zur Annahme:

Die Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter hält eine Erhöhung der Eingangszölle für Musikinstrumente keineswegs für erforderlich; sie befürchtet vielmehr, daß nach der gleichen Richtung das Ausland anregert wird, den Abgang unserer Fabrikate durch höhere Zölle zu erschweren. Im besonderen wird durch die hohen Agrarzölle die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt, die heute schon durch den wirtschaftlichen Niedergang stark bedroht wird. Aus dem Grunde protestieren wir gegen die im Verein der Musikinstrumenten-Fabrikanten ausgesprochene Ansicht des Herrn Kommerzienrats Schiedmeyer, der sich zu der Erhöhung der Agrarzölle zustimmend äußerte. Die Arbeiter richten deshalb an die Regierung das Verlangen, daß nicht nur die Fabrikanten als Gut-

achter gehört werden, sondern auch die Arbeiter Gelegenheit bekommen, ihre Ansichten zu äußern.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metalarbeiter (S. 29 Hamburg). Fittals Rummeisburg Cannoben, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Saale des Herrn Schumann, Reet-Stummelburg, Neue Prinz Albrechtstr. 70/71. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Ratkowski über Magenkrankheiten und ihre Verhütung.

## Die Handelsverträge im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 17. Oktober. In der Fortsetzung seiner Rede — siehe den Anfang unter „Ausland“ — erklärt der Finanzminister weiter, den ungünstigen Symptomen der eigenen wirtschaftlichen Depression ständen eine Reihe günstiger Symptome gegenüber, darunter vor allen das Geldwesen. Die Rede des Finanzministers wurde wiederholt von Weifall unterbrochen und auch am Schlusse von Weifall begleitet.

Ministerpräsident v. Körber erklärt, die Regierung halte an der Ansicht fest, daß sie, so lange die nationalen Fragen nicht gelöst sind, sich keiner einzelnen Partei anschließen dürfe, um sich nicht dem Verdacht einer einseitigen Auffassung auszuweihen. Ein österreichisches Ministerium müsse sich zur Richtschnur nehmen, daß es in Oesterreich wohl eine nationale Partei, aber keine nationale Regierung geben könne. Die Parteien müßten zu einer Zeit, in welcher die wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn und die handelspolitischen zu fremden Staaten geregelt werden müssen, den nationalen Jwist zurücktreten lassen. Der übrigen Welt gegenüber und in jedem bedeutsamen Augenblick würden auch unsere verschiedenen Volksstämme zu einem nationalen Volk und ebenso von Patriotismus erfüllt, wie irgend ein andres. (Lebhafter Beifall.)

Der Ministerpräsident geht sodann auf die Besprechung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn und der handelspolitischen zu den fremden Staaten ein. Der Ministerpräsident verweist sodann auf die Ausführungen hervorragender ungarischer Politiker, welche angesichts der herrschenden Weltstimmungen für eine Zollgemeinschaft Oesterreich-Ungarns eintreten. Der Standpunkt der Regierung sei, daß die unbedingte Loyalität nicht nur im Augenblick der Abmachungen, sondern während der ganzen Vertragsdauer und unter unangelegter schonungsloser Rücksichtnahme auch auf den andren Teil dem Vertrage erst den eigentlichen Wert verleihe. Die Regierung sei für eine Politik der Handelsverträge, selbstverständlich solcher Verträge, dem andrenfalls müßte Oesterreich sich auf seine Grenzen zurückziehen. Zunächst sei jedenfalls der Abschluß von Handelsverträgen in Aussicht zu nehmen. Vom Zustandekommen neuer Verträge, namentlich von solchen mit dem Deutschen Reiche, der ja den Ausgangspunkt für alle weiteren Vereinbarungen zu bilden hätte, erhoffte der Ministerpräsident die Erlösung aus einem Zustande, dessen betäubende Wirkungen schon seit Jahren hervortraten; die Regierung werde bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen vor allem auf den wirtschaftlichen Nutzen der Zubaufrie bedacht sein. Der Ministerpräsident kann mit aller Bestimmtheit erklären, die Regierung werde kein österreichisches Interesse, an wen immer, preisgeben. (Lebh. Beif.) Wird man um einen erträglichen Frieden anbieten, so werden wir ihn bereitwillig annehmen, fordert man nur Opfer von uns und will uns keine Vorteile gewähren, werden wir die Rolle des geduldigen Lammes ablehnen. Der Friede des Weltteils, durch feste Bündnisse und wohl ausgerüstete Heere gewährleistet, findet seine natürliche Begrenzung in dem wirtschaftlichen Gleichgewicht der Staaten. Auch dazu sind die Parlamente da, um bei einer solchen Abwehr der Regierung zur Seite zu stehen. (Beifall.)

Der Ministerpräsident erklärt, er werde noch heute einen Gesetzentwurf, betreffend einen Kofstandskredit von 3 Millionen Kronen, einbringen.

Nach dem Ministerpräsidenten v. Körber begründet Abgeordneter Joschi seinen Dringlichkeitsantrag, betreffend den deutschen Zolltarif. Er erklärt, es wäre besser gewesen, wenn die heutige Rede des Ministerpräsidenten vor Veröffentlichung dieses Entwurfs gehalten worden wäre. Sollte der deutsche Zolltarif in der jetzigen Form in Kraft treten, dann könnte von einem Abschluß eines Handelsvertrages nicht mehr die Rede sein. Die Stellung Oesterreichs gegenüber Ungarn habe sich angesichts der geänderten zollpolitischen Verhältnisse zu Gunsten Oesterreichs verschoben.

Die Verhandlungen wurden sodann abgebrochen. Nächste Sitzung morgen.

Im Einlauf der heutigen Sitzung befindet sich eine Interpellation der Deutschliberalen Groß und Genossen über die Einwanderung von Mexikanern in Oesterreich, in der sie erklären, die Einwanderung landesfremder Arbeiter, welche der Gewalt ihres Vaterlandes weichen müßten und eine Zuflucht für ihre ungelegliche Thätigkeit suchen, sei höchst bedenklich, da deren Thätigkeit die Unabhängigkeit der Bevölkerung an das Vaterland zu erschüttern geeignet sei. Die Interpellation fragt, ob die Regierung geneigt sei, die notwendigen Verwaltungsmaßregeln für einen etwaigen vorübergehenden Aufenthalt der Arbeiter zu treffen und ob sie deren bleibende Niederlassung verhindern wolle. Die Abgeordneten Erler und Genossen, Deutschvölkisch, bringen einen ähnlichen Dringlichkeits-Antrag ein.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

Der Professor des Kaisers. Straßburg, 17. Oktober. (W. L. B.) Von dem Kaiser ist dem kaiserlichen Statthalter Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg folgendes Telegramm zugegangen: Neues Palais. Patent für Dr. Spahn von Dir heute vollzogen. Er wird gewiß eine vortreffliche Lehrkraft für die Universität werden. Freue mich, einen der lange gehegten Wünsche meiner Gattin-Katharina erfüllen zu können, und ihnen sowohl als meinen katholischen Unterthanen überhaupt bewiesen zu haben, daß anerkannte wissenschaftliche Thätigkeit auf der Basis von Vaterlandsliebe und Treue zum Reich immer zu Ruh und Frommen des Vaterlandes von mir verwendet wird. Wilhelm I. R.

Wohum, 17. Oktober. (W. S.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte heute abend, dem „Wohumer Anzeiger“ zufolge, den früheren Reichsbolzler Joseph Kaujods wegen Unterschlagung amtlicher, ihm anvertrauter Gelder in Höhe von etwa 25 000 M. und unrichtiger Führung der Dienstverzeichnisse zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Die verurteilte Summe hat Kaujods verspielt.

Prag, 17. Oktober. (W. L. B.) Bei der heutigen Wahl für den Landtag im Landgemeinde-Wahlbezirk Wischofentim wurde in der engeren Wahl der Adelswahl mit 1808 Stimmen gewählt, gegen den gegenseitigen Kandidaten Schwarz, der 719 Stimmen auf sich vereinigte.

Rom, 17. Oktober. (W. S.) Der gestern gefangene Bandit Ansolino hat eingestanden, 20 Personen ermordet zu haben, und zwar aus Rache. Er drückte darüber sein Bedauern aus, daß er Kalabrien verlassen habe, denn sonst wäre er der Polizei wohl nicht in die Hände gefallen. Die Carabinieri, die ihn gefangen haben, erhalten zusammen 50 000 Lire Belohnung und außerdem jeder eine Medaille.

Galatz, 17. Oktober. (W. S.) Der Dampfer „Epidaur“ ist in der Nähe von Galina im Schwarzen Meer gestrandet. Ueber das weitere Schicksal desselben ist nichts bekannt.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Partei-Nachrichten.

Den Bericht über den Parteitag nahmen die Parteigenossen in Süneburg in öffentlicher Versammlung entgegen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute, den 14. Oktober, in der „Centralhalle“ in Süneburg tagende socialdemokratische Parteiverammlung ist mit den Beschlüssen des Parteitages in Lübed einverstanden. Mit der Thätigkeit des Delegierten erklärt sich die Versammlung bis auf seine Zustimmung zu dem Antrag Legien in der Frage der Hamburger Accordmaurer einverstanden.

Die Angelegenheit der Hamburger Accordmaurer wurde in einer öffentlichen Mauerberammlung in Breslau besprochen. Alle Redner sprachen sich gegen die Accordarbeit im Allgemeinen aus und verurteilten das Verhalten der Hamburger Accordmaurer sehr scharf. Die Regelung, die die Sache auf dem Parteitage gefunden hat, fand die volle Zustimmung aller Redner.

Unter falscher Flagge. Mit der Angelegenheit des Genossen Peter Weis in Selsenkirchen, die wir unter obiger Epigramme in unfer Nr 215 und 229 behandelten, beschäftigte sich am Sonntag eine Parteiverammlung in Wodsum. Es entwickelte sich eine lange und erregte Debatte. Weis gab Erklärungen ab, aus denen zu entnehmen ist, daß er mit seinem von uns abgedruckten Briefe nur im Sinne der Vochumer Vertrauensleute zu handeln glaubte und daß er die abgelesene Rede doch noch gehalten hätte, wenn man darauf bestanden hätte.

Gegen eine starke Minorität wurde dann folgende Resolution angenommen:

Die heute am 13. Oktober tagende öffentliche Parteiverammlung erhebt in dem fraglichen Brief des Genossen Weis einen tatsächlichen, jedoch keinen principellen Fehler und spricht diesem, nachdem er den Inhalt des Briefes widerlegt, die volle Sympathie aus. Die Versammlung erklärt, daß sie nach wie vor Weis für einen ehrlichen und aufrichtigen Genossen hält, dem sie das volle Vertrauen schenkt.

Mit großer Mehrheit wurde aber auch noch eine Resolution angenommen, worin die Versammlung jede stimmenfängerische Wahlagitator in dem Sinne, wie der Brief des Genossen Weis das erkennen läßt, weit von sich weist und wofür außerdem erklärt wird, daß Weis sich ganz zu unrecht auf die Meinung der Vertrauensleute beruft in der Rücksichtnahme auf die indifferenteren Arbeiter.

Aus der Frauenbewegung.

Wer denunziert?

Fein Antia Augsburg zur Antwort.

Ohne Begründung, mit einer Leichtfertigkeit, der nur durch die politische Denkfähigkeit die Wage gehalten wird, hat Antia Augsburg in der Frauen-Protokollversammlung vom 7. Okt. er die schwerste Anklage gegen mich geschleudert, die einem anfänglichen Menschen treffen kann: die Dame zücht mich der Denunziation. Sie behauptete, daß die Socialistin Clara Zetkin in der „Gleichheit“ den Frauenkongress denunziert und so Herrn von Windheim aus dem Gleichgewicht gebracht habe. („Vorwärts“ vom 9. Oktober.)

Was liegt dieser Anschuldigung zu Grunde? In Nr. 20 der „Gleichheit“ künfte ich an eine Notiz über die bevorstehende Versammlung des „Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine“ und ihre Tagesordnung die folgenden Ausführungen:

Das Programm der Versammlung des Verbandes, wie der Umstand, daß die Sitzungen im Reichstagsgebäude stattfinden, bestätigen wieder einmal mit herzerfrischender Deutlichkeit, daß von Seiten der Behörden die bürgerliche Frauenrechtelei und die proletarische Frauenbewegung mit zweierlei Maß gemessen wird. Jede proletarische Frauenorganisation, welche sich mit Fragen beschäftigt würde wie: Die politische Erziehung der Frau und das Krankenversicherungs-Gesetz; welche sich erdreistete, eine öffentliche Kundgebung zum Posttarif-Aufwuchs einzuberufen, verfiel in Preußen und anderwärts als politisch und gesetzbrecherisch unfehlbar der Auflösung. Ihre Verbandsmittelglieder würden angeklagt und verurteilt, von Reichstagswegen. Den Leiterinnen der bürgerlichen Frauenorganisation, die sich mit politischen Angelegenheiten befaßt, geht keine Auforderung zu, sich vor dem Rabi zu verantworten, dagegen die hösliche Mitteilung, daß dem Verband ein Saal des Reichstagsgebäudes für seine Zwecke zur Verfügung steht. Deutschland ist das Land „der vollendetsten Rechtsstaatens“, und wer es dem Grafen Pofadowitz nicht glaubt, der zählt dem Reichsamt des Innern noch berühmten Mustern zwar nicht zivillistauend Marx, wohl aber einen Thaler.

Der Sinn dieser Sätze ist klar: es ist die scharfe Brandmarkung des zweierlei Rechts, das trotz des Gesetzes, „vor dem alle Preußen gleich sind“, in der Praxis für Proletarierinnen und Bourgeoisdamen gilt. Klar ist auch der Zweck der Sätze: Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das zweierlei Recht zu lenken, dieses der proletarischen Frauenwelt zum ungetriebenen Bewußtsein zu drängen, die Unhaltbarkeit des geltenden Scheinrechts zu beleuchten und zum Kampfe für seine Beseitigung anzuspornen. Sinn und Zweck meiner Ausführungen konnten für niemand unergündliches Geheimnis bleiben, der auch nur ein Aderhäute im politischen Leben ist und für den das Lesen denn doch noch etwas anderes bedeutet, als das mechanische Zusammenbuchstabieren von Lettern. Und zu wem vertauselt niedrigen Wertung ihres politischen Verständnisses mich auch Antia Augsburg im Laufe der Zeit erzogen hat: so viel politische Kräfte, so viel Fähigkeit, denkend zu lesen, troute ich ihr unmerklich noch zu, daß auch sie über Sinn und Zweck meiner Auserkung nicht im Zweifel sein konnte. Ich bekenne zehricht, daß ich ihr politische Wissen und Versehen, ihre Elementarbildung und last not least ihr persönliches Anstandsgefühl in bedauerlicher Weise überschätzt habe. Mea culpa, mea maxima culpa! Die Handlungsweise der Dame hat mich mit erdrückender Beweiskraft belehrt, sie hat mit einem Tiefstand politischer Einsicht und persönlicher Würde enthielt, für den jeder Maßstab versagt.

Wenn die angezogene Notiz eine Denunziation enthalten soll, so hat sich die „Gleichheit“ in Gemeinschaft mit der gesamten Parteipresse seit dem ersten Tage ihres Erscheinens des gezeichneten Verbrechens schuldig gemacht. Wieder und wieder hat sie bei jeder Gelegenheit mit Hochdruck darauf hingewiesen und durch Thatsachen erhärtet, daß die Behörden bei Anwendung des Vereins- und Versammlungsrechts in Preußen und andern deutschen Einzelstaaten für die Proletarierinnen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zweierlei Maß und Gewicht in ihrem Sack führen. Und nicht die „Gleichheit“ allein: vorkommenden Falles haben alle socialdemokratischen Organe das Gleiche gethan. Sie haben damit nur einer Kampfespflicht genügt, deren Erfüllung zum Beispiel seiner Zeit der socialdemokratischen Partei im Ringen für die Beseitigung des Verbots des Inverbinduntretens politischer Vereine aufgesetzt wurde. Ich erinnere nur an die schematischen Hinweise socialdemokratischer Zeitschriften auf die laxen Praxis der betreffenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes gegenüber dem Bund der Landwirte und andern bürgerlichen Organisationen, ganz besonders aber an Debells bekanntes Vorgehen in dieser Richtung.

Hätte ich mich in dem vorliegenden Falle des Rechts der Kritik an Unrecht und Unbilligkeit bedienen, so würde ich mich einer großen Pflichtverletzung schuldig gemacht haben, die ich weder vor meinem Gewissen, noch vor meiner Partei verantworten könnte, am allermeinsten aber vor den proletarischen Frauen, die in ihrem Kampfe für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen noch jederzeit

allein gelassen worden sind. Zum Beweis dafür eine recht zeitgemäße Reminiscenz. Anklagen von dem frauenrechtlerischen Gelehrten darüber, daß bürgerlichen Damen einmal recht sein sollte, was den proletarischen Frauen noch allezeit billig gewesen ist — nämlich die strikte Anwendung des geltenden erzelektoralen Vereinsrechts — entbehrt sie gerade gegenwärtig nicht eines pilantischen Beigeschmacks. Als die lex Reder seiner Zeit bis zu den schwächlichen liberalen Mannesseele zum Protest aufsteigte: waren es die radikalen Frauenrechtlerinnen in Berlin, die aus „tatsächlichen Gründen“ auf eine Protestaktion, auf den Kampf gegen das preussische Vereinsrecht und einen Vorstoß für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts verzielteten.

Die behördliche Praxis zweierlei Rechts in Sachen des Vereins- und Versammlungsrechts gegenüber Bourgeoisdamen und Proletarierinnen, die in der Öffentlichkeit und zum tiefen Schaden der Allgemeinheit geschieht, darf aber nicht im stillen Kämmerlein besonnen, sie muß auf dem Forum mit aller Schärfe kritisiert und belämpft werden. Nur wer jeglichen Gerechtigkeitsfines dar ist, kann Socialdemokratinnen anstimmen, in gottesgebener preussisch-reichsdeutscher Gefinnungstüchtigkeit dort zu schweigen, wo das Interesse der proletarischen Frauen zu reden gebietet. Wo schweigen, und warum? Auf daß den Organisationen von Bourgeoisdamen auch fürderhin die Gnade und Wohlthat einer Anwendung des Gesetzes zu teil werde, die nicht im Zeichen der Gerechtigkeit steht, sondern in dem der Klassenjustiz, der Galanterie und der politischen Nichtachtung.

Daß gerade Fel. Augsburg dieses Anjinnen erhebt, daß sie die vereinsgesetzlich „verbotenen Bethätigungen“ frauenrechtlicher Organisationen und die feitherrige Toleranz der Behörden ihnen gegenüber als „jungfräuliches Geheimnis“ der Damen um Frau Gauer und der Beamtin um Herrn v. Windheim behandelte wissen will, an das keine unheilige socialistische Hand rühren darf, ist ebenso verbläffend als komisch. Niemand anders nämlich als Fel. Augsburg in selbsteigener Heuchelei hat dieses jungfräuliche Geheimnis profanen Blicken enthüllt. Allerdings nicht in einer für socialdemokratischen Zeitung, wohl aber in der hochhehrbaren konstituierenden Versammlung der „Gesellschaft für sociale Reform“. Dieselbe lehnte es bekanntlich unter Hinweis auf die vereinsgesetzlichen Bestimmungen in Preußen und andern deutschen Bundesstaaten ab, Frauen als Mitglieder aufzunehmen. In der Diskussion über die kritische Frage erklärte Fel. Augsburg, „daß selbst für Preußen diese ängstliche Rücksicht auf das Vereinsgesetz überflüssig erweise angesichts der großen Toleranz der Polizei allen bürgerlichen politischen Frauenvereinen gegenüber, die in ihren vom Wuchstaben des Gesetzes durchweg verbotenen Bethätigungen durch Petitionen u. völlig unbehelligt bleiben.“ So zu lesen im Artikel „Mut“ in Nr. 2 der „Frauenbewegung“ vom 15. Januar d. J. Der angeführte Satz enthält nicht einen Schottel der Aufassung, daß das Thun frauenrechtlicher Organisationen und das Verhalten der Behörden ihnen gegenüber zu der Kategorie der „heimlichen Liebe“ gehöre, von der niemand was weiß, nichts wissen dürfe. Im Gegentheil: er pocht und prachet mit „den vom Wuchstaben des Gesetzes durchweg verbotenen Bethätigungen“ der frauenrechtlerischen Kreise, „der Toleranz der Polizei“ ihnen gegenüber. Wenn die Rolle der „Gleichheit“ eine Denunziation enthalten soll, so tritt mithin Fel. Augsburg in der wiedererwähnten Erklärung nicht minder als Denunziant vor die Öffentlichkeit. Nicht bloß Lügner müssen ein gutes Gedächtnis haben.

Von der persönlichen Seite der Sache abgesehen, entspricht übrigens Fel. Augsburgs Vorgehen nur frauenrechtlicher Art. Der unermüdliche Protest gegen das preussische Vereins- und Versammlungsrecht und die Maßnahmen der Behörden wird gemindert durch den ganz phantastischen, oder noch oben empfindlichen Angriff auf die Socialdemokratie. Die bittere Kritik an Polizeigeist und Polizeiwirtschaft wird verübt durch das gefühllose Bedauern, daß der arme gute Herr v. Windheim durch die socialistische Denunziation „aus dem Gleichgewicht gebracht worden.“ Der gepredigte Kreuzzug für die vereinsgesetzliche Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts wird eingeleitet durch ein de- und wehmütiges Gezwimmer, „die Polizei solle konstanter sein, wie sie ja schon häufige Kalanz gezeigt habe.“ Und nicht die frauenrechtlerische Führerin, die im Auftrage ihrer Ideengenossmen spricht, erfährt mit Macheit und Schärfe die gegebene Situation und ihre Bedeutung und formuliert mit unzweideutiger Präcision die aus ihr hervorzuhörenden nächsten Aufgaben der Frauenrechtelei: der politische Hans Dampf in allen Gassen, Herr von Gerlach, sagt, was vom frauenrechtlerischen Standpunkte aus gesagt werden mußte. Welche Ironie!

Ich erwarte nicht, daß Fel. Augsburg sich durch meine Ausführungen belehren läßt und ihre sich selbst richtende Schuldigung zurücknimmt. Ein französisches Sprichwort sagt: „Die schönste Dame giebt nicht mehr als sie hat.“

Stuttgart, den 11. Oktober 1901.

Clara Zetkin.

„Die Geschlechtertrennung in der Schule — eine pädagogische Sünde“ lautete das Thema, das der Genosse Robert Seidel aus Jülich am Mittwoch in einer von der Vertrauensperson einberufenen Versammlung im „Eiseller“ behandelte. Der Redner äußerte eingangs seiner Ausführungen, daß die deutsche Socialdemokratie sich bisher wenig mit pädagogischen Fragen beschäftigt habe, das sei aber begreiflich, denn sie ist eine kämpfende Partei und auch die Schweizer Genossen haben hierzu noch keine Zeit gefunden. Die Frage der Geschlechtertrennung sei heute noch eine kritische. In den Städten ist die Geschlechtertrennung, auf dem Lande aus finanziellen und praktischen Gründen zumeist der gemeinsame Schulunterricht durchgeführt. Im allgemeinen glaubt man besser zu thun, wenn eine Trennung der Geschlechter stattfindet und sie wird von den Anhängern des Systems begründet mit dem angeblichen Unterschied der geistigen Befähigung, mit der Motivierung, daß das Mädchen eine andere Ausbildung bedarf, um es für den natürlichen Beruf als Mutter und Erzieherin vorzubereiten und schließlich wird die Trennung der Geschlechter aus Gründen der Sittlichkeit sowie der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Frau befristet. Nach dem Urteil der alten Zeit, wie man es insbesondere in den Religionsbüchern findet, wäre schon entschieden, daß das weibliche Geschlecht geistig minderwertig ist. Hierbei muß aber in Betracht gezogen werden, daß die Frau seit walter Zeit in Ansehung gehalten und ihr eine ganz andre Stellung wie dem Mann zugewiesen wurde. Der Streit über den Unterschied der geistigen Befähigung wird heute noch fortgesetzt. Professor Bischof in München hat seiner Zeit Gehirnmessungen vorgenommen und aus dem Ergebnis, wonach das Gehirn der Frau im allgemeinen kleiner ist, gefolgert und in jeder Weise vertreten, daß die Frau geistig minderwertig veranlagt ist. Als der Professor starb, wurde auch sein Gehirn untersucht und da hat sich herausgestellt, daß dasselbe noch erheblich geringer war, wie das von ihm ausgerechnete Durchschnittsgewicht des Gehirns einer Frau. Derartige Widersprüche haben auch andre Feststellungen ergeben. Die bedeutendsten pädagogischen Meister wissen nichts von einem Unterschied der geistigen Befähigung und die wissenschaftlichen Pädagogen der Neuzeit stimmen, mit Ausnahme der katholischen Geistlichkeit, dem allgemein zu. Das Frauenstudium hat ganz bedeutend zugenommen und in der Schweiz zum Beispiel werden die besten Examen zumeist von den weiblichen Studenten absolviert. Nach den Erfahrungen, die gemacht worden sind, besteht keine Geistesverfälschung; allerdings lernen und zwar infolge der bisherigen Erziehungsmethode, die Mädchen in einigen Fächern schlechter, in andern aber wieder besser als die Knaben. Wenn aber ein solcher Unterschied bestände, so müßte erst recht der gemeinsame

Schulunterricht eingeführt werden, um einen Ausgleich zu schaffen. Diejenigen, die das weibliche Geschlecht als geistig minderwertig bezeichnen, befinden sich in einem starken Widerspruch, wenn sie andererseits für den Erzieherberuf die Frau als besonders geeignet erachten.

Der Redner verweist darauf, daß die Frau heute im wirtschaftlichen Leben eine ganz andre Stellung als früher einnimmt, daß die Zahl der Beschäftigten verhältnismäßig bedeutend abgenommen hat, und daß die Frau der gleichen Ausbildung wie der Mann bedarf und daß sie sich mit dem Erzieherberuf und der sogenannten Vorbereitung der Mutterkraft, die man in den Schulen übrigens gar nicht berücksichtigt, nicht begnügen kann. Wenn behauptet wird, daß die gemeinsame Schule eine Gefahr für die Sittlichkeit sei, so kann dies nur von solchen Leuten geschehen, die selbst nicht rein sind. Im Gegenteil ist von praktischen Schulmännern die Erfahrung gemacht worden, daß durch die Trennung der Geschlechter die Sittlichkeit auf beiden Seiten aufs höchste gereizt wird und daß dabei viel mehr Unsitlichkeiten als in den gemeinsamen Schulen vorgekommen sind. Der Redner schilderte die verschiedenen Nachteile, die sich aus der Trennung ergeben und verweist u. a. darauf, daß es viel weniger unglückliche Ehen geben würde, wenn die Kinder gemeinsam erzogen werden, ein gegenseitiger geistlicher Einfluß ausgeübt wird und wenn Mann und Frau nicht erst in späten Jahren, vielleicht im Vollstadium zusammengeführt werden, ohne die verschiedenen Charaktereigenschaften richtig zu kennen, sich dann verheiraten. In der gemeinsamen Schule herrscht eine bessere Disziplin, der Verneiner wird angepörselt, die geistige Anregung wird durch das Zusammensein der Knaben und Mädchen gefördert und andererseits die einseitige Behandlung des Lehrstoffes, wie es sonst vorkommt, vermieden. Die Einheitschule, in der Arm und Reich ohne Unterschied des Geschlechts gemein erzogen werden, ist eine sociale und naturgemäße, begründete Forderung, und Aufgabe der kämpfenden Arbeiterkraft wird es sein, für deren Durchführung zu wirken, die damit ein wenig auch nur kleines Stück der sozialen Frage lösen kann.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten gegen die Trennung der Geschlechter und für die Einheitschule aus. Fel. Klmann verweist darauf, daß sie sehr häufig veranlaßt worden ist, in Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereinen über Erziehungsfragen zu sprechen und der Vorwurf, daß die Arbeiterkraft nicht genügend Interesse für diese Frage hat, nicht gerechtfertigt ist. Es müsse auch berücksichtigt werden, daß die Arbeiterkraft fortgesetzt von wirtschaftlichen und politischen Fragen in Anspruch genommen wird und daß überhaupt erst, um eine gute Ausbildung zu ermöglichen, eine wirtschaftliche und sociale Besserstellung der Arbeiterklasse erkämpft werden muß. Frau Geisler berichtete aus ihren eigenen Erfahrungen, daß sie zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß der gemeinsame Unterricht unbedingt vorteilhafter ist.

Genosse R. Seidel bemerkt in seinem Schlusswort, daß er der Arbeiterkraft durchaus keinen Vorwurf machen wollte und daß er die Schaffung der Einheitschule noch für wichtiger halte, als die auch sehr notwendige Vereinigung der Geschlechter in der Schule. Nachdem auch die Vorsitzende Frau Rief noch zur regen Thätigkeit für die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen aufgefordert und darauf hingewiesen, daß nur die socialdemokratischen Vertreter für eine wirkliche Verbesserung der Schulverhältnisse eintreten, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie und den Genossen Seidel geschlossen.

In der Versammlung kam auch eine Erklärung der Genossin Zetkin zur Verlesung, in der diese die Verhandlungen von Fel. Augsburg, daß sie die bürgerliche Frauenbewegung denunziert und damit das Eingreifen der Polizeibehörde veranlaßt hätte, zurückwies.

Aus Industrie und Handel.

Lohnreduktionen auf den rheinischen Werken werden jetzt fortgesetzt bekannt. Die Verwaltung des Rheinischen Stahlwerkes Lindlar für den 1. November eine Lohnreduktion von 10 Proz. an. Die Gewerkschaft „Deutscher Arbeiter“ setzt die Löhne um 7 Proz. herab. Deutsches und von der Dortmund-Union Lohnkürzungen vorgenommen und der Betrieb bedeutend eingeschränkt. Die Horster Werke haben ihren Betrieb bis auf die Schraubenfabrikation eingestellt. Auf den Schächten I und II der Zeche „Ehannod“, sowie auf der Zeche „Präsident“ wurden Feierlichkeiten eingeleitet; die Zeche „Bernard“ hat die Schichtlöhne reduziert. Auch aus dem Duisburger und dem Pletzlöcher Bezirk kommen Nachrichten über anhaltend schlechten Geschäftsgang. Aus dem Ruhrbezirk sollen Hunderte von Familien in ihre ostpreussische Heimat zurückverfordert und zur Arbeit in der Landwirtschaft verwendet werden. Die glänzende Geschäftslage, die die Kohlenwerke und Eisenindustrie durchgemacht haben, lasse eine Lohnreduktion nicht berechtigt erscheinen. Denn die Arbeiter haben in nur sehr bescheidenen Maße von der hochkonjunkturellen Vorzeile gezogen, während man jetzt auf ihren Schultern am liebsten die ganze Last der wirtschaftlichen Depression abladen möchte. Die Dividenden sind den Aktionären in den letzten Jahren mit vollen Händen in den Schoß geworfen; wäre verständiger und sparsamer gewirtschaftet, dann könnten die Werke heute von den fetten Erträgen der Vorjahre zehren, so aber fielen alle oft lässlich gesteigerten Gewinne den Aktionären anheim, ohne daß man für die schlechten Zeiten die Dedung suchte. Jetzt müssen die Arbeiter herhalten, damit für die „armen“ Aktionäre, Aufsichtsräte und Direktoren die Dividenden und Tantiemen herausgeschunden werden können.

Die Vereinbarungen in der Electricitätsindustrie sollen, wie die „Vost. Ztg.“ berichtet, zu einer Verständigung geführt haben. Beide Gesellschaften, die Allgemeine Electricität-Gesellschaft und Schuckert werden eine Vereinbarung schließen, die in einer Genossenschaft gipfelt. Die Verwendung des Gewinns bleibt jeder Gesellschaft freigestellt. Die Interessengemeinschaft, wie das Ding getauft wird, ist nach den bis jetzt vorliegenden Mitteilungen ziemlich unklar, was seine Ausföhrung im einzelnen anbetrifft. Soviel lenkt jedoch hervor, daß es eine Preisreduktion ist, die den Wettbewerb ausbleicht und danach hinstreben wird, für bestimmte Artikel Preisstarke festzulegen. Es liegt auch sehr nahe, daß bei dieser Interessengemeinschaft ein weiterer Schritt zur Fusion in der Electricität eingeleitet ist, dem gegenwärtig nur das Hindernis entgegensteht, daß die Schuckert-Werke eine zu unsichere Basis für derartige Pläne abgeben. Der Konzentration des Kapitals werden die Wege geebnet.

Die Konkurrenz des Kalisulphats soll durch Preisunterbietungen lahmgelegt werden. Das Syndikat hat den Preis für Carnallit auf 50 Pf. per 100 Kilo herabgesetzt, nachdem vor kurzem erst der Preis von 90 auf 60 Pf. erniedrigt wurde. Der Grundpreis für Kamit, Hartfalz und Sphing wurde auf den üblichen Bahnen gleichfalls herabgesetzt. Die Maßnahme läßt sich aus dem Umstand erklären, daß die Verhandlungen mit dem Werk Kaiseroda in Thüringen resultatlos verliefen, dem Widerstande mithin der Krieg erklärt wurde.

Die Reichsbank zeigt in ihrem letzten Wochenbericht abermals eine Besserung ihres Status. Sie ist aus dem Ueberfließen der steuerpflichtigen Notenreserve zurückgekehrt zu einem freigelegten Umlauf von 73 033 000 M. Gegenüber der Vorwoche eine Besserung von 112 261 000 M. Der Metallvorrat hat sich um 29 403 000 M. erhöht und erreicht die Summe von 880 680 000 M. Der Wechsel- und Lombardbestand tritt um 88 101 000 M. zurück und beträgt 1 004 307 000 M.

Neue Verfertigungsart für Cylinder und Röhren aus Stahlblechen. Das Press- und Walzwerk in Reicholz bei Düsseldorf

dorf veranstaltete dieser Tage in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der großen Bauhütte und Großgewerbetreibenden interessante Vorführungen der Herstellung von nahtlos gepressten und gewalzten Dampfkesselschüssen von hydraulischen Cylindern, sowie von die- und dünnwandigen Röhren von massiven Stahlblöden. Die Herstellung eines nahtlos Kesselschusses, wie sie in verhältnismäßig kurzer Zeit sich abspielte, gewährte ein großartiges Bild der entwickelten modernen Technik. Die „Köln. Volksztg.“ berichtet darüber folgendes: Von der Hand eines einzigen Mannes bedient und geleitet, wurde ein weißglühender Stahlblock von 70 Centner Schwere in eine Matrize eingeführt, von einem in dieser angebrachten Dorn zu einem Hohlkörper umgewandelt, alsdann (nach wiederholter Erhitzung) durch Ringe geschoben und schließlich in eine Walze gebracht, welche dem Stahlblock eine vollkommene Rundung, sowie die geforderte Dike der Wandung und die Größe der Abmessungen gab. Bis zu 1600 Tonnen Druck, also ein Gewicht von 1 600 000 Kilogramm, bringt die gewaltige hydraulische Presse hervor, welche es ermöglicht, Stahlblöcke bis zu 200 Centner in nahtlose Kesselschüsse umzuformen. Wie der Leiter des Werkes versichert, ist eine gleiche Anlage bis jetzt nirgendwo vorhanden.

**Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften.** Die Englische Wollwaren-Manufaktur in Grünberg i. Schl. schließt mit einer Unterbilanz von 335 205 M. ab. Das Unternehmen soll durch Erhöhung der Betriebsmittel und Herabsetzung der Ausgaben saniert werden. — Die Sächsische Webstuhl-Fabrik in Chemnitz verteilt keine Dividende, da der Reingewinn von 17 570 M. für neue Rechnung vorgetragen werden soll. — Die Maschinen-Fabrik Kappel schließt mit einem Reingewinn von 240 792 M. ab. Dividende 13 Prozent. — Die Harpener Bergbau-Gesellschaft in Dortmund giebt ihren Reingewinn auf 6 811 927 M. (5 792 559 M.) an. Dividende 12 Proz. (11 Proz.) — Der Köln-Müsen Bergwerks-Aktien-Verein verzeichnet einen Reingewinn von 295 090 M. (147 194 M.) Dividende 6 Proz. (4 Proz.) — Die Staßfurter chemische Fabrik hatte einen Reingewinn von 394 643 M. (479 232 M.) Dividende 10 Proz. (20 Proz.). — Die Frankfurter Schußfabrik Otto Herz u. Co. erlangte einen Reingewinn von 292 063 M. (349 009 M.) Dividende 10 Proz. — Benz u. Co., Gasmotoren-fabrik in Mannheim, erzielte einen Reingewinn von 332 372 M. (644 552 M.) Dividende 8 Proz. (10 Proz.). — Das Deutsche Kabelwerk Berlin-Rummelsburg schließt mit einem Reingewinn von 93 644 M. ab (242 636 M.) Dividende 4 Proz. (8 Proz.). — Vereinigte Gummiwaren-Fabriken Harburg-Bien berichten über einen Reingewinn von 1 459 537 M. (1 336 632 M.) Dividende 20 Proz. (17 1/2 Proz.). — Der Racher Hütten-Aktienverein „Rote Erde“ erzielte einen Reingewinn von 2 450 000 M. (3 620 000 M.) Dividende 25 Proz. (40 Proz.).

Die Berliner Jutespinnerei und Weberei in Stralau schließt mit einem Verlust von 355 717 M. ab. Im vorigen Jahre betrug der Verlust 38 241 M. Nach dem Aufgeben der Reserven bleiben 338 699 M. Defizit bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark. Die Mechanische Weberei Wauern, deren Anteile der Gesellschaft gehören, verzeichnet einen Verlust von 95 618 M. Die Verwaltung setzt ihre Hoffnung auf den Verband der Jutespinnereien, um aus der Klamme zu kommen. — Die Rheinischen Anthracit-Kohlenwerke Kupferdreh erlangten einen Reingewinn von 393 576 M. (384 084 M.) Dividende 10 Proz. — Der Schweizer Bergwerksverein bezieht den Reingewinn auf 8 553 943 M. (8 459 876 M.) Dividende 20 Proz. — Die Aktiengesellschaft für Kartonnagen-Industrie in Dresden berichtet über einen Fehlbetrag von 250 168 M., der dem Reservefonds entnommen wird.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Die Maßregelung der Arbeiter in der chemischen Fabrik von Schering** wird in letzter Zeit mit erhöhtem Eifer fortgesetzt. Es gewinnt den Anschein, als ob die Direktion bemüht ist, alle der Organisation angehörige Arbeiter aus der Fabrik zu entfernen. Obwohl den Arbeitern auf ihre Vorstellungen seiner Zeit von der Direktion die Versicherung gegeben wurde, daß nach den Maßregelungen der zwei Arbeiter, die im Frühjahr dieses Jahres erfolgte, keine weiteren Entlassungen wegen der Zugehörigkeit zur Organisation eintreten würden, sind jetzt abermals zwei Arbeiter plötzlich entlassen, von denen der eine 10 Jahre im Betrieb beschäftigt war. Dem einen der entlassenen Arbeiter wurde zu Last gelegt, daß er unbefugterweise Einladungszettel zu einer Versammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter verteilt hatte, während der andere in dieser Versammlung ein Referat über Arbeitervertretung gehalten hatte. In der Versammlung selbst kamen die Arbeitsverhältnisse im Betrieb der Firma Schering gar nicht zur Sprache. Um so rüch-sichtloser erscheint deshalb das Vorgehen der Direktion gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, denn auf eine Beschränkung dieses Rechts kommt die ganze Maßregelung hinaus. Damit aber nicht zufrieden, führt die Direktion nun die übrigen Arbeiter durch folgende Manipulation von ihrer Organisation fernzuhalten: Die Arbeiter erhalten nach längerem oder kürzerem Wausen Zulagen zu ihrem Lohn. Auf das Ersuchen einiger Arbeiter um Gewährung dieser Vergünstigung erhielten sie zur Antwort, daß erst dann, wenn sie ihren Austritt aus der Organisation vollziehen, die Lohnzulage gewährt würde. Man kann sich denken, daß dieses Mittel nicht ohne Wirkung blieb, bisher haben bereits fünf Arbeiter ihren Austritt aus der Organisation erklärt. Bei den überaus geringen Löhnen in diesem Betrieb, die mit 18 M. Wochenlohn beginnen, ist es begreiflich, wie schnell sich von den Arbeitern die Lohnzulage begehrt wird. Die Triebfeder dieser Geschäftsmanipulation ist ein hochgestellter kauf-männischer Beamter, der trotz seiner zur Schau getragenen großen Frömmigkeit sich nicht scheut, Familienväter aus Arbeit zu bringen. Mit welchem Wohlwollen den Arbeitern in diesem Betriebe sonst noch begegnet wird, dafür ein Beispiel: In der Pensionskasse wurden früher regelmäßig einige Meister als Revisoren und Schiedsrichter gewählt, die Arbeiter hatten diese Vertretung vor kurzem aus ihren Kreisen delegiert, damit aber in hohem Maße das Miß-fallen der Direktion erregt, die nun erklärte, daß künftig die bisher gezahlte Entschädigung für diese Ämter in Fortfall käme. Die Direktion mag mit all diesen kleinen Schikanen sich wohl der Hoffnung hingeben, eine gefügige Arbeiter-schaft dauernd heranzuziehen, der Erfolg ist sehr zweifelhaft, der-artige Unterdrückungsmaßregeln stellen der Leitung des Betriebes kein gutes Zeugnis aus, noch werden sich die Arbeiter dauernd der Diktatur fügen.

**Lohnunterschiede der Plätterinnen.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Von Lohnunterschieden mit den Plätterinnen kann keine Rede sein, da niemand gezwungen wird, für die Maschinen vorzuplätten, was, nebenbei gesagt, für die Plätterinnen insofern von Vorteil ist, als sie mehr dabei verdienen, was auf Grund der Lohnbücher nach-gewiesen werden kann.

Lehnmädchen erhalten die beim Eintritt deponierten 10 M. wie bisher zurück, sobald sie unter Anrechnung der Lehrgeldzeit ein Jahr bei uns gearbeitet haben.

Cohn u. Ellenburg.

**Die Lohnkommission der Barbier in Rixdorf** erklärte im „Vorwärts“ mein Geschäft für gesperrt. Die Sperre ist zu Unrecht verhängt, da ich meinen Gehilfen seit der Erhöhung der Löhne bis auf den heutigen Tag den geforderten Minimallohn zahlte. B. Sowinski, Friseur, Rixdorf, Bergstr. 4.

### Deutsches Reich.

**Der Streit der beiden Buchdrucker-Organisationen** zeitigte wieder einen Beleidigungsprozeß, der vor dem Leipziger Schöffengericht ausgetragen wurde. Wegen den Vorstößen des Verbandes deutscher Buchdrucker, Herrn Döblin, waren in der „Buchdrucker-Wacht“, dem Organ der Gegenorganisation, eine Reihe Behauptungen auf-gestellt, die ihn als Leiter des Verbandes stark kompromittieren konnten. Er erhob deshalb die Beleidigungsklage gegen den Redakteur Krefzin, der die „Buchdrucker-Wacht“ redigiert. Aus den langen Prozeßberichten, den beide Parteien geben, ist nur der Eindruck zu gewinnen, daß persönliche Geßellig-keit in dem Streit eine große Rolle spielen, die Einzelheiten der Beleidigungsklage auch kaum einen größeren Kreis der Arbeiter interessieren. Das Gericht wies die von Krefzin erhobene Widerklage zurück und verurteilte ihn wegen Beleidigung des Verbands-vorsitzenden Döblin zu 100 M. Geldstrafe. Den Streit auf diese Art anzusprechen, macht in der Arbeiterbewegung nicht den besten Eindruck und das Wiederholen solcher Prozesse sollte auch von dem Verband als nutzlos betrachtet werden.

**Der Vorsitzende des Centralverbandes der Elektromonteur** und Berufsangehörigen Deutschlands, Paul Jerichow, Hochlamp bei Blankensee, hat seinen Posten niedergelegt, an dessen Stelle ist Georg Schaumann, Hamburg-Eimsbüttel, Eppendorferweg Nr. 33, gewählt.

**Die Glashütte in Flensburg** hat nunmehr sämtliche drei Oefen wieder in Betrieb und die Ausschüßigen mit Ausnahme des Genossen Lippert wieder eingestellt. Derselbe wurde bereits vor dem Streit von der Hüttenverwaltung gemahnt.

### Ausland.

**Der Generalkreis der französischen Bergleute.** Das Ge-samtresultat der Abstimmung betreffend den Generalkreis ist für ganz Frankreich das folgende: Von 127 000 Bergarbeitern über 18 Jahren, die zur Teilnahme an der Abstimmung berechtigt waren, haben 50 000 gestimmt; davon haben sich 40 000 für, 10 000 gegen den Streit ausgesprochen. Nach den Beschlüssen des Kongresses von Lens werden die Stimmhaltungen der Majorität zugezählt, so daß auf diese Weise 117 000 Stimmen für und 10 000 gegen den Streit herauskommen. — Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist dieser Tage die Kommission wieder zusammengesetzt, welche die Aufgabe hat, die Frage der Arbeitszeit in den Bergwerken zu studieren. Die Kommission prüft jetzt die Gutachten der Arbeiter-organisationen; in der letzten Sitzung waren auch 15 Vertreter von Bergwerks-Gesellschaften anwesend. In einer der nächsten Sitzungen sollen Arbeitervertreter vernommen werden.

Der Generalsekretär des Bergarbeiter-Verbandes von Frankreich richtete an den Ministerpräsidenten Waldeck-Roussau ein Schreiben, in welchem er ihn auffordert, bis spätestens Sonntag dem Verbands-ausschuß bekannt zu geben, welche Abstände die Regierung hinsichtlich der Forderung der Bergarbeiter — Achtstundentag, Mindestlohn und Ruhegehalt — habe. Der Verbandsausschuß tritt am Sonntag in St. Etienne zusammen.

**Der Streit der Bergleute im Lütlicher Kohlengebiete** ist so gut wie beendet; nur in Marckane, wo der Streit zuerst aus-brach, wird noch nicht gearbeitet.

**Landarbeiterbewegung in Italien.** In dem Distrikt von Ferrara ist ein neuer Landarbeiterstreik zum Ausbruch gekommen. In einer Sitzung der Führer der Landarbeiter- und Bauern-Vereine des Gebietes von Ferrara wurde beschlossen, den Streit möglichst auf sämtliche Besitzungen des weiten ferrarischen Gebietes auszudehnen. Gelingt dies, so würde die Zahl der streikenden Bauern und Landarbeiter bis 20 000 betragen. Die Ursachen dieser neuen Ausstands-bewegung sind folgende: Nach dem Streit im ver-gangenen Juni, bei welchem, wie bekannt, sich die Tragödie von Berra abspielte, verpflichteten sich die Grundbesitzer, ihren Bauern am 29. September neue Pachtverträge vorzulegen. Der 29. September ist vergangen, ohne daß die neuen Pacht-bedingungen erschienen wären. Zwar haben die einzelnen Grund-besitzer neue Kontrakte ausgearbeitet, die viel ungünstiger für ihre Pächter und Arbeiter sind; sie weigern sich aber auch, dieselben den Organisationen der Landarbeiter, wie versprochen, zu unterbreiten, und suchen vielmehr, sie ihren Arbeitern im einzelnen aufzuzwingen. Die neuen Kontrakte sollten zwar erst mit dem 15. November in Kraft treten, würden die Bauern aber diesen Termin adwarten, ehe sie handeln, so würden sie nur das Spiel ihrer Unterdrücker spielen.

**Wegen Kontraktbruch** hat der Direktor einer Glasfabrik in Charleroi (Belgien) eine Anzahl Arbeiter verklagt. Herr Lampert, so heißt der Herr, verlangt von den Arbeitern die Gesamtschuld von 40 000 Fr. als Entschädigung für die durch die Arbeitsnieder-legung ihm angeblich entstandenen Verluste.

## Sociales.

**Hygienische Vorträge** nach dem Vorgange von Berlin und Charlottenburg beabsichtigten auch die Vorstände der Krankenkassen in Brandenburg zu arrangieren. Sie können dieses Vorhaben jedoch nicht ausführen, weil sich, wie ihnen vom Vorstände des Ärztevereins mitgeteilt wurde, kein Arzt bereit findet, solche Vor-träge zu übernehmen.

**Speisung der Schulkinder.** Die bayerische Regierung für die Bezirke Schwaben und Neuburg hat an die Bezirksämter eine Ver-fügung erlassen, sie sollen dafür sorgen, daß den Schulkindern, die wegen zu weiter Entfernung des Mittags nicht nach Hause gehen können, ein einfaches warmes Mittagessen gereicht wird. Es soll zu-gleich festgestellt werden, für wie viel Kinder dieses Essen aus öffent-lichen Mitteln bestritten werden muß.

Das ist ja den armen Kindern sicher zu gönnen und ebenso ist es den armen Eltern, die das nicht bezahlen können, zu gönnen, daß die Kosten aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Aber das ist eben die lächerliche Seite der Sache und stempelt sie von vornherein zu einer Unzulänglichkeit, daß das Essen nur den Unbemittelten unentgelt-lich gewährt wird; es ist nicht wie eine Armenunterstützung und hat nichts zu thun mit der von uns aufgestellten sozialpolitischen Forderung der unentgeltlichen Speisung der Schulkinder aus öffent-lichen Mitteln.

**Der Kongreß der französischen Arbeiter-Produktiv-Gesellschaften,** der zur Zeit in Lyon tagt, nahm einen Beschluß

an, wonach die Genossenschaften verpflichtet werden, jedes Jahr einen Bruchteil ihres Gewinnes für Zwecke der Solidarität gegenüber der Arbeiterklasse aufzuwenden.

**Eine „Arbeiter-Lebensversicherungskasse“** zu begründen, haben die Gesamtverbände der Gewerkschaften Dänemarks und der gemeinsame Ausschuß des Krankenkassen-Verbandes in Kopenhagen beschlossen. Das gesamte Garantiekapital soll 100 000 Kronen betragen und in Anteilen zu 200 Kronen von den Gewerkschaften und Krankenkassen gezeichnet werden. Auch Einzelpersonen können Anteile erwerben, jedoch haben diese, wie das in allen kooperativen Unternehmen der Arbeiter der Fall ist, unabhängig von der Zahl ihrer Anteile nur eine Stimme in den General-versammlungen. Das Garantiekapital wird mit 4 Prozent verzinst. Wenn das Vermögen der Gesellschaft eine be-stimmte Höhe erreicht hat, wird den Einzelpersonen ihr eingezogtes Kapital samt den Zinsen zurückbezahlt, wogegen das der Organi-sationen stehen bleibt. Hiermit soll diesen das Eigentumsrecht an dem Unternehmen auf alle Fälle gesichert werden. Die Anmeldung zur Versicherung sowie die Entgegennahme der Prämien erfolgt durch die Vertrauensleute der Organisationen. Bei Arbeitslosigkeit sowie bei Streiks und Aussperrungen werden die Prämien auf längere Fristen ge-stundet. Die Versicherungssumme kann ohne Gesundheitsattest 200 bis zu 1500 Kr., mit Gesundheitsattest bis 5000 Kr. betragen. Die Ver-sicherungssumme kann, außer im Todesfall, auch nach einer be-stimmten Reihe von Jahren zur Auszahlung gelangen. Die Prämien sollen niedriger gesetzt werden, als bei den privaten Versicherungs-gesellschaften, was hauptsächlich dadurch ermöglicht wird, daß die „Arbeiter-Lebensversicherung“ keine Agenten zu bezahlen braucht und auch die Verwaltungskosten erheblich geringer sein werden als bei jenen Gesellschaften.

## Briefkasten der Redaktion.

**C. S. 20.** Ein eigenhändiger, selbstschätiger Mensch.  
**Berolina 100.** 1. „Götting“ Berlin. 2. Götting der Liebe.  
3. 66 Meter.

**S. G. B.** Centralverband der Handlungsgehilfen.  
**S. G. 100.** Laded ist freie und Hanja-Stadt. Das Fürstentum Lübeck ist ein 500 Quadratkilometer großes Landgebiet, das vom Regierungsbeyrat Schiedewitz und dem Gebiet der freien und Hanja-Stadt Lübeck um-schlossen wird und zu dem Großherzogtum Oldenburg gehört.

**Zwischenst.** Der Ausbruch findet sich in den „Mitteilungen über die in Oberösterreich herrschende Typhus-Epidemie“, welche zuerst in (Strehow's) „Archiv für pathologische Anatomie“, Band II (1848) erschienen sind. Die Arbeit wurde dann wieder abgedruckt in 88 „Gesammelte Abhandlungen aus dem Gebiete der öffentlichen Medizin und der Seuchenlehre“, Berlin, 1879. Aug. Hirschwald. Hier findet sich der Ausbruch im Band I, S. 222; aus dem Zusammenhang ergibt sich, daß in erster Linie die katholische Kirche gemeint ist.

**A. R. 100.** Wir würden sehr leichfertiger handeln, wenn wir Ihnen im Briefkasten irgend ein Mittel gegen Haaransfall nennen wollten. Da kann nur der Arzt Rat schaffen.

**M. S. 100 und A. R. 74.** 1. Der Tod des Vermieters oder Mieters hebt keineswegs ohne weiteres den Mietvertrag auf. Stirbt der Vermieter, so geht der Vertrag auf dessen Erben über. Stirbt der Mieter, so ist sowohl der Erbe als der Vermieter berechtigt, das Mietverhältnis unter Einhaltung der gesetz-lichen Frist zu kündigen. Die Kündigung kann nur für den ersten Termin erfolgen, für den sie zulässig ist. In also der Todesfall in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September erfolgt, so können sowohl der Vermieter wie die Erben des Mieters spätestens am 3. Oktober zum 31. Dezember kündigen. Erfolgte der Tod in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni, so kann spätestens am 3. Juli zum 1. Oktober gekündigt werden, auch wenn der Sterbtag noch Jahre lang ins Jahr laufen würde. Wird das Mietverhältnis nicht zu der angegebenen Frist gekündigt, so läuft der Vertrag für die Erben weiter. 2. Die Witwe hatet aus einem für die Zeit nach dem 31. Dezember 1890 geschlossenen Mietvertrag mit ihren eigenen Sachen nur dann, wenn sie mitempfehlen hat. Der Nachlaß des Mieters haftet für die Mietschuld, auch wenn der Mann am demselben das Juridiktionsrecht hat.

**123 W.** Eine Verschreibung der Sachen an die Tochter, vorgenommen, um denotwendigen Verbindungen zu entgehen, ist rechtsungültig und kann überdies bestrast werden. — **A. S. R. 1.** Sie sind zur Zahlung der Einbindungs-Gehältern und Beerdigungskosten verpflichtet. Die Mutter kann Ihre Forderung hiergegen aufrechnen. Sie thun daher gut, sich zu verständigen. 2. Die Gehältern können Sie nicht zurückerfordern. — **S. T.** Die Forderung ist berechtigt. Beamte erhalten nicht Zeugengehältern, aber Reisegehälter und dergleichen, die leider in der Regel weit höher als Zeugen-gehältern sind. — **G. Albrecht.** Nein, es sei denn, sie ist noch nicht 40 Jahre alt. Ist die Frau noch nicht 40 Jahre alt, so kann sie freiwillig in die Versicherung eintreten, also auf grauer Karte selbst stehen, wenn sie handgewerbetreibende ist. Sonst müßte sie in Arbeit treten, dann sich versichern lassen und später selbst leben. Die Weiterversicherung geht zur Zeit nicht an, weil die Verfallzeit vorüber ist. — **A. H. B. 1.** und 2. Ja.

**G. 4.** Sie sind zur Zahlung der Steuern verpflichtet, können aber unter Vorlegung Ihrer Verhältnisse Aufhebungsbewegung bei der Steuer-entlastung beantragen. — **A. S. 91.** Deamententagen giebt es nicht. Solche Taren sind nach der zutreffenden Ansicht der Gerichte unglücklich, weil mit der Gewerbe-Ordnung unvereinbar. Es sind an Odomben die verminderten Gebühren zu zahlen. Vliegt keine Vereinbarung vor, so sind angemessene Gebühren zu zahlen. Als solche gelten: Für Verkauf bei einer einfachen Einbindung bis 12 M., bei einer verzögerten (Tag und Nacht) 6 bis 20 M., daselbst bei einer Zwillingseinbindung, für eine Logowage 1,50 bis 3 M., für einen Verkauf 50 Pf. bis 1 M., für einen Kaufverkauf das Doppelte. — **A. H. Großbeerenstraße.** Nein.

**A. C. 4.** 1. Falls Sie nichts befehlt haben; nein. 2. Verfügungen vor-jahren mit Ablauf des zweiten Kalendersjahres, das auf den Verlust folgte. Eine im Jahre 1900 eingehende Antragsforderung verjährt also mit dem 31. Dezember 1902. — **G. 35.** Ja. — **R. 2.** Die Kreisverbände haben den früheren Beschluß der Freilassung der Vermögenden bis 1800 Mark auf-gehoben; freierfrei von ewangelischer Kirchensteuer ist hier nur das Ein-tommen bis 1200 Mark. — **G. M. 25.** Das Wesen um Dienstag ist bei der Ehegerichtsamt einzutreten. Als Anrede an den Justizminister ist Ew. Excellenz üblich. — **001. G. 6.** Nein, Sie bedürfen zur Änderung Ihres Vornamens der freien öffentlichen Genehmigung des Polizeipräsidenten.

**G. 2.** Wenn Sie die Gebühr nicht pünktlich zahlen, verfaßt Ihr Patent. — **S. 2.** Eine Kündigung von Weichen ist, von besonderen Ausnahmen abgesehen, seit dem 31. Dezember nicht mehr zulässig. — **H. 900.** Nein. — **C. M. 119.** Ein häßlicher Arbeitsnachweis bezieht in Berlin nicht. Die von Ihnen gewünschten Adressen finden Sie im zweiten Teil des Adresskalenders S. 127 und im vierten Teil S. 122 und 205.

**H. Th. 100.** 1. Darüber, ob die Erziehung eines unehelichen, vater dem 1. Januar 1900 geborenen Kindes vom Vater von 4. Jahre verlangt werden kann, heißt Streit. Jedemfalls ist aber das Vormundschaftsgericht berechtigt, auf Antrag der Mutter die weitere Erziehung auf Kosten des Vaters zu übertragen, wenn dies im Interesse des Kindes liegt. Das ist stets anzunehmen, wenn der Vater sich um das Kind nicht gekümmert hatte, nicht gezahlt hat, ungeeignet zur Erziehung ist u. dgl. 2. Vollziehen Sie das Urteil für die volle, seit der Geburt verstrichene Zeit. Ein Einwand, man sei Militär oder Soldat gewesen, giebt nicht. — **W. 13.** Nein.

**G. R.** Das Kind ist als Erbe mitanzuziehen. Ein Beispiel für solches wechsellütiges Testament einer mit Kindern geeigneten Ehe finden Sie S. 238 Nr. 57 dem dem Arbeiterricht beigelegten Führer. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. — **2. Streitende 42.** 1. und 3. Schloß-burden können bis am 15. Juni, kündigen, nicht angelegt. 2. und 5. Ziehen Schloßburden vor abgelaufenem Vertrag, so können sie auf Zahlung des vollen Schloßgeldes verklagt werden. 4. Auch Schloßburden gegen-über bezieht das Juridiktionsrecht. Dasselbe erstreckt sich nicht auf die unentgeltlichen und deshalb der Pfändung entzogenen Sachen. — **Zeigen.** 1. Die Benutzung der juristischen Sprechstunde steht jedem Ankommenen frei. 2. Wollen Sie mit einem Rechtsanwalt Rücksprache nehmen, so begeben sie sich zu ihm in seiner aus dem Adresskalender ersichtlichen Sprechstunde.

# Max Arnsdorff

Specialgeschäft für Damenkleiderstoffe,  
Sammet u. Seidenwaren, Blusen-, Kostümzüge u. Jupons.  
Berlin SO.

176. Oranienstr. 176.

Gede Alalbertstraße.

## Besonders billiges Angebot für die Herbst- u. Winterjaison:

Ein großer Posten reinwollener Kleiderstoffe, in allen Farbtönen, Robe 6 Meter . . . . .	M. 4,20
Ein großer Posten gemustertes Kleiderstoffe, in schönsten Dessins, Robe 6 Meter . . . . .	5,00
Ein großer Posten farbiger Damentuche, vollgriffige Qualität, Robe 6 Meter . . . . .	3,00
Ein großer Posten schwarzer und gemustertes Stoffe, Robe 6 Meter . . . . .	4,75
Ein großer Posten Morgenrock-Stoffe, in schönsten Mustern, Robe . . . . .	von 1,75 an

Blusen, Kostümzüge u. Jupons in reicher Auswahl zu auffallend billigen Preisen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 18. Oktober.  
 Opernhaus. 1. Sinfonie-Abend der königlichen Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Mittags 12 Uhr: Öffentliche Hauptprobe.  
 Schauspielhaus. Geschlossen.  
 Neues Opern-Theater (Kroff). Geschlossen.  
 Schiller. Figaros Hochzeit über: Ein toller Tag. Anfang 8 Uhr.  
 Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Berliner. Othello, der Mohr von Venetia. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Leistung. Die Fee Coprice. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Residenz. Sein Doppeltgänger. — vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Neues. Das Gwig-Weidliche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Weihen. Figaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Rezeptionsbühne. Desses Bittenscrand Bunted Brett. Anfang 8 Uhr.  
 Central. Der Vogelhändler. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Kuifen. Der Hüttenbesitzer. Anfang 8 Uhr.  
 Carl Weib. Berliner Nangen. Anfang 8 Uhr.  
 Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Landstreicher. Anf. 7 1/2 Uhr.  
 Belle-Alliance. Tafelb. Anfang 8 Uhr.  
 Casino-Theater. Berlin W. — Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
 Metropol. Spezialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.  
 Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.  
 Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Weibliche Barbier. Anfang 8 Uhr.  
 Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
 Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
 Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.  
 Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
 Freitagabend 8 Uhr:  
**Figaros Hochzeit über: Ein toller Tag.**  
 Lustspiel in 5 Aufzügen v. Beaumarchais für die deutsche Bühne überlegt und bearbeitet von Franz Dingeldey.  
 Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Figaros Hochzeit über: Ein toller Tag.**  
 Sonntagabend 8 Uhr:  
**Figaros Hochzeit über: Ein toller Tag.**

### Central-Theater.

Heute Anfang 7 1/2 Uhr, neu einstudiert:  
**Der Vogelhändler.**  
 Sonnabend: **Die Geisha.** — Sonntagnachmittag 3 Uhr vollständige Vorstellung zu halben Preisen: **Der Vogelhändler.** — Abends 7 1/2 Uhr: **Die Geisha.**

### Thalia-Theater.

Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage:  
**Ein tolles Geschäft.**  
 Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Boje. Anfang 7 1/2 Uhr.

### Metropol-Theater.

**Schön war's doch!**  
 Gr. Berliner Anstaltungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
**Emil Thomas a. G.**  
**Joseph Josephi a. D.**  
**H. Bender. G. Kaiser.**  
**Eise de Veré a. D.**  
**Frid-Frid. F. Georgette.**  
 Gastspiel:  
**Saharet!**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Rauchen überall gestattet.

### Carl Weiss-Theater.

Große Kaufstr. 132.  
 Abends 8 Uhr! Abends 8 Uhr!  
**Berliner Nangen!**  
 Große Ausstattungspose mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. W. Albert. Musik von W. Kennard.  
 Morgen nachmittags 4 Uhr: Hühnerbrüdel. Abends: Berliner Nangen.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
 Im Theater um 8 Uhr:  
**Ueber den Wolken**  
 Invalidenstr. 57/62.  
 Tägl. Sternwarte.

### Passage-Panopticum

**Sascha, der Haar-Athlet.**  
**Panorama: Die Schlacht bei Wörth.**  
 Die singende Bogenlampe.

### Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.  
**Horwarths wunderbare 6 Liliputaner**  
 mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

### Apollo-Theater.

Auf vielfaches Verlangen noch einige Tage:  
**Frau Luna**  
 mit dem Luftballon **Grigolatis.**  
 Ferner:  
 die vorzüglich. Spezialitäten.  
 In Vorbereitung: König Aqua.

### Passage-Theater.

Anfang wochent. 5. Sonntags 3. Ende 11 Uhr.  
 Beginn des Abendprogramms 8 Uhr.  
**Adelina Sozo**  
 Prima ballerina assoluta.  
**Traudchen Hundgeburth**  
 die Kuhmagd a. d. Rheinlande.  
**Hiasl und Franzl,**  
 die bayrischen Juxbrüder und Schuhplattler.  
 17 erstkl. Nummern.

### Theater Schall und Rauch.

Unter den Linden 44.  
 Freitag, den 18. Oktober 1901:  
**Neues Programm!**  
 Täglich:  
 Die Gefangene. — Brettlleiters Höhenfahrt. — Ein Geheimnis. — In Vormundenschaftssachen etc.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.

### Palast-Theater

(früher Feen-Palast) Burgstr. 22.  
 Direktion: Winkler u. Fröbel.  
 Ganz Berlin amüsiert sich über das neue tolleste  
**Oktober-Programm**  
 15 Sensations-Nummern.  
 Ganz Berlin lacht um 8 1/2 Uhr  
 Direktor Wilhelm Fröbel in der erfolgreichen Operette  
**Weibliche Barbier.**  
 Neueste Tagesereignisse!  
 Lebende Biesen-Photographien etc.  
 Anf. 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr.  
 Bilderverkauf von 11—1 Uhr.

### Cirkus Schumann

Renz-Gebäude. Karlstrasse.  
 Freitag, den 18. Oktober 1901, abends 7 1/2 Uhr:  
 Grosse ausserord. Gala-Vorstellung.  
 Zum 7. Male:  
**Abendbild fürnissiger Beifall!**  
**A Travers Paris**  
 (Quer durch Paris) mit dem Schloß: Nordseebad Scheveningen.  
 Große Ausstattungspose. Antontime mit herabstrebendem Licht- und Wasser-Effekten in 8 Akten von René Louis, Paris. Musik von Emile Dolobro, Paris. Einstudiert vom Balletmeister Pratoal. Auf das glanzvolle inszeniert vom Direktor Albert Schumann.  
 vorher: Nieten-Programm und Mr. Ephraim Thompson, der Unkörperliche, mit seiner ganz neu gefundenen Elefanten-Nummer.  
 Sonntag: 2 große Vorstellungen. Nachm. 3 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Mr. Ephraim Thompson mit 1. Wunder-Elefanten. Nachm. 1. Bild frei. — Zum 2. Male: **A Travers Paris.**

### Große Betten 12 M.

(Herbst-Ansatz) zwei Betten mit gereinigtem neuen Federn bei 12 M. 12 M. Berlin S., Dismen-Str. 46. Preisliche Angebote. Bitte Bestimmungsschreiben.

## W. Noacks Theater.

Brunnenstr. 16.  
**Pension Schölller.**  
 Poffe in drei Akten von Carl Laufs.  
 Sonnabend:  
**Keine Vorstellung.**  
**Casino-Theater**  
 Lothringerstrasse 39.  
**5 neue Debüts**  
 u. a. Mr. Resleps, zum erstenmal in Berlin. — Die drei reisenden Silvias — Steidl.

### Berlin N. — Berlin W.

Anf. wochent. 8. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
 Sonntagnachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen:  
**Rabale und Liebe.**

### Cirkus Busch.

Freitag, 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:  
**Humoristisch. Gala-Abend**  
 der **Maximilian 5 Elefanten.**  
 Brosse mit seinen 5 Elefanten. Aufstreichsäule. Clown. Zum Schluss **Die gut Brandenburg allwege.**  
 Hr. Ritter u. Heiler-Schaukind aus der ausbreitend. Zeit zu Wasser u. a. Lande.

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
 Wiederanstreten von **Adolf Hoffmann.**  
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
 Nach jeder Soiree: **Tanz.**  
 Anfang Sonntag 7 Uhr, von 5—7 Uhr Konzert.  
 Anfang 50 und 75 Pf. (Wochentags Anfang 50 und 75 Pf. Eintritt 30 u. 50 Pf.)  
 Wochentags Vereinsabtritt gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Sitze zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

### Reichshallen.

Stettiner Sänger.  
 Herrliches Programm, u. a. „Bosco“.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag 7 Uhr.

### Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
 Vornehmst. Vergnügungsort!  
 Täglich: **Internationale Konzerte.**  
 Spezialität: **Doppel-Vorstellung** von nur erstklassigen Kräften.  
**Special-Ausschank** der Berliner Bock-Brauerei.  
 Vorzügliche Küche.  
 Gut gepflegte Biere.

### Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: **„Ergenomme unheilbare Männerleiden“.** Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Doherskind's Restaurant, Mariannenstr. 31. Nur Herren! (11769) Eintritt: frei!

### Nieder-Lausitzer

**Presskohlen**  
 vom Rabu Centner 85 Pf. in Hummelburg, Dampfstr. 4, Fischer. 11765

### Wegen drohenden

## Abbruchs

des Hauses **Breite Strasse 20**, gegenüber dem **Köllnischen Fischmarkt**.  
 löse ich mein seit 43 Jahren bestehendes Geschäft auf.

### Gänzlicher

## Ausverkauf

der grossen Lager von  
**Teppichen**  
**Gardinen**  
**Porzellan**  
**Steppdecken**  
**Schlafdecken**  
**Läuferstoffen**  
 etc. etc.  
 Verkauf von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr nur gegen Kasse.  
 Der Ausverkaufspreis ist auf jedem Gegenstand neben dem alten Preise mit Blaustift vermerkt.

## A. Löwenthal

**Breite Strasse 20**  
 Ecke Scharrenstrasse.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr:  
**Sitzung der Orts-Verwaltung**  
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.  
**Achtung! Parkettbodenleger. Achtung!**  
 Dienstag, 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Branchenanangelegenheiten, Bericht der Kollegen von der Lungenheilkunde Berlin und Verschiedenes.  
**Der Obmann.**

### Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher

am Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Altmann** über: Volkshilfsbildungsbefreiungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 In Branchenanangelegenheiten wird ersucht, sich an den Obmann **F. Boimer**, Engel-Ufer 4a, zu wenden. 109/18

### Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.

Oertliche Verwaltung Berlin A. [184/14]  
 Sonntag, den 20. Oktober, mittags 12 Uhr, im Konzerthaus  
**Sanssouci, Kottbuser Strasse 4a:**

### \* Große Matinee \*

zum Behen der ausgeschiedenen Mitglieder.  
**Auftreten der Hofmannschen Nordd. Sänger.**  
 Billets a 20 Pf. sind beim Bevollmächtigten **Ludw. Borchardt**, Blücherstr. 14, und beim Kassierer **Robert Krüger**, Mantelstr. 72, Seitenstr. 3 Tr., zu haben.

### Verband der Sattler und verw. Gewerbe.

**Mitglieder-Versammlungen.**  
**Filiale 1:** Montag, 21. Okt. (nicht Sonnabend), abds. 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köhlerstr. 3.  
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Bericht der Agitationskommission und Ergänzungswahl. 3. Verschiedenes. 159/1  
**Filiale 2:** Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei **Brüde, Grenadierstr. 33.**  
**Filiale 3:** Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7.  
**Filiale 4: General-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Bericht der Wahlkommission und Neuwahl derselben. 3. Vereinsangelegenheiten.  
 Zahlreichen Besuch erwarten  
**Die Vorstände.**

### Sattler Berlins!

Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses:  
**Öffentliche Versammlung sämtlicher Branchen.**  
 Tages-Ordnung:  
 Was lehrt und die geleiteteste Konferenz in der Militäreffekten-Industrie? Referent **Kollege Sassenbach.** 157/20  
 Das große Interesse, welches das Gelingen der Fabrikanten erfordert, verpflichtet die Kollegen aller Branchen, Mann für Mann in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 Die Wahlkommission der Filiale IV. Berlin.

### Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:  
**General-Versammlung**  
 Tagesordnung: 1. Kassenbericht zum 3. Quartal 1901. 2. Bericht über die Filialen. 3. Vereinsangelegenheiten. — Die Mitglieder werden auf die §§ 3 und 4 des Statuts aufmerksam gemacht.  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
 NB. Sonntag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr: Bei uns der **Urania**, Taubenstr. Zur Aufführung gelangt: **Ueber den Wolken.** Billets a 50 und 60 Pf. sind bei allen Vorstandsmittgliedern zu haben.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

### Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
 Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr.  
 Nur erstklassige Spezialitäten. **J. M. Hütt.**  
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

### Buchen- u. Eichenholz

ist als Feuerung besser wie Kohlen. Zu den billigsten Preisen liefert daselbe **W. Jonantz**, Barwalderstr. 61. 24092\*

### Der polizeilich angeordnete Umbau der Geschäftslokalitäten der Firma

## Z. Alexander

**102 Grosse Frankfurterstrasse 102,**  
 Ecke Krautstrasse,  
 zwingt den Inhaber, das Lager, um es vor Verstaubung zu schützen, vollständig zu räumen.  
 Kleiderstoffe und Teppiche gelangen zunächst vollständig zum **Ausverkauf.**

Reinwollene Kleiderstoffe	Mtr. v. 26 Pf. an	1/4 Axminster Teppiche	5,50, 6,80, 8,45 Mk.
Ein Posten Reste	21 Pf.	1/2 Axminster	5,10
Ballstoffe	28 Pf.	1/3 Axminster	14,40, 10,80
reine Wolle		1/2 Axminster	18,50, 16,10, 14,65

### Triotagen

zu noch nie dagewesenen Preisen.  
 Herren-Hemden, Pa. Qual. 58 Pf. Stück 98.  
 Herren-Hosen in allen Größen, Stück 120, 98 Pf.  
 Damen-Hemden, Pa. Qual. Stück 98, 52 Pf.

### Sozialdemokratischer

Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Sub-Cit.)  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß am 16. d. M. unser braver Genosse, der Restaurateur  
**Albert Lange,**  
 nach kurzem Krankenlager verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 2 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 268/10 **Der Vorstand.**

### Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler.

Erbe seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Oktober, nachm. 2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 184/17  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Crdverwaltung.**

### Berein sozialdemokratischer

Gast- u. Schankwirte Berlins u. Umgegend.  
 Am 16. d. M. verchied nach kurzen, schweren Weiden unser geliebtes Mitglied, Kollege  
**Albert Lange.**  
 Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 2 Uhr von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Nixdorf aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Der Vorstand.  
 J. K.: Emil Köpnick.

### Danksgang.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unsres guten Vaters, des **Gärtlers 11695**  
**Paul Nerlich,**  
 sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma **Rakenius** und der Firma **Schmidt u. Jähde**, den **Leutenachern vom Orange-Freistaat** sowie dem **Gesangsverein Nimmerdor „St. Urban“** für den ergreifenden Gesang unsern herzlichsten Dank.  
 Frau **Amalie Nerlich** nebst Kindern.

### Danksgang.

Für die Beweise uniger Teilnahme und die reichen Kranzspenden allen Freunden und Bekannten, welche unserem Sohne **Ernst** das letzte Geleit gaben, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.  
**Famille Oehling.**

### Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Berlins.

Sonntag, den 20. Oktober 1901, vormittags 10 1/2 Uhr, Langestr. 63,  
**General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1901. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
 37/5 **Der Vorstand.**

# Kaiser's Kaffee-Geschäft

Größtes Kaffee-Import-Geschäft Deutschlands  
im direkten Verkehr mit den Konsumenten.

Ueber 700 Filialen.

Den verehrten Hausfrauen

empfehle ich zum Bezug von

Kaffee, Thee, Cacao, Chokoladen, Confituren und Biscuits

meine nächstehenden hiesigen Filialen:

**Berlin:**

- N. Adlerstr. 111.
- Badstr. 18.
- Brunnenstr. 81.
- Brunnenstr. 151.
- Brunnenstr. 185.
- Chausseestr. 28.
- Ehrenterstr. 20a.
- Danzigerstr. 90.
- Frankenstr. 49.
- Invalidenstr. 144.
- Müllerstr. 1.
- Müllerstr. 165a.
- Reinholdsdorferstr. 10.
- Schwebelstr. 245a.
- Swinemünderstr. 87.
- Uferstr. 17.
- Weinbergsweg 5.
- Wollnerstr. 43.

**NW.**

- Beuffelstr. 29.
- Bredowstr. 43.
- Saibestr. 20.
- Lübeckstr. 20.
- Relandthorstr. 1.
- Thumstr. 30.
- Wilsnackerstr. 80.
- W. Genthinerstr. 26.
- Gleditschstr. 48.
- Golzstr. 36.
- Lügowstr. 83.
- Kene Winterfeldstr. 9.
- Potsdamerstr. 59.

**SW.**

- Bergmannstr. 93.
- Lindenstr. 110.
- Zoffenerstr. 22.
- S. Blücherstr. 37.
- Kottbusser Damm 21.

**S.**

- Gräferstr. 25.
- Sebastianstr. 88.
- SO. Muskaustr. 21.
- Reanderstr. 37.
- Dranienstr. 1.
- Reichenbergerstr. 123.
- Wrangelstr. 23.
- Wrangelstr. 54.
- O. Andreasstr. 57.
- Frankfurter Allee 71.
- Große Frankfurterstraße 137.
- Grüner Weg 41.
- Krautstr. 48b.
- Königsbergerstr. 81.
- Petersburgerstr. 81.
- Richtofenstr. 23.
- Stralauer Allee 36.

**NO.**

- Gollnowstr. 11.
- Greifswalderstr. 4.
- C. Alte Schönhauserstr. 80.
- Charlottenburg:
- Augustenburgerstr. 59-60.
- Berlinerstr. 125.
- Dankelmannstr. 60.
- Kaiser Friedrichstr. 57.
- Kleiststr. 19.
- Pestalozzistr. 9a.
- Spandauerstr. 28.
- Tamshystr. 19.
- Wilmsdorferstr. 126.
- Wilmsdorferstr. 143.
- Deutsch-Wilmersdorf:
- Berlinerstr. 131.
- Friedenau:
- Rheinstr. 10.

**Friedrichsberg:**

- Frankfurter Allee 121.
- Lichtenberg:
- Frankfurter Allee 171.
- Neu-Weissensee:
- König-Chaussee 32.
- Rixdorf:
- Hermannstr. 40.
- Steinwegstr. 116.
- Rummelsburg:
- Ecklerstr. 12.
- Schöneberg:
- Hauptstr. 82.
- Hauptstr. 139.
- Steglitz:
- Albrechtstr. 1.

**Achtung! Kautabak Achtung!**

264/19\* aus der Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschafts-Fabrik ist ein vorzügliches Fabrikat! Generalvertreter für Berlin: Wilhelm Boerner, Ritterstr. 15.



für Bitte anzugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [53043\* Knabonfilzhüte 0,75-3 2/3. Herrenfilzhüte, weich 1,75-5,25, steif 2,00-5,25. Cylinderröhre 4,00-12,00. Chapeaux claque 8,00-10,00 im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert, Gut-Engros-Geschäft Waldemarstr. 44, part., Kein Laden.

Bähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnstehel 1 R. Plomben 1,50 R. Teilzahl. wöchentlich. 1 R. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

**Möbel-Fabrik** u. Lager kompletter Wohnstätten-Einrichtungen zu Fabrikpreisen - Eigne Werkstätten - empfiehlt Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Thor. [2406L\*

**Meissner Geld-Lotterie**  
Ziehung vom 26. Oktober bis 2. November 1901  
Höchster Gewinn 100,000 M.

in günstigsten Fall: 2500L\* in Summa 13160 Gewinne ohne jeden Abzug zahlbar. Lose a 3 Mk., für Porto und Gewinnliste 30 Pfennig extra, empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme Carl Heintze, Bankgeschäft, Berlin W., Unter den Linden 3.

Tour nach Teplitz Freitag 7 Uhr, Victoria - Part. Mittags 1 Uhr, Victoria-part nach Fürstendorf, Sonnabendabend 8 Uhr Schif. Brücke Friedrichs-Platz. Stiftungsfest. 13/6

**Erklärung.** Betreffend auf die Anzeige der vereinigten Milchhändler Berlins und der Vororte erkläre ich, daß meinerseits keine Ringmilk verkauft wird, da meine eigene Molkerei genügend Milch liefert. [11506\* Altdorf, den 16. Oktober 1901. Paul Kautsch, Bienenstr. 72.

**Dr. Schönemann,** Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. Sprechstunden: 1/2, 12-1/2, 1/2, 6-1/2, 9.

**Dr. med. Schaper** homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Hornleiden, Frauenkrankheiten. Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

**Presskohlen** Bruch aus Wendels Werken, pro Centner 80 Pf. ab Platz. A. Hermanns Kohlenlager, Wälschenstraße 12 und Pflaßstraße 5.

**Charlottenburg.** H. Schmerberg [2406L\* Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen. Optische Artikel. Uhrmacher werden schmerzlos geflickt.

**Berichtigung.**

In Nr. 240 Ihrer Zeitung vom 13. Oktober d. J. wird mein Name unter denjenigen genannt, welche die Milchvereinstellung Pläne fördern helfen. Ich bestritte dies entschieden. Wohl habe ich in der Vergangenheit am 1. Oktober 3 Tage lang 20 Liter Milch bezogen, das ist also vom 2.-4. d. M. Sonst da es nicht mehr. Wilhelm Hahn, Relandthorstr. 20. Auf den Bericht in Nr. 237 und 240 des „Vorwärts“ erwidere ich, daß ich nur ringfreie Milch führe, und zwar solche aus meiner eignen Molkerei. Otto Henger, Molkereibesitzer, Stralauer Allee 20 b. Frau Marianne Knapki, geb. Frank, teilt mit, daß sie in feinerster Verbindung mit der Milchzentrale steht, wohl habe sie im Laufe der vorletzten Woche für das Ballenhaus in Wilmsdorf dreimal je 20 Liter Rahm Milch liefern müssen, weil sie sonst ihre Ration verloren hätte. Herr Otto Kramer, Eberlystraße 50, erklärt, noch nie Ringmilch geflickt zu haben. **Ro-Tabak** 24412\* Max Jacoby, Streifenstr. 53

**Kleine Anzeigen.** Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.** Restauration verkauft Wrangelstr. 68. 11406\* Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137\* Herrensardrobe, anfallende Erbschaft, reichhaltig, Spandauerstr. 76. Vorjährige elegante Herren-Wintergaletois und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137\* Kinderwagen. Sporthagen, Kleinauswahl, Bogot Baby, Jugendstr. 100, Frankfurterstr. 115, Dranienstr. 31, Belle Alliancestr. 107, Reinholdsdorferstr. 24, e. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7229\*

**Sportbillig.** Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Remontoir, Uhren, Regulatoren verkauft Veltmann, Reanderstr. 6. 791\* **Radräder.** Jahresgarantie, 30/00, Schüssel, Schmidtstr. 8. 79/5\* **Nähmaschinen.** sämtliche besten Systeme. Eine Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Turmstr. 39. 2. Geschäft: Bernauerstr. 47b. 8632\* **Nähmaschinen** und Feuer-Veränderung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstr. 43, Hof Keller. 857b **Herrenrad.** unterhalten, Militär halber, jeden Preis. Schönhauser Allee 177a, Hof parterre. 143/2 **Rekarnation.** alles Geschäft, Arbeitervereins-Vokal, wegen Streitigkeit mit dem Hauswirt zu verkaufen. Kaufschon! wöchentlich 3 bis 4 Tomen. Vier halbe Weihen. Mehrere Vereine und Fabriken. Näheres bei Schulz, Blumenstraße 14, Cigarrenladen. 196\* **Stoppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137\*

**Nähmaschinen.** preiswerte Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort Landwehrstraße 82, Köpcke-Str. 60/61. 11215\* **Reinettensäffel.** Biercentner fest Haus drei Mark. August Heine, Falberstr. 1145b\* **Singerringschiff** umfänglichster 35,- (Garantie). Koch, Brennerstr. 57. 1478 **Kanarten-Auswahl** Knorr, Hochl., Ringelstr. 5 R. Heilige, Steglitz, Hünslinge, Notischen billig. Auswahl von Papagieren, praktische Käfige zu Fabrikspreisen, gut preiswertes Vogelfutter Dranienstr. 87, Vogelhandlung. 1170b

**Unfallachen.** Klagen, Eingaben, Reklamationen. Tugger, Steglitzerstr. 65. 9345\* **Rechtsbureau.** Rechtsfälle, Eingabengehilfe, Notariats, Andreasstr. 6, Dreimüschlein. 11478 **Kunstoperette** von Frau Kosofova, Steinwegstr. 48, Querschäude hoch parterre. **Patentanwalt** Dammann, Wagnitz 57, Auskunft bis abends neun. **Wer Stoff hat?** Fertige Herrenanzüge mit Futterladen 15,00 Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59, III. 1156b\* **Bücherkauf** und Beilehung Dammann, Kochstr. 56, I. Amt 6, 3397. 8872\* **Fahrrad** laut Bild, Pappelallee 116. 11506 **Augustabad.** Köpcke-Str. 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 7362\* **Großeres Vereinszimmer** mehrere Tage in der Woche zu vergeben. Rosenmayer, Langestr. 10. 11745

**Volksfänger.** Gesellschaft Verbandsrats, Sidingenstraße 4. 177\* **Vereinzimmer.** geräumig, Simonstr. 23. 8458\* **Vermietungen.** Tanzsaal mit Dekoration sofort zu vermieten Beuffelstr. 9 beim Wirt. 1178b **Wohnungen.** Wohnung, Stube, Kammer und Küche, wegen Geschäftsübernahme zum 1. November zu vermieten. Wöhrer, Müllerstraße 156 a, linker Seitentür 3 Treppen. 1167 **Zimmer.** Zwei gut möblierte Zimmer mit Gas, ungeniertem, separatem Eingang, auch einzeln sofort oder 1. November Kottbusser Damm 9, II rechts. 1172b

**Arbeitsmarkt.** **Stellengesuche.** Glinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflickt, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, II. 612/1. **Stellenangebote.** Glas-Schleifer für Facetten verlangt. Offerten unter F. 4 Expedition des „Vorwärts“. 1173b **4 bis 6** Radmacherjungen auf Mottarbeit, dauernde Beschäftigung, sucht Rechner, Boghagen. 1177b\* **Lehrmädchen** und tüchtige Arbeiterinnen verlangt Frau Bogd, Modistin, NW, Paulstr. 6, Gartenhaus III. 1179b

**Vermischte Anzeigen.**

Jeden Polken Tuchhändler sollt Broderie, Opremerstraße 16. 10145\* **Metallbruch** oder Art laut Broderie, Opremerstraße 16. 10136\*

Die „Staatsbürger-Zeitung“ und Justizrat Cassel.

Die schon einmal vertagte Anklage gegen den Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“ Otto Heinrich Böcker, wegen Verleumdung des Justizrats Cassel beschlagnahmte gestern wieder die II. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Ziehm. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Kuz, als Nebenkläger war Justizrat Cassel zur Stelle, dem Justizrat Kleinholz zur Seite stand. — Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, die Verlesung, weil er noch nicht in der Lage gewesen sei, die zur Sache gehörigen Handakten des Nebenklägers einzusehen und sich dadurch in der Verteidigung befähigt zu fühlen. Justizrat Cassel erklärte, daß die gesamten Handakten in der Beschwerdefache, die Rechtsanwalt Ulrich gegen ihn onhändig gemacht hatte, monatelang dem Gerichte vorgelegen haben. Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Kuz beschloß der Gerichtshof, in die Verhandlung einzutreten. Inkriminiert ist ein Artikel in Nr. 179 der „Staatsbürger-Zeitung“ vom 18. April unter der Spitzmarke

„Auch ein jüdischer Notar“.

Justizrat Cassel ist im Jahre 1895 als Pfleger für den in unbekannter Abwesenheit lebenden Rentier Josef Olbrich und im Jahre 1899 zum Vormund für denselben ernannt worden. Unter dem 19. März 1900 hat der Reichsbank-Vorsitzer a. D. Eugen Olbrich, ein Sohn des Pfänders, die Entlassung des Vormundes und des erst im Jahre 1899 bestellten Gegenvormundes beantragt und dabei in wesentlichen geltend gemacht: Justizrat Cassel habe gleich bei Beginn der Pflegschaft die Verwaltung eines nicht unbedeutenden Vermögens übernommen. Er habe es pflichtwidrig unterlassen, dem Gericht vom Umfange der Vermögensverwaltung Anzeige zu machen und habe dadurch jahrelang die Bestattung eines Gegenvormundes verhindert. Die erste Rechnung habe der Vormund erst Ende 1899 gelegt. Er habe es ferner pflichtwidrig unterlassen, von dem Schwiegersohn des Rentiers Olbrich rechtzeitig Herausgabe des Vermögens des letzteren, welches dieser in Händen hatte, zu fordern. Er habe ferner gegen diesen Schwiegersohn, Schöpfer, nur auf Rechnungslegung, nicht auf Leistung des Offenbarungseides geklagt, überdies das rechtskräftige Urteil nicht vollstreckt; er habe dem Ehepaar Schöpfer Inzins erlassen und es auch sonst begünstigt, das Vermögen nicht gehörig ermittelt, etwa 6000 M., die bereits aus Zahlungen des Jahres 1897 herkommenden und angeblich in Wertpapieren angelegt waren, trotz Anforderung des Eugen Olbrich noch nicht einmal im Jahre 1899 hinterlegt und dem Verfallverfäher nicht vorzeigen können. — Die in dieser Beschwerde berichteten Vorgänge bildeten den Inhalt des inkriminierten Artikels, der, wie hervorgehoben wurde, auf Grund vorliegenden

altenmäßigen Materials

geschrieben sein soll. Der Artikel enthält schwere Beschuldigungen gegen die Ehrenhaftigkeit des Justizrats Cassel, er macht diesem völlig eigenmächtige und pflichtwidrige Handlungsweise zum Vorwurf, verweist auf die zahlreichen Pflegschaften, die Cassel verwaltete, und die Erörterungen gipfeln in dem Vorwurf, daß, wenn Cassel eine solche Verwaltungsweise überall in Anwendung gebracht hätte, er 100 000 M. Wundelgeld hinter sich haben müßte. — Der Angeklagte erklärte auf Befragen, daß er dem Nebenkläger nicht den Vorwurf der Unterschlagung habe machen wollen, sondern nur den Vorwurf begangener Pflichtwidrigkeiten. Der Vorsitzende wünschte eine Aufklärung darüber, wer ihm denn pflichtwidrig das Altenmaterial zur Verfügung gestellt habe. Der Angeklagte erklärte, daß er eines Tages das

Redaktionsbüchse vorgefunden

habe. Er habe besonders hervor, daß das Material nicht vom Rechtsanwalt Ulrich, der die Beschwerde gegen Justizrat Cassel im Auftrage des Bankbuchhalters Eugen Olbrich erhoben, herrühre; er habe mit diesem über die Angelegenheit überhaupt nicht gesprochen. Er sei auch heute noch der Ueberzeugung, daß Justizrat Cassel Pflichtwidrigkeiten begangen habe und trete dafür den Beweis der Wahrheit an. Er habe nach der ganzen Sachlage den Eindruck haben müssen, daß es Pflicht des Nebenklägers gewesen wäre, sofort die Bestattung eines Gegenvormundes zu beantragen, da es sich um ein nicht unbedeutendes Vermögen handelte. Er habe damals nicht gewußt, daß die Bestattung eines Gegenvormundes Sache des Gerichts sei. — Staatsanwalt Dr. Kuz fragt den Angeklagten, wie so es denn komme, daß er, obwohl ihm angeblich die Akten vorgelesen, mit keinem Wort erwähnte, daß die Beschwerde in drei Instanzen durch Gerichtsbeschlüsse als unbeständig und zurückgewiesen worden sei. Der Angeklagte erwidert, daß der Instanzenzug damals noch nicht erschöpft gewesen und er den Inhalt der Beschlüsse nicht so aufgefacht habe, als ob der Nebenkläger korrekt gehandelt habe. — Im vorigen Termin hatte der Angeklagte auch noch einen andren Fall erwähnt, in welchem der Nebenkläger nach seiner Ansicht in wenig ungemüthlicher Weise seinen Vormundschafspflichten nachgekommen sei. Dieser Fall betrifft die Pflegschaft der Kinder der geschiedenen Mertinschen Eheleute. Auch für diesen Fall hatte der Angeklagte Verwalterhebung beantragt. — Es erfolgte zunächst die Verlesung der Beschwerde des Eugen Olbrich und der daraus ergangenen abweisenden Beschlüsse des Amtsgerichts, des Landgerichts und des Kammergerichts, die Herrn Cassel völlig entlasten. Auf Befragen erklärt der Angeklagte, daß er diese Beschlüsse gekannt habe, aber nicht der Meinung gewesen sei, daß sie die Vorwürfe gegen den Nebenkläger entkräften können. Im Gegenteil sei in den Beschlüssen mehr als eine der behaupteten Thatfachen bestritten worden. — Staatsanwalt Dr. Kuz glaubt, daß es doch Pflicht des Angeklagten gewesen wäre, den Lesern wenigstens vom dem Vorhandensein der abweisenden Beschlüsse Kenntnis zu geben. — Auch gegen den Beschluß des Landgerichts erhoben die Rechtsanwälte Ulrich und Simon Beschwerde, aber auch das Kammergericht kam zu dem Ergebnis: daß das Landgericht auf Grund sorgfältiger Würdigung des gesamten Materials das Vorliegen von Pflichtwidrigkeiten mit Recht verneint habe. — Justizrat Cassel suchte auf Grund seiner Handakten und unter Angabe der Belege für den Ankauf und die Deposition der von ihm für das an ihn gezahlte Geld angekauften Papiere nachzuweisen, daß er bei der Anlegung des Vermögens mit der größten Promptheit vorgegangen sei. — Rechtsanwalt Simon läßt in einer Zwischenbemerkung durchblicken, daß der Nebenkläger die von ihm angekauften Wertpapiere in einer gewissen Zwischenzeit, ehe er sie zum Depot brachte, zu eigenen

Spekulationszwecken lombardiert

oder sonst vorübergehend benuzt haben könnte. — Justizrat Cassel tritt dieser Unterstellung mit Entrüstung entgegen und erklärt sie für eine müßige Phantasie. — Staatsanwalt Dr. Kuz fragt den Angeklagten, ob er denn angefaßt dieser Darlegungen noch immer den Verdacht der Unterschlagung aufrecht erhalten wolle, worauf der Angeklagte erwidert, daß er niemals eine Unterschlagung behauptet, sondern nur Thatfachen mitgeteilt habe, aus denen möglicherweise solche Schlüsse gezogen werden könnten. Bezüglich des Mertinschen Falles sucht der Nebenkläger gleichfalls eingehend darzulegen, daß er auch in diesem Falle nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe.

Der Nebenkläger Cassel legte an der Hand seiner Akten dar, daß alle Angriffe des Zengen Mertins unbegründet und unrichtig seien. Antagonistat Schlichter, welcher Vormundschaftrichter in der Olbrichschen Sache gewesen ist, erklärt nur, daß ihm nie zu Ohren gekommen sei, daß Justizrat Cassel sich als Pfleger der Olbrichschen Kinder irgend eine Pflichtwidrigkeit habe zu Schulden kommen lassen.

Es folgt dann die Vernehmung des früheren Reichsbankbeamten Eugen Olbrich. Der Zeuge giebt zu, daß er krankheitshalber aus dem Dienste entlassen worden sei und seinen Schwager wie seine Schwester wegen verurtheiltem Mord verächtigt habe. Die diesbezüglichen Ermittlungen haben in keinem Falle zu einer Anklage geführt. Der Zeuge erzählt, daß Justizrat Cassel ihm im März 1899 eine größere Summe ausbezahlt hatte. Herr Cassel habe ihn längere Zeit hingealten und erst ausgezahlt, nachdem der Anwalt des Zengen, Rechtsanwalt Ulrich, Beschwerde erhoben hatte. Er sei der Ueberzeugung, daß Herr Cassel inzwischen die ihm anvertrauten Papiere lombardiert hätte, wenn er dies auch nur aus den mitgetheilten Umständen folgerte und weitere Thatfachen nicht dafür angeben könnte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Zeuge dem Angeklagten Böcker das Altenmaterial zur Verfügung gestellt habe, erwidert der Zeuge, daß er in betreff dieses Punktes von seinem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch mache. — Justizrat Cassel entgegnet, daß es durchaus unwahrscheinlich sei, daß er dem Zeugen die Papiere nicht habe vorzeigen können. Wenn er ein solcher Schmeichelei wäre, wie der Zeuge vermuthet, würde er den Geldschrank nicht erst geöffnet, sondern sofort gesagt haben, daß die Papiere nicht zur Stelle wären. Der Verteidiger beantragte wiederum die Verlesung, da er für das kolossale Altenmaterial doch nicht genähend vorbereitet sei.

Der Staatsanwalt widersprach diesem Antrage, da er durch die stattgehabte Zeugnisaufnahme für zweifellos erwiesen halte, daß auch nicht der Schatten eines Verdachts einer pflichtwidrigen Handlung auf dem Justizrat Cassel hängen geblieben sei. Der Vertreter des letzteren, Justizrat Kleinholz, vertrat auch die Meinung, daß der Antrag nur gestellt sei, um die Sache zu verschleppen. Der Gerichtshof lehnte die Verlesung ab, erklärte aber, daß er außer Stande sei, die heutige Verhandlung fortzusetzen. Der kommende Sonnabend sei zur Fortsetzung in Aussicht genommen worden und sollte der Justizrat Cassel ersucht werden, seine Handakten dem Gerichtshofe bis dahin zu überantworten. Justizrat Cassel erklärte, daß er hierzu außer Stande sei, jedenfalls müßte er vorher eine Abschrift von dem Inhalte der Akten nehmen können. — Der Staatsanwalt bezeichnete dies Verlangen als durchaus gerechtfertigt.

Der Gerichtshof beschloß die Fortsetzung der Verhandlung auf Sonnabend vormittag 9 Uhr. Von einer Beschlagnahme der Casselschen Handakten sei Abstand genommen worden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute, Freitagabend 8 Uhr spricht der Führer der schweizerischen Socialdemokratie, Genosse Robert Seidel (Zürich), im großen Saale der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, über: Die Arbeiterbewegung und die Socialdemokratie in der Schweiz. Nege Theilnahme der Genossen und Genossinnen erwartet Der Vertrauensmann.

Vierter Wahlkreis. Am Montag, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in Rellers Festsaal, Köpenickerstraße 29, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Robert Seidel (Zürich) über: Die Socialdemokratie in der Republik referieren wird. Im zahlreichen Besuch der Genossen und Genossinnen ersucht Der Vertrauensmann.

Wählg. 6. Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Montag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Kranz, Badstraße, eine Kommunalwähler-Versammlung stattfindet. Tagesordnung: Die Bedeutung der Kommunalwahl im 33. Bezirk. Referent: Dr. Hermann Wehl, Disziplin.

Eine zweite Versammlung findet am Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Nabe, Kolbergerstraße 23, statt. Tagesordnung: Die Bedeutung der Kommunalwahlen im 48. Bezirk. Referent: Reichstags-Abgeordneter W. Spannkuch, Disziplin. Das Wahlcomité.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 20. Oktober, von morgens 9 1/2 Uhr ab eine Flugblattverbreitung stattfindet. Die Ausgabe der Flugblätter erfolgt nur in folgenden Lokalen:

Ständer, Hofenkaufstraße 80; Schilling, Köfchauerstraße 16; Hoppe, Wertheburgerstraße 7; Obst, Reiningersstraße 8; Horlemann, Kaiser Friedrichstraße 8; Pöschel, Gunglstraße 9, und Koll, Sponholzstraße 84. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, sich in einem dieser Lokale zur Hilfe einzufinden. Der Vorstand des Wahlvereins.

Rummelsburg. Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Mend (Café Bellevue) die Generalversammlung des hiesigen Socialdemokratischen Wahlvereins statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. (Alles Nähere siehe Inserat.)

Lokales.

In den Stadtverordnetenwahlen.

Sehr lebhaft tritt die „Berl. Ztg.“ für die Wahl von Socialdemokraten ein. In einem Leitartikel kennzeichnete das fortschrittliche Blatt gestern der Kommunal-Liberalismus folgendermaßen:

Es ist leider, leider kein ganz unberechtigter Vorwurf, daß der politisch radikale Freisinn in der Berliner Kommunalpolitik, wo er das Heft in Händen gehabt hat, bedenklich abgelehnt ist. Die Aushaltungsträger hat die rücksichtslose Prinzipienlosigkeit vielfach abgelöst; das mit dem Geiße der Macht wachsende Bedürfnis „positiven“ Schaffens hat oft dazu geführt, faule gerade sein zu lassen und ja zu sagen, wo ein entschieden „Nein“ am Platze und der Vorwurf der Unfruchtbarkeit ein Ruhmestitel gewesen wäre; das Bedürfnis der Bewährten endlich, sich auf Lebenszeiten an der Macht zu erhalten, hat eine Inzucht der Bürgerchaftsverletzung veranlaßt, die notwendig zur Erschaffung und völligen Verwässerung der politischen Charaktere führen mußte. Mit bitterem Schmerz haben wir es in diesen Tagen erleben müssen, daß, gewiß in bester Absicht, aber in unglücklicher Kurzsichtigkeit, sogar der alte, ehrenfeste Demokrat Langens in eine Wählerversammlung trat, um einen Mann wie den vielberühmten Herrn Jacoby, der hart im Gedränge geraten ist, zur Wiederwahl zu empfehlen — im Interesse der Einigkeit der Liberalen. Zum Teufel mit dieser Einigkeit, wenn sie nur dazu gut ist, und Leute als Führer aufzuhalten, die den Namen „Liberal“ anrüchig machen bei allen wirklich liberal denkenden Menschen. Dieser Einigkeitsskandal ist der Fluch des Kommunal-Freisinns, an dem er, wenn nicht bald damit gebrochen wird, zu Grunde gehen muß.

Es verhält wenig, daß die „Berliner Zeitung“ im selben Artikel davon redete, daß im Bürgerthum noch demokratischer Geist haufe und daß die Socialdemokratie kein Recht habe, sich allein als Vertreterin des Volkes zu bezeichnen. Da man auch diesmal bei den liberalen Kandidaten den demokratischen Geist wird mit der Laterne suchen können, bleibt solchen Leuten im Bürgerthum, denen das demokratische Bewußtsein mehr ist als eine inhaltslose Phrase, gar nichts anderes übrig, als für einen Socialdemokraten zu stimmen.

Von welcher Nummer der Kommunal-Liberalismus ist, das zeigte sich gestern in einer Wählerversammlung des 11. Bezirks zweiter Abteilung. Dort sagte der Stadtverordnete Fährdrieh nach einem

Bericht der „Berliner Ztg.“, als die Rede darauf kam, daß Stadtverordneter Eisele seine Rücktrittsfähigkeit in der Angelegenheit des Märzgefallenen-Denkmal offenbart habe:

„Nun, hierbei hat er in meinem Sinne gehandelt. Was hier getrieben wurde mit den Märzgefallenen, war kein Liberalismus mehr, sondern grober Unfug. Es stände besser um die Stadt, wenn sich die Liberalen nicht zu Schleppträgern Singers machen ließen. Berlin wird nie aus Konfusen mit Krone und Regierung herauskommen, wenn lauter „Scharfe“ ins Stadregiment gewählt werden.“

Ein zweites Beispiel dafür, wie es um den Liberalismus freisinniger Kandidaten bestellt ist, tritt in einem Flugblatt hervor, das zu Gunsten eines Herrn Richard Baesler verbreitet wird, der gegen Rechtsanwalt Ulrich im 48. Bezirk aufgestellt ist.

Dieser Herr Baesler wird in dem Flugblatt empfohlen als ein von allen Ordnungsparteien aufgestellter Kandidat. Es heißt weiter zu seiner Empfehlung, daß er sich auf ländlichem Gebiet bewährt habe, daß er zu Gunsten der kleinen Steuerzahler für die Warenhäuser sei; den Straßenhandel will er nach dem Flugblatt „womöglich ganz beiseitigen und das Handwerk „ganz besonders in Schutz nehmen“, kurz, der Herr entwickelt ein Programm, das jeder Antisemit unterzeichnen kann und das offenbar auch — Liberalismus hin, Liberalismus her — einzig auf den Gang der in diesem Bezirk zahlreich vertretenen antisemitischen Wähler zugeschnitten ist. Auf Grund besonderer Namenslisten, in denen Socialdemokraten mit einem 8 zu bezeichnen sind, müssen die Hausverwalter im Auftrage der Grundbesitzer für Herrn Baesler Hausagitation betreiben.

Dieser Liberalismus, der die Ehre der Märzgefallenen als groben Unfug beschimpft und vor den Antisemiten mit einem reaktionären Programm tagelüftet, dieser Liberalismus sollte sich noch auf seine demokratische Vergangenheit besinnen können? Ein Narr, der das glaubt. Die paar Leute im Bürgerthum, die noch etwas auf ihre demokratische Anschauung geben, müssen sich vor einem so korrupten Parteiehre wie den Kommunal-Freisinn mit Betrachung abwenden.

Geschwuldige Hedung der guten Sitte.

Auf dem Kriegsmarsche gegen den Minister Thielen wandelte die „Deutsche Tageszeitung“ gestern plötzlich die Lust an, auch ein bißchen auf dem schmalen Pfade der Tugend zu balancieren. Sie entdeckte nämlich, daß die vielen Reklamen, die gegen loseres Geld auf den Bahnhöfen, sowie in den Eisenbahnwagen angeheftet sind, der Würde der Staatsverwaltung nicht entsprechen. Es sollten nach der Meinung des Blattes nur Anzeigen aufgehängt werden, die einen gemeinnützigen Inhalt haben, dem Interesse des neu Ankommenden dienen und ihn auf sittliche Gefahren aufmerksam machen.

Dieser Appell an die Moral des Herrn Thielen hätte manches für sich, wenn ihm die lgl. preussische Justiz nicht im Wege wäre, und das sollte auch die „Deutsche Tagesz.“ wissen. Für den Fall aber, daß ihr dies nicht bekannt ist, rufen wir ihr den Hindernisgrund kurz ins Gedächtnis.

Der lgl. preussischen Staatsanwaltschaft war es im Kampfe für Ordnung, Religion und Sitte beigegeben, einen Schankwirt in Steglitz wegen Vergehens gegen einen angeblich noch zu Recht bestehenden Paragrafen des preussischen Preßgesetzes anzuklagen, weil er in seinem Lokal, also an einem „öffentlichen Ort“, ein Plakat gebildet hatte, dessen Inhalt die Aufforderung enthielt, dem Verbands der Handels- und Transportarbeiter beizutreten. Hierin liegt ein Vergehen gegen das preussische Preßgesetz, denn darin heiße es:

„Anschlagzeitel und Plakate, welche einen andren Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andre Aushangungen für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angehängt, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“

Dieser Auffassung schloß sich das Kammergericht an; es hob die freisprechenden Urteile der unteren Instanzen auf und verurteilte den Angeklagten, wie aus dem heute vor acht Tagen von uns veröffentlichten Prozeßbericht ersichtlich ist, zu einer Geldstrafe.

Siehe! beugt sich die „Deutsche Tageszeitung“ jetzt vor dem Urteile des höchsten preussischen Gerichtshofs und entschuldigt sich wegen ihres geschwuldrigen Verlangens beim Minister Thielen. Sollte sie aber ob dieser That der königlich preussischen Justiz den Kopf schütteln und sich fragen, wie ein Gesetz, das solche Entscheidung ermöglicht, mit der Moral und dem öffentlichen Leben zu heute zu vereinbaren ist, so laden wir sie freundlichst ein, so zu handeln, wie wir und die Staatsanwaltschaft, die diese Entscheidung provoziert hat, gegen die Eisenbahn-Verwaltung mobil zu machen. Mit dem Gesetz ist es zum Beispiel nicht zu vereinbaren, daß das bekannte Plakat, welches zu Gunsten der Lungenheilstätten auffordert, sich auf den Bahnhöfen angeheftet findet, ebenfalls dürfte die Einladung, in Jünglingsvereinen und Mägdeherbergen vor den sittlichen Gefahren der Großstadt Schutz zu suchen, ja am Ende sogar die Aufforderung, das Ausspucken zu unterlassen, leicht zu einer geschwuldrigen Handlung zurecht zu konstruieren sein. Also, vorwärts, Staatsanwalt und erhebe Anklage gegen die lgl. preussische Eisenbahn-Verwaltung!

Wir werden natürlich bei jeder passenden Gelegenheit die Konsequenz aus dem Urteile des Kammergerichts ziehen und diese Pflicht besonders eifrig üben, wenn der Staatsanwalt weiter die Wirte, welche ähnliche Plakate, wie die für geschwuldrig befundenen in ihren Räumen dulden, mit Anklagen belästigen sollte. Dieser Art Stimulus für die Staatsanwaltschaft, bloßen unangelegten Anböhren von Seiten der socialdemokratischen Presse ist es bekanntlich zum wesentlichen zu danken, daß das reaktionäre Verbot des Inverbindlichkeitens politischer Vereine zum alten Eisen geworfen ist, und dies Anböhren wird auch die Trümmer des reaktionären preussischen Preßgesetzes zu Falle bringen.

Leider hatte bisher die socialdemokratische Presse eine so notwendige und segensbringende Arbeit fast ganz allein zu verrichten. Müßt die „Deutsche Tageszeitung“ sich berufen, belästigt nicht für eine Erweiterung der Pressfreiheit zu sorgen, sondern nur die Moral im Reiche des Herrn Thielen zu heben, so möge sie es ebenso machen wie wir.

Gemüthvolle Darstellungen. Eine allegorische Darstellung der neun preussischen Ministerien ist für das Wiebelsfeld im mittleren Bezirk des neuen Herrenhauses in der Leipzigerstraße bestimmt. Das Modell, von Professor Otto Reising in zwei Fünfteln der natürlichen Größe entworfen, ist gestern in entsprechender Höhe zur Beurteilung seiner Wirkung aufgestellt worden. Am Ende ist dieser Künstler der Herr, der sich bereits auf dem Gebiete gemüthvoller Darstellungen bewährt hat. Gerade die preussischen Ministerien sind eine wahre Handgreife für solche Leistungen. Wie idyllisch nach sich als Allegorie des Unterrichtsministeriums der mit 800 Widelprüchen vollgepfropfte Gemeinde-

Schüler ausnehmen, wie hübsch eine Darstellung des Gumbiner Prozesses als Emblem des Kriegeministeriums. Ferner wäre der mit 2 Marl 90 Feinmünze Tagelohn zu Zufriedenheit und Patriotismus erzeugte Bahnarbeiter für das Ministerium der öffentlichen Arbeiten typisch, ebenso könnte der scheidende Agrarier für das Landwirtschaftsministerium als Relief dienen. Man sieht, eine Fülle von Gemälden hervorzuheben, wenn Prof. Lessing seine Werke ein wenig umarbeiten wollte.

**Der Rückgang der Schülerzahl der städtischen höheren Lehranstalten**, der bereits Ende der achtziger Jahre begann und seitdem mit ganz seltenen und kaum merklichen Unterbrechungen bis in das letzte Schuljahr angehalten hat, erscheint in einem eigentümlichen Lichte, wenn man die Schüler in „Einheimische“ und „Auswärtige“ sondert. Für das mit dem Schuljahr 1899/1900 abschließende Jahrzehnt beträgt die Verminderung der Gesamtzahl der Schüler genau 1500. Die durchschnittliche Schülerzahl der städtischen Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen war im Schuljahr 1889/90 13 799 gewesen, im Schuljahr 1899/1900 war sie nur noch 12 299. Zu demselben Zeitraum ist aber die Zahl der „Auswärtigen“ (zumeist Vorortbewohner) unter den Schülern der städtischen höheren Lehranstalten Berlins bedeutend gestiegen, von 1889/90 bis 1899/1900 von 978 auf 1550. Erst 1899/1900 ist auch hier ein Abgang, auf 1497, eingetreten — wohl infolge der fortgesetzten Vermehrung der höheren Lehranstalten in den Vororten selber. Die „Auswärtigen“ waren 1889/90 nur 7 Proz., 1898/99 dagegen 12 1/2 Proz., und 1899/1900 noch über 12 Proz. aller Schüler. Ohne die „Auswärtigen“ hätte sich die Schülerzahl 1889/90 auf 12 821, 1898/99 auf 10 762 und 1899/1900 dann wieder auf 10 802 belaufen, so daß sich hier für das ganze Jahrzehnt ein Abgang um mehr als 2000 ergäbe.

**In städtischer Waisenpflege** befanden sich am 1. Juli d. J. 5542 Kinder (2066 Knaben und 3476 Mädchen). Dieselben waren wie folgt untergebracht: 1. im Waisenhaus Berlin 76 Knaben, 69 Mädchen; 2. in der Waisenanstalt zu Nimmelsburg 336 Knaben, 299 Mädchen; 3. im Erziehungsheim für verwahrloste Knaben in Lichtenberg 63 Knaben; 4. im Erziehungsheim für verwahrloste Mädchen in Reinbecken 26 Mädchen; 5. in der hiesigen Kostpflege 774 Knaben und 790 Mädchen; 6. in der auswärtigen Kostpflege 1598 Knaben und 1488 Mädchen; 7. in Krankenhäusern 78 Knaben und 148 Mädchen. Aufgenommen wurden im Vierteljahr April—Juni dieses Jahres 855 Haus- und 50 Kostkinder. Dagegen schieden aus und kamen in Lehre oder Dienst 422, zu den Angehörigen 351, in unentgeltliche Pflege 30, zu fremden Gemeinden 10, in Fürsorge-Erziehung 4, in die Irrenanstalt Dalldorf 4 Kinder, zum Waisenhause in Potsdam und in die Heilstätte Plankensfelde je 1 Kind. Gestorben sind 208 Kinder.

**Der Milchrieg** zieht sich mehr in die Länge, als von den kriegführenden Parteien erwartet worden war. Jedes wird die Position des Milchriegers von Tag zu Tag schlechter, die der Milchhändler von Tag zu Tag besser. Durch immer neue Abschlässe mit Milchproduzenten, die keinem Ring angehören, werden die Bezugsquellen der Milchhändler fortgesetzt verengt, so daß in immer größerem Umfange die Ansprüche der konsumierenden Bevölkerung befriedigt werden können. Von den 300 Milchläden, die die Milchzentrale am 15. Oktober aufmachen wollte, ist noch immer nichts zu sehen. Die Sache der „Milchbauern“ wird jetzt selbst von der ihnen freundlich gesinnten Presse nur noch lau und lässig vertreten. Sie gilt eben auch hier bereits als hoffnungslos. Die „Mittelsche Zeitung“, ein Blattchen für „nationale Politik“, sucht den Milchkrieg gegen die Sozialdemokratie auszubuten. Sie weiß erschreckliche Dinge zu melden über die rücksichtslose Art, in der die sozialdemokratische Arbeiterbevölkerung Berlins den Kampf gegen den Milchrieg und seinen Anhang führt.

**Bruno Vollmann**, der bekannte Berliner Komiker, ist gestern einem Magenleiden erlegen. Vollmann war lange Zeit im Central-Theater engagiert, zuletzt trat er auf der Krollischen Bühne in „Mamsell Angot“ auf.

**Festgenommen** wurden von der hiesigen Kriminalpolizei zwei Eindrehler, die in Hamburg einen großen Diebstahl verübt haben. Der eine ist ein Berliner, der bei seinen Eltern am Prenzlauer Thor wohnte. Dieser verband sich, da er sich hier nicht mehr recht sicher fühlte, mit einem erst vor kurzem aus dem Zuchthaus entlassenen galizischen Eindrehler zu einem Raubzug nach der Hansestadt. Nachdem sie sich in Hamburg eingemietet und Umschau gehalten hatten, brachen sie bei einem Goldwarenhändler ein und erbeuteten für 40 000 M. Uhren, Ketten, Juwelen etc. Beim Ausgehen der Waren hatten sich die Epiphoben etwas zu lange aufgehalten und mußten nun befürchten, beim Verlassen des Hauses Verdacht zu erregen. Daher nahmen sie einen Mülleimer, die man in Hamburg nicht auf den Hof, sondern auf die Straße hinauszustellen pflegt, packten alle Sachen hinein, deckten sie zu und gingen so unangesehen davon. Nun suchten sie die Beute in Berlin an den Mann zu bringen. Während hier die Kriminalpolizei auf Grund der Personenbeschreibung, die man von Hamburg erhalten hatte, auf sie jahndete, erschienen beide bei einem Geschäftsmann, um Uhren zu verkaufen. Dabei gaben sie sich für Uhrenreißende aus. In den niedrigen Preisen, die sie stellten, erkannte jedoch der Geschäftsmann, daß er es mit Hochrenten nicht zu thun hatte. Er bestellte daher die Besiehenden noch einmal zu sich und benachrichtigte unterdessen die Kriminalpolizei. Diese nahm den Galizier, der allein zurückblieb, sofort fest und später auch den Berliner in der Wohnung seiner Eltern. Ein kleiner Teil der gestohlenen Sachen wurde bei dem Galizier gefunden und beschlagnahmt, ein anderer bei einem Kaufmann in der Lottumstraße. Der größte Teil aber ist noch nicht wieder ermittelt, da die Kriminalpolizei in der Wohnung des Berliner des Koffer, in dem die Eindrehler die Beute hieher gebracht hatten, leer vorfand. Die Verdrehler werden nach Hamburg zurückgebracht.

**Die Verdringung** des Gastwirts Theodor Müller erfolgte gestern auf dem Dortheimschäftischen Friedhof in der Piesenstrasse unter zahlreicher Beteiligung seiner aus allen Gegenden Deutschlands herbeigekommenen Bekannten. Wohl an 400 Kränze wurden auf dem Grabe niedergelegt.

**Die dem „Bankier“ Cohn** abgepfändete Wohnungseinrichtung im früheren fürstlich Fürstenbergischen Palais kam gestern bei „Veple“ unter den Hammer. Es handelte sich um wesentlichen um das in dunklem Ebenholz gehaltene Herrenzimmer, um die kostbare Weisszimmer-Einrichtung mit reicher Schnitzerei und um einen überaus geschmackvollen Salon in dunklem Mahagoni, außerdem um die „Bücherei“ und um eine große Anzahl von Kunstgegenständen aller Art. Die erzielten Preise waren recht ansehnlich.

**Der Leichensund in Schöneberg** beschäftigt noch immer die Kriminalpolizei. Obwohl der Obduktionsbefund der Leiche des Gabriel die Möglichkeit eines Unglücksfalles in Betracht gezogen hat, hält sowohl die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II als auch die Kriminalpolizei die Annahme eines an G. verübten Totschlages fest. Es hat auf Grund des Obduktions-Ergebnisses eine nochmalige Absuchung des Wiesen- und Laubengeländes an der Wilmersdorfer Grenze stattgefunden, um dieselbe Stelle zu ermitteln, an welcher die tödliche Verletzung, die G. erlitten, erfolgt ist; jedoch war dies vergeblich. Da der Blutverlust aber sehr stark gewesen ist, so hätte trotz der wiederholten Regengüsse die fragliche Stelle gefunden werden müssen, wenn nicht die Spuren durch Menschenhand beseitigt worden wären. — Uebrigens rechnete die Kriminalpolizei mit der Möglichkeit, daß der Verfall vielleicht ebenso wenig seine Aufklärung findet, wie der Tod des Stalers Michael, der im vorigen Jahre auf dem Laubenterrain beim Bahnhof Gesundenbrunn als Leiche aufgefunden wurde. Auch damals wurde der mutmaßliche Mörder sofort ermittelt und verhaftet, jedoch konnte die Anklage nicht ansprechbar werden, weil die Obduktion die Möglichkeit zuließ, daß der Tod des Stalers auf natürliche Weise verursacht worden war.

**Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt** wurde die Leiche der 19 Jahre alten Tochter Theresie der Witwe Kube aus der Parutherstr. 11. Das in der Druckerei der Stadtmision als Anlegerin beschäftigte Mädchen hatte seit einem halben Jahre ein Verhältnis mit einem Maschinenbauer in der Holzmarktstraße. Bei diesem war es am Sonntagabend von 6 bis 10 Uhr in der Wohnung. Dann begleitete der junge Mann seine Braut nach der Parutherstraße, wo man um 11 Uhr ankam, und ging hierauf, da sie sich unwohl fühlte, noch bis 1 1/2 Uhr mit ihr umher. In der Wohnung der Mutter angekommen, wurde das Mädchen von einem heftigen Erbrechen befallen. Am nächsten Tage mußte es zu Hause bleiben, wehrte aber die Hinzuziehung eines Arztes ab, da es sich besser fühlte. Erst in der Nacht zum Dienstag, als das Befinden sich verschlechterte, wurde der Arzt gerufen. Die Kranke starb aber schon um 5 1/2 Uhr morgens. Die Todesursache konnte der Arzt nicht feststellen.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Freitag, den 18. Oktober, Rede- und Übung (Übung in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz). Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Eröffnungsabend für Rede-Übung im Saal I.

**Die Neue freie Volksbühne** feiert ihr diesjähriges Herbstfest am Sonntag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, in Kellers Hofpfeifen, Koppensstraße 29.

**Im Verein für vollständige Marie von Berliner Hochschullehrern** beginnt am Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Herr Privatdozent Dr. Gög sein Vortragens über „die Kulturpflanzen, ihre Geschichte und ihr Heilwert“ im Hörsaal Nr. 7 der Igl. Landwirtschaftlichen Hochschule, N. Jussalldenstr. 42. Eintrittskarten zum Preis von 1 M. für den sechs Abende umfassenden Kursus sind zu haben bei: Georg Belling, Cigarettenhandlung, W. Leipzigerstr. 136; A. Schilly, Weinhandl., O. Holzmarktstraße 60; Chr. Ziegenhauer, C. Sophienstr. 20; F. E. Weber, Buchhandlung, W. Kurfürstendamm 70; Bernhard Staat, Buchhandlung, SW. Friedrichstr. 250; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, W. Köthenerstr. 23 (8—3 Uhr).

**Aus den Nachbarorten.**

**Die Hildorfer Gewerbe-Deputation** beschäftigt sich in ihrer letzten Sitzung abermals mit der Umlegung der Kosten für die Handwerkskammer. Eine Umlegung nach Maßgabe der Gewerbesteuer will der Oberpräsident nun gestatten, wenn die nicht gewerbesteuerpflichtigen Betriebe zu fingierten Sätzen veranlagt würden. Hiervon soll wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten abgesehen werden. Die Deputation entschied sich für eine Veranlagung nach Vertrieben unter Berücksichtigung der Zahl der beschäftigten Personen. — Es wurde dann über verschiedene Angelegenheiten der Fortbildungsschule verhandelt. Man beschloß, für den 1. April nächsten Jahres die Einrichtung einer andren Zeichenklasse in Aussicht zu nehmen. Ein unerträglicher Zustand in der Fortbildungsschule, die in einer Volksschule (Prinz Handjerkstraße) untergebracht ist, ist nach Meinung der ganzen Deputation der, daß junge Männer bis zu 20 Jahren und darüber beim Zeichnen die niedrigen Schulbänke benutzen müssen. Es wurde beschlossen, die Schuldeputation und die Bau-Deputation zu ersuchen, in der neu zu errichtenden Schule am Herzbergplatz Räume zur Aufnahme von Zeichenklassen herzurufen. Weiter wurde eine Unterkommission, bestehend aus den Stadträten Granier und Thiemann, sowie dem Stadts. Baurat, mit der Vorbereitung eines Antrages beauftragt, welcher eine alsbaldige Abhilfe durch Verwertung einer Turnhalle bezweckt.

**Die Charlottenburger Stadtverordnetenwahlen** werden jetzt vom Magistrat angegeschrieben. Es sind 31 Stadtverordnete neu zu wählen, und zwar 22 Ergänzungswahlen für 1902 bis 1907, zwei Ergänzungswahlen bis 1903 und eine bis 1905. Außerdem finden sechs neue Wahlen zur Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von 66 auf 72 statt. Für die dritte Wählerabteilung sind jetzt acht Wahlbezirke gebildet, die zum Teil in zwei und drei Wahlbezirke zerfallen, so daß in 18 verschiedenen Stellen gewählt werden wird. Die zweite Abteilung wählt in vier verschiedenen Bezirken, die erste für die ganze Stadt gemeinsam. Die Wahlen finden am 6., 8. und 9. November in der dritten, zweiten und ersten Abteilung statt. Sie beginnen morgens 9 Uhr und hören in der dritten Abteilung um 8 Uhr, in der zweiten Abteilung um 6 Uhr und in der ersten um 2 Uhr auf.

### Geriichts-Beitung.

**Ein Anarchistenprozeß.** Die neunte Strafkammer des Landgerichts I verhandelte gestern gegen den veranworlichen Redacteur der Wochenzeitschrift „Neues Leben“, Otto Panzer, wegen Aufreizung. Es handelt sich um die Nr. 37 des Wältes vom 21. September, die man gleich nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt hatte, und zwar wegen des Leitartikels „Das Attentat auf den Präsidenten Mc Kinley“. Panzer ist 35 Jahre alt, von hoch Maurer, hat die Volksschule besucht und ist wegen einer gewaltthätigen Handlung vorbestraft. Auf Befragen erklärte er, daß er der Verfasser des in dem Artikel sei. Der Vorsitzende, Direktor Müller, erhob hieran Zweifel und befragte den Angeklagten über ein französisches und ein lateinisches Citat in dem Artikel und über die Verantwortlichkeit des darin erwähnten Bratus. Der Angeklagte versuchte, er habe diese Kenntnisse aus einem Fremdwörterbuch geschöpft. Der Artikel wurde darauf vorgelesen. Der Staatsanwalt K a u z o w bestritt die Möglichkeit, daß Panzer der Verfasser sei, doch trage er als Redacteur die Verantwortung dafür. Der Artikel sei hochgradig aufreizend, daher beantragte er sechs Monate Gefängnis und Einziehung der Nummer. Herr Rechtsanwält Victor Franke verteidigte den Angeklagten in sehr gründlicher Rede. Zu dem Artikel war ausdrücklich betont worden, daß der Anarchismus als Weltanschauung mit Attentaten ebenso viel und so wenig gemein hat, wie jede andre politische oder religiöse Anschauung, sowie daß die Anarchisten allen und jeden Mord verwerfen. Vergleichsweise streifte der Verteidiger das Auftreten des Grafen Büskler und beantragte Freisprechung. Nach dem Repliken des Staatsanwalts und Verteidigers wurde noch der Kommissar Erone als Zeuge darüber befragt, wie es möglich sei, daß die Nummer trotz ihrer schleimigen Beschlagnahme doch noch stark verbreitet worden ist. Der Beamte erklärte, viele Exemplare würden abgeholt, während die Polizei noch das Pflichtexemplar prüfte. Der Gerichtshof erkannte auf vier Monate Gefängnis, Einziehung der Nummer und Unbrauchbarmachung der Platten. Für aufreizend wurde der Artikel in seiner Gesamtheit erklärt, besonders markant sei der letzte Absatz, der sich aufs schärfste gegen die Kapitalisten richtet. Der Vorsitzende hob hervor, daß der Angeklagte sicher nicht Verfasser des Artikels sei, und daß es an der Zeit sei, gegen Sigredacture grundsätzlich einzuschreiten.

Man sollte denken, daß das „Einschreiten“ mit vier Monat Gefängnis gerade gründlich genug sei. Aber abgesehen hiervon haben Staatsanwalt und Richter bei einem Verbrechen gerade genug, wenn sie sich an den Verantwortlichen halten und die Frage nach dem Urheber eines intimierten Artikels auf sich beruhen lassen. Unfremd Vergehen und seiner Anwendung mögen alle möglichen Fehler anhaften, aber sicher ist ihm keine strafrechtliche Unzulänglichkeit eigen.

**Die Polizei beim Tanzvergnügen.** Der Hiegelei-Arbeiter Friedrich Wislang ist Vorsitzender eines Vereins der Hiegelei-Arbeiter zu Herzfelde. Als dieser Verein am 4. Mai 1901 ein geschlossenes Tanzvergnügen veranstaltete, verlangte der Amtsvorsteher Zutritt, wurde aber von Wislang nicht hereingelassen. Wislang wurde deshalb vom Schöffengericht in Kallberg-Hüdersdorf zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt mit der Begründung, daß der Verein der Hiegelei-Arbeiter ein Verein sei, der die Erörterung politischer Gegenstände in Versammlungen bezwecke, und daß deshalb die Polizei das Recht habe, in jede Zusammenkunft eines solchen Vereins einen Vertreter zu schicken. Wislang legte hiergegen Berufung ein, und in der Verhandlung vor dem Landgericht II am 12. Oktober führte sein Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine aus, daß selbst wenn der Verein der Hiegelei-Arbeiter ein politischer Verein wäre, die Polizei doch nach § 4 des Vereinsgesetzes nur in solche Zusammen-

künfte Delegierte schicken könnte, in denen öffentliche Angelegenheiten beraten werden sollten, nicht aber in Tanzvergnügen. Selbst wenn die Polizei wegen des Verdachts irgend einer strafbaren Handlung in ein solches Tanzvergnügen eindringen dürfe, gründe sich ihre Befugnis nicht auf das Vereinsgesetz, sondern auf allgemeine strafrechtliche Bestimmungen, und jedenfalls sei dann die Verfolgung des Eintritts nicht nach dem Vereinsgesetz strafbar, sondern nur unter der Voraussetzung, daß der Tatbestand etwaiger anderer strafbarer Handlungen, z. B. Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder dergleichen vorliegen. Das Gericht trat dieser Ansicht bei und sprach den Angeklagten frei, legte auch die notwendigen Auslagen der Verteidigung der Staatskasse auf.

**Wegen Hinterziehung** von Beiträgen zur Orts-Krankenkasse des Bauergewerbes für die bei ihm beschäftigten Personen im Betrage von 54 M. ist der Baunternehmer Karl Polkmacher vom Igl. Landgericht I zu 150 M. Geldstrafe, im Unvermögensfalle für je 10 M. mit einem Tage Gefängnis bestraft worden.

### Vermishtes.

**Der Brunnbauer Thiele** ist glücklich gerettet worden. Ein Telegramm aus Grimma meldet darüber: Donnerstagnachmittag 12 Uhr ist es gelungen, den am letzten Sonnabend verhängelten Brunnbauer Thiele lebend zu Tage zu bringen. Thiele befindet sich verhältnismäßig wohl und war im stände, sich frei zu bewegen. Er wurde zur Pflege auf einer Traghöhre ins Krankenhaus gebracht. Die Annahme, daß ein eiserner Reifen vor der Stollenöffnung liege, hatte sich als Selbsttäuschung Thieles herausgestellt, aber die er sich klar wurde, als ihm Licht in den Schacht gerichtet wurde. Der Reifen lag günstig, aber der Rettungsstoß traf den verhängelten Brunnauer zu spitzwinklig. Die Schalung des Brunnens hatte sich vierfach übereinander geschoben, und es war sehr schwer, sie durch Abstoß um einen Centimeter zu entfernen. Morgens um 3 Uhr war eine lochgroße Öffnung hergestellt, durch die dem Verunglückten ein Halbtuch und eine wollene Decke gerichtet wurden. Auch erhielt er von Zeit zu Zeit Nahrung. Da die Aussichten, ihn von dieser Stelle aus zu befreien, nicht sehr günstig waren, hatte Obersteiger Krügel einen zweiten Schacht in Angriff genommen, der sich zum Glück als überflüssig erwies.

**Zwei Dörfer niedergebrannt.** Aus Breslau wird berichtet: Wie erst jetzt bekannt wird, ist am vergangenen Donnerstag das russische Grenzort Schlenkna bei Zelow durch Feuer vollständig zerstört worden. 346 Bestigungen sind gänzlich niedergebrannt. Durch Flugfeuer geriet auch das drei Kilometer entfernte Dorf Staromisch in Brand; 22 Bestigungen wurden ein Raub der Flammen. Das Land ist unbefruchtbar; über 1500 Menschen sind obdachlos geworden. Eine ältere Dienstmagd sowie drei Kinder kamen in den Flammen um. Bei den Rettungsarbeiten erlitten zahlreiche Personen Brandwunden.

**Wieder ein Eisbruch** in Hamburg. Mittwochnachmittag um 9 Uhr stürzte ein Seil an der Landungsbrücke St. Pauli ein; wahrscheinlich durchbrach die Flut das Rohr, und das Eiswasser drang in einen Arbeitsschacht ein, der sofort einstürzte, zehn Personen, die sich dort befanden, konnten nur mit Mühe im letzten Augenblick gerettet werden. Das ist der dritte derartige Einsturz in diesem Monat.

### Marktpreise von Berlin am 16. Oktober 1901

nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, gut D. Str.	—	Antofken, neue D. Str.	8 — 5 —
— mittel	—	Hindfleisch, Rente 1 kg	1,70 1,20
— gering	—	— do. —	1,40 1 —
† Roggen, gut	13,75	Schweinefleisch	1,60 1,30
— mittel	—	Rohfleisch	1,80 1,10
— gering	—	Domestfleisch	1,60 1,10
* Weisse, gut	14,40 13,60	Butter	2,80 2 —
— mittel	13,50 12,80	Eier 60 Stk.	5,00 2,40
— gering	12,70 12 —	Kartoffeln 1 kg	2,20 1,20
* Hafer, gut	16,10 15,20	Wais	2,50 1,30
— mittel	15,10 14,30	Hanser	2,60 1,20
— gering	14,20 13,40	Rechte	2,20 1,20
Wachstuch	7,66 7,16	Barische	1,80 0,80
Woll	8,60 6,20	Wische	2,80 1,20
Gelbes	40 — 5 —	Berie	1,40 0,80
Eyerstücken	50 — 5 —	Krebie per 100 Stk.	16 — 3 —
Vineta	60 — 30 —		

† ab Bahn. \* frei Wagen und ab Wohn.

**Produktenmarkt** vom 17. Oktober. Getreide. Die niedrigen New Yorker und Chicagoer Schlußpreise bewirkten heute schwache Haltung, namentlich für Weizen, der 1/2 M. niedriger einlegte, während Roggen sich ungeändert behaupten konnte. Mittags zeigte die Tendenz ein gänzlich verändertes Bild. Am Roggenmarkt kam eine starke Hausbewegung zum Durchbruch und die Preise zogen per Dezember 1/4, per Mai 1/2 M. an. Der Konsum war mit Konsumsorden am Markte, denen nur geringes Angebot gegenüberstand. Die Preisforderungen für südrussische Ware sind um 1/2 M. erhöht worden. Angeblich suchen russische Firmen nach hier verschlossene Roggenposten zurück zu regulieren. Auch Weizen konnte sich gut erholen auf feste Roggenstendenz und höheres Oelreich Ungarn. Wehl notierte 5 Pf. feiler. Futtermittel blieben still, behauptet, nur Oafersteigerungen wurden 1/2 M. höher bezahlt. Am Mehlmarkt fehlten sich die Preise für Mehl und rüden gleich. Mehl sah ohne Geschäft, laufende Sichten leicht abgeschwächt.

### Witterungsübersicht vom 17. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. (0° — 4°)	Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. (0° — 4°)
Swinemünde	759 50	2 Stb. bed.	9	Spartanda	770 50	2 bedekt	8				
Hamburg	757 50	2 bedekt	7	Beteradung	764 50	2 bedekt	8				
Berlin	759 50	1 bedekt	10	Gort	744 50	4 bedekt	9				
Frankf./M.	758 50	1 bedekt	6	Herberden	—	—	—				
München	759 50	3 bedekt	5	Paris	754 50	2 bedekt	11				
Wien	759 50	2 bedekt	13								

**Wetter-Prognose für Freitag, den 18. Oktober 1901.** Zunächst meist trübe, am Tage etwas Niesel mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden; später langsam aufklarend. Berliner Wetterbureau.

### Socialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Nimmelsburg.

Sonntag, 20. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Henk (Café Bellevue, im kleinen Saal, vom Eingang links):

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassensbericht. 3. Bericht des Bibliothekars. 4. Rechnung des Vorstandes, der Beisitzer, Hilfskommissionen, Revisionen und des Bibliothekars. 5. Bericht des Vertrauensmannes sowie Neuwahl beschließen. 6. Wahl von Delegierten zur nächsten Kreisversammlung. 7. Vereinsangelegenheiten. — Der wähligen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, welches die Interessen des Vereins wahren will, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.  
Ohne Mitgliedsbuch hat kein Mitglied Zutritt.  
Neue Mitglieder werden vor Beginn der Versammlung aufgenommen.  
Der Vorstand.

### Achtung, Bretterträger u. Brettschneider.

Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr:

### General-Versammlung

Holzmarktstraße Nr. 72.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Vereinsangelegenheiten und Berichtigungen. 84/15  
Hochachtungsvoll zu dieser Versammlung erwartet.  
Der Vorstand.